DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

67 7. JAHRGANG April '90 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

„GASTARBEITER" IN DER UDSSR

Für ein Jahr als „Gastarbeiter" in der UdSSR zu leben, das hat sich Nicolaus Huhn in den Kopf gesetzt – und nun auch realisiert. Trotz aller Schwierigkeiten hat er letztendlich einen Weg gefunden und arbeitet momentan in einer Moskauer Handwerkercooperative. Er beschreibt seine ersten Erfahrungen, insbesondere in dem für ihn sehr ungewohnten Alltag in der Sowjetunion: von der Art des Zusammenarbeitens über die Arbeitsbedingungen bis zum alltäglichen Einkauf.
Seine Beschreibung soll eine Anregung sein, einen Handwerkeraustausch zwischen der UdSSR und der BRD zu initiieren.
Ein Bericht auf Seite 5

SPANISCHE KOLLEKTIVBETRIEBE

Die Selbstverwaltungs- und Alternativszene in Zentralspanien kennenzulernen, war das Ziel einer Reise des Selbstverwalteten Bildungs-und Freizeithauses Eichwald in Nunkirchen/Saarland.
Mit viel Engagement werden in diesem dünn besiedelten Landesteil Spaniens mit schlechter Infrastruktur, der durch eine unerbittliche Landflucht mehr und mehr ausstirbt, Kooperativen aufgebaut. Mit staatlicher Unterstützung können die KollektivistInnen nicht rechnen und auch die Vernetzung untereinander muß erst noch aufgebaut werden.
Ein Beitrag auf Seite 5

GENOSSENSCHAFTSRECHT FÜR EUROPA

Die Genossenschaft als Rechtsform gibt es in allen Ländern Europas, jedoch in länderspezifisch unterschiedlichen Formen. Der Formenreichtum ist auch dadurch bedingt, daß Genossenschaften meist eine starke Einbindung in die örtlichen Wirtschaftsräume haben.
Ist es nun aber sinnvoll, im Zuge der sich verändernden Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des europäischen Marktes, das Genossenschaftsrecht zu vereinheitlichen? Oder ist die zusätzliche Einführung der Form der „Europäischen Kooperative" eine praktikablere Lösung?
Beiträge hierzu auf den Seiten 11 und 12.

GRAPHISCHE BETRIEBE IN DER DDR

Der Bereich der Selbstverwalteten graphischen Betriebe ist momentan in der DDR am Entstehen – Mangel an Druckmöglichkeiten herrscht allerortens. Da Maschinen etc. schwer zu beschaffen sind, ist Hilfe aus dem Westen notwendig. Schon einige Kollektivbetriebe aus der BRD und Westberlin helfen mit Rat und Tat.
Siehe Seite 10

BUNTE SEITEN

Die neueste Ausgabe unseres Branchenführers durch die Selbstverwaltungslandschaft, die „BUNTEN SEITEN" Sommer '89 sind in Vorbereitung.
Diesmal neu: **Projekte & Initiativen in der DDR**
Außerdem: **Erweiterung des Teils Schweiz/Österreich**
Wer jetzt noch einsteigen möchte mit einem Adresseintrag (kostenlos!), oder die einzigartige Möglichkeit nutzen will, im gesamten deutschsprachigen Raum für sein/ihr Projekt mit einer Anzeige zu werben – und damit auch Vernetzung zu unterstützen – hat dazu jetzt noch Gelegenheit. Adresseinträge und -änderungen sollten bis spätestens zum 30. April 1990 bei CONTRASTE, Postfach 10 45 20 in 6900 Heidelberg 1 sein.

TROPENHOLZ

Mit Mammutschritten in die Öko-Katastrophe

Um die Problematik der Zerstörung der tropischen Urwälder und ihre Konsequenzen für Mensch, Umwelt und Klima weiß inzwischen jede(r). Konsequente Schritte, die ökologische Katastrophe zu verhindern, erfolgen jedoch nicht. Selbst VerbraucherInnen und HerstellerInnen, die sich für ökologisch bewußt halten, mischen mit – teils aus Unwissenheit.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● In meiner schreinerischen Praxis habe ich immer wieder festgestellt, wie groß die Diskrepanz zwischen einerseits dem ökologischen und politischen Bewußtsein und andererseits der praktischen Umsetzung von gewonnenen Erkenntnissen bei Fachleuten ist. Da wir alle in unseren Ausbildungen wie selbstverständlich gelernt haben, tropische Hölzer in den verschiedensten Bereichen einzusetzen oder als „normal" hinzunehmen, ist ein Umdenken unter dem täglichen Arbeitsdruck sehr schwierig.

Auch wirtschaftliche Fragen sind von einem Verzicht auf Tropenholz berührt, wenn die Konsequenz des Umdenkens zu einen Verzicht auf Aufträge mit Tropenholz führt, sofern sich die KundInnen nicht umstimmen lassen. Genau dies, nämlich Aufträge abzulehnen, bei *denen die Kunden nicht auf tropische Hölzer verzichten* möchten, scheint mir aber erforderlich zu sein, wenn mensch einen Boykott tropischer Hölzer glaubhaft vertreten und verwirklichen will und den Standpunkt vertritt, daß sich alle schreinerischen Aufgaben auch mit einheimischen Hölzern oder anderen Konstruktionen lösen lassen. Wenn schon die Fachleute hierbei Probleme haben, ist es nur verständlich, daß VerbraucherInnen oder z.B. GemeinderätInnen sich um ein vielfaches schwerer tun, eine fundierte Basis für ihre Entscheidungen zu gewinnen. Ähnliches gilt für Verwaltungsangestellte oder Beamte und Beamtinnen auf Baubehörden und LehrerInnen in berufsbildenden Einrichtungen.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe informiert einerseits über die Situation der Tropenwaldländer und gibt außerdem wichtige Hinweise zur Handhabung eines Tropenholzboykotts. Es handelt sich dabei um Auszüge aus dem Handbuch „Vorsicht Tropenholz! – ein Führer durch Banalitäten und knifflige Details" von A. Küstermann, das im Schmetterling Verlag (Stuttgart) erscheint. ●

Näheres siehe Seite 7 bis 9

P 8008 E

00.2621 4 001
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

NICARAGUA-SOLIDARITÄT

Ende der Revolution?

Das Wahlergebnis in Nicaragua mit dem Sieg des von den USA unterstützten Wahlbündnisses UNO war für viele erst einmal ein tiefer Schock. Die Ereignisse werden natürlich die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua nachhaltig verändern.

Regina Engel, Redaktion Kassel ● In den ersten Reaktionen der Solidaritätsgruppen besteht jedoch Einigkeit darüber, daß dadurch in keinem Fall ihre Arbeit an Sinn verloren hat. Es müssen neue Wege gefunden werden, das Volk Nicaraguas direkt zu unterstützen.

Sieg des Imperialismus?

Mit einem solchen Ergebnis hatten anscheinend nicht einmal die UNO selbst und die Regierung der USA gerechnet. Die Finanzierung des UNO-Wahlkampfes durch die US-Regierung kann jedoch nicht als alleinige Erklärung für die Wahl der NicaraguanerInnen gelten. Die Situation in diesem Land, das sich all die Jahre gegen Contrakrieg, Wirtschaftsboykott und Umweltkatastrophen zur Wehr setzen mußte, ist sicher von hier aus zum Teil schwer vorstellbar und in vielerlei Hinsicht nicht das, was man sich aus bundesrepublikanischer Sicht unter dem „Land der Revolution" vorstellt. Diese Erfahrung haben viele InternationalistInnen während ihres Aufenthalts in Nicaragua selbst gemacht.

Die Wirtschaftskrise, der durch die desolate Situation erzwungene Sozialabbau, die Armut der Bevölkerung ließ die Menschen sich für die UNO entscheiden, in der Hoffnung, den Krieg damit beenden zu können.

„No Pasaran"

Nach wie vor sind die Sandinisten die stärkste politische Kraft im Volk selbst. Wie lange das zusammengewürfelte Wahlbündnis der UNO hält, bleibt abzuwarten. Sie übernehmen mit der Regierung zwangsläufig auch von den Sandinisten geschaffene Strukturen, das sandinistische Volksheer, den Polizeiapparat und Sicherheitsorganisationen – eine Umgestaltung dürfte eine ganze Zeitlang dauern. Für Verfassungsänderungen ist in Nicaragua eine Dreiviertelmehrheit notwendig, die die UNO nicht besitzt.

Ziel der Sandinisten ist es immer gewesen, auf allen Ebenen demokratische Strukturen zu schaffen und möglichst viele Menschen in politische Diskussionsprozesse miteinzubeziehen. Die dadurch entstandene Infrastruktur bleibt bestehen, die UNO bekommt mit der Regierungsübernahme keinen Repressionsapparat in die Hand, wie er den Herrschenden anderer zentralamerikanischer Länder zur Verfügung steht.

Die FSLN wird eine starke Opposition sein. Diese Opposition zu unterstützen ist nun die Aufgabe der Solidaritätsbewegung. Von dem Ende einer Utopie zu sprechen, wäre in diesem Zusammenhang sicher falsch. Die Wahlen beweisen in erster Linie, wie schwer es für ein Land wie Nicaragua ist, sich gegen den Imperialismus der USA und anderer zur Wehr zu setzen. Es geht nicht um unsere Utopien, so schreiben auch die Kaffeevertreiber vom Adelante e.V., sondern es geht um die von Armut betroffenen Menschen, um eine Verbesserung der Situation für das Volk Nicaraguas. Es geht darum, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, die neu entstandene Kultur der Selbstverwaltung und Demokratie weiter zu unterstützen. Eine Basis dafür ist auf jeden Fall vorhanden, die 42 Prozent für die FSLN beweisen das.

Kooperation ohne staatliche Institutionen

Konkrete Aussagen dazu, wie es mit der Solidaritätsarbeit weitergehen wird, sind momentan noch schwierig zu machen. Es muß überprüft werden, wie Projekte aus dem staatlichen Zusammenhang herausgelöst werden können, in Kooperation mit dem nicaraguanischen PartnerInnen müssen die Wege neu bestimmt werden. Staatliche Organisationen müssen umgangen werden, damit die Hilfe den einzelnen Projekten und Kooperativen direkt zukommt.

Welche Schwierigkeiten dabei von Seiten der neuen Regierung gemacht werden, ist noch nicht abzusehen. Das imperialistische Ausland wird versuchen, die Macht der UNO-Regierung zu stabilisieren, die Veränderungen werden auf Kosten der Armen des Landes gehen. Daher brauchen die Volksorganisationen und Basisgruppen auch in Zukunft internationale Unterstützung. ●

Erste Stellungnahmen dazu, wie es für Projekte in der Bundesrepublik weitergeht, auf Seite 4.

FASTFOOD-FANS IM ÖKOTREND

Nachschlag für Heavy User!!!

Unter der Überschrift „Aus McDonalds das Beste machen?" berichtete CONTRASTE in seiner Februar-Ausgabe über die Ambitionen des Fastfood-Herstellers, sich ein ökologisches Image zu geben.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Der Frankfurter Initiative VOLKSMUND/ „Bürger gegen Burger" fielen in diesem Zusammenhang einige Unstimmigkeiten auf, denen CONTRASTE nachgegangen ist.

Im Gespräch mit Herrn Oehl, dem verantwortlichen PR-Direktor der McDonalds-Zentrale BRD ergaben sich „Ökologie-Perspektiven" und Sprachschöpfungen, die einen ganz schwindlig machen können...

Abfall? Welcher Abfall?

McDonalds hat ein großes Interesse daran, im Bereich seiner Müllentsorgung ein Konzept zu präsentieren, das nicht angreifbar ist; so wurden zum Beispiel spezielle Kunststoffe für Warmhalteverpackungen entwickelt, die sich aus dem organischen Abfall herausfiltern lassen und als Rohstoff wiederverwertet werden können. Allerdings funktioniert das nur, wenn diese Kunststoffe nicht in den allgemeinen Hausmüll gelangen und eine nötige Quantität in der spezifischen Abfallmenge aufweisen.

Diese Konsequenz führte bei McDonalds zu der Überlegung, die überall anfallenden Müllgebühren zu sparen und selbst für die Entsorgung zu sorgen!

Nach Ansicht von Herrn Oehl gestaltet sich das so: Verpakkungsmaterial und Hamburger-Zutaten fahren im LKW vom Distributionszentrum zur Filiale; dort wird organischer Müll und Verpackungsabfall fein sortiert und gesammelt und mit dem LKW das nächste Mal wieder zurück zum Distributionszentrum gefahren, um dort in der hauseigenen Müllentsorgung zu Torf, Biogas und „Restrisiko" verarbeitet zu werden. Saubere Lösung! Saubere Lösung?

Guten Appetit!

Auf den Einwand, daß manchem(r) noch so harten Burger-Sympathisantin(en) ein mulmiges Gefühl beschleichen könnte (Mein Mäc kommt mit 'nem LKW, in dem gestern noch „Gülle" rumpelte?!?), mußte Herr Oehl zugeben, daß in dieser Hinsicht ein gewisser Überzeugungsbedarf besteht; allerdings könnte man ja Anhänger an die LKW hängen, die nur für Rückmüll bestimmt wären und so kein Kontakt zwischen frischer und alter Ware bestünde.

Wie McDonalds mit der psychologischen Unsicherheit der KundInnen umgehen wird, die die Nähe zwischen zentraler Müllverwertung und Frisch-Mäc-Distribution als einen Anlaß nehmen, kräftig sauer aufzustoßen, konnte Herr Oehl noch nicht recht beantworten.

Fingerfertigkeiten

Die Münchner Firma BTA, die für McDonalds (s. CONTRASTE 2/90) eine Untersuchung in Sachen Müllverwertbarkeit durchgeführt hat, versuchte, dem Weltkonzern normale Gastronomiegepflogenheiten schmackhaft zu machen und auf den ökonomisch/ökologischen Sinn von Mehrweg-Geschirr hinzuweisen; diesem Unterfangen scheint aber kaum ein nennenswerter Erfolg beschieden zu sein: Herr Oehl erklärte auf Anfrage, daß sich die „fingerfertigen" Gerichte von McDonalds weiterhin einer enormen Beliebtheit erfreuen und daß sie zur Hauptsache das Imgage-Konglomerat des Burger-Konzerns ausmachen: Kinderfreundlichkeit, Schnelligkeit des Verzehrs und keine förmliche Beaufsichtigung der persönlichen Tischmanieren (endlich mal so richtig reinhauen...?) prägen die Welle der Kundensympathie, die McDonalds nach wie vor entgegenschallt.

Der proppere Burger-Junkie

Bei allen Bemühungen von McDonalds, mit seinem Einweg-Geschirr und dessen Entsorgung umweltbewußt zu glänzen, mag die Frage nach dem Sinn von recycelbaren Warmhaltepackungen nicht verstummen: Schließlich existieren die ja zum großen Teil, um das kostbare Burger-Gut angewärmt außer Haus zu schleppen und den Moment des Verzehrens so lang als möglich hinauszuzögern...

Je weiter sich aber die Verpackung vom Schnellrestaurant entfernt, desto unwiderruflicher scheint sie für den angstrebten Wiederverwertungskreislauf im Hause McDonalds (s.o.) verloren...!

Auch darauf wußte der findige Herr Oehl eine Antwort. Im Sprachgebrauch von McDonalds gibt es den sogenannten HEAVY-USER... Bitte, keine Mißverständnisse: das ist nicht etwa jemand, der sich Fish-Mäcs und Happy-Shakes intravenös zuführt oder sich durch häufigen Mäc-Verzehr an Leibesfülle gewonnen hat... viel einfacher! Also: Ein Heavy-User ist jemand, der öfter als einmal in der Woche ein McDonalds- Restaurant aufsucht und seine entsprechende Abhängigkeit befriedigt.

Diese Heavy-User sollen neuerdings laut Auskunft von Herrn Oehl dazu aufgefordert werden, am allgemeinen Grün- und Ökotrend zu partizipieren und... die zuhause fein gestapelten Papp- und Kunststoffüberbleibsel in die Filiale zurückzutragen!

Räuberpistolen

Spätestens nach dieser Geschichte mag sich die Leserschaft ihr eigenes Bild vom ökobewußte Mäc-User und von der Glaubwürdigkeit der McDonalds-Ambitionen machen.

Tatsache bleibt auf jeden Fall, daß das hauseigene Verarbeiten der selbstverursachten Müll-Lawine auf vehemente Schwierigkeiten stößt. Nach Aussage von Herrn Oehl ist mit der Installation und Inbetriebnahme von McDonalds-Müllanlagen nicht vor 2 Jahren zur rechnen (Testläufe, Finanzierungen, Genehmigungsprobleme).

Zum anderen war bei dem modellhaften Versuch der Mülltrennung in einer Augsburger Mäc-Filiale allzu deutlich das Murren des Personals zu vernehmen...

Wer manscht auch schon gern in halbangefressenen und weggeworfenen Burgern herum, wenn nicht einmal der Stundenlohn für eine solche Arbeitsbelastung stimmt.

Noch einmal: Guten Appetit...! ●

WAS TUN?

Handwerkzeug zum Erfolg

In den Anzeigenspalten verschiedener Tages- und Monatszeitungen taucht in letzter Zeit immer wieder das Inserat einer Seminarreihe Kollektives Management, „was tun?" auf, die nach „was tun 1" mittlerweile eine Fortsetzung in „was tun 2" gefunden hat, und auch damit noch nicht beendet sein soll, wie von Martina Paulini aus dem ISO-Institut (Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung e.V.) verlautet.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Martina Paulini hat die Seminarreihe konzipiert und führt sie seit 1989 mit wechselnden Co- Teamern sehr erfolgreich im Bereich der Selbstverwaltung, aber auch in Kreisen anderer Organisationen durch. Die verschiedenen Formen und Techniken des Miteinanders in festen Gruppen bewußt zu machen und im Bedarfsfall die Werkzeuge für die notwendige Veränderung an die Hand zu geben, ist ihr Ziel. Wie dies vor sich geht, soll folgender Stimmungsbericht darstellen:

„Ich sitze da, mit 8 Leuten um einen Tisch und wir produzieren im Akkord (Fließbandsystem) Perlenketten! Ich spüre die Anspannung. Mist! Ja, wo bin ich denn hier? Ich arbeite doch in unserem Betrieb nicht nur wegen der Kohle, ich habe doch den Anspruch, daß es noch andere Werte gibt. Wie wir miteinander umgehen zum Beispiel!"

Aus Erfahrung lernen

Diesen Anspruch haben zum Glück noch viele. Für eine effektive und zufriedenstellende Zusammenarbeit ist sowohl ein sehr gutes Miteinander als auch das bestmögliche Ergebnis/Endprodukt wichtig. Im Seminar „was tun" werden Methoden angeboten, die es jedem/r ermöglichen, das Miteinander und die Ergebnisse zu optimieren.

Wer geht nicht gern nach getaner Arbeit mit einem handfesten Ergebnis nach Hause... und freut sich noch, wenn er/sie sich sagen kann: „Heute haben wir's aber gut miteinander gepackt!"

Wie wird das nun gemacht? Das Seminar-Konzept lautet: aus den eigenen Erfahrungen lernen!

Der Seminarplan sieht folgendermaßen aus:

Die Teilnehmer arbeiten in Gruppen zu 8 Menschen und erledigen verschiedene vorgegebene Aufträge in vorgegebenen Zeiten. Jede Gruppe wird von einem/r TeamerIn betreut.

„Ich sag' Euch, wir haben Türme gebaut, Fenster gezählt, Pläne erstellt, Theater haben wir gespielt, na und das mit den Perlen hab' ich ja schon erwähnt."

Nach Beendigung der Auftragszeit wird eine „Rückblende" gemacht. Es wird nochmal auf den Prozeßverlauf zurückgeblickt und gesammelt, was für den Prozeß hilfreich und hinderlich war und daraus Pläne entwickelt, wie bei dem nächsten Auftrag besser oder anders vorzugehen ist.

Ein Gutes Gefühl...

„Was war gut? In welcher Situation...? Wie können wir ... noch verbessern?

Ja, reicht es denn nicht, wenn ich feststelle, daß die Zusammenarbeit gut war?

Nein. Martina hakte bei solchen Statements immer nach: konkreter, konkreter!

Wenn ich weiß, wie ich gut zusammengearbeitet habe, dann weiß ich auch das nächste Mal, wie ich's wiederholen kann!"

So kann man aus Erfolgen lernen.

Die Sammlung der Erfolgsmeldungen ergeben so die positiven Rückmeldungen über die Arbeit der Gruppe und damit steigt auch die Zufriedenheit. Dies fällt bei vielen Betrieben oft unter den Tisch und somit auch das gute Gefühl.

„Ja, ja, aber wir haben soviel falsch gemacht: Martina sagt zwar immer, Fehler sind dazu da, um herauszufinden, wie wir's das nächste Mal besser machen können. Na ja. Wir in unserer Gruppe haben überlegt, mit welcher Arbeitsweise wir Perlenketten produzieren wollten. Da ging es hin und her und jeder wußte es besser und wußte genau, warum das von den anderen nicht funktioniert. Wir haben im Fließbandsystem produziert. Ich war zwar nicht ganz zufrieden, aber es mußte ja voran gehen.

Also, wie beim nächsten Mal anders? Erst die Frage beantworten, wozu tun wir das überhaupt, dann Ideen sammeln und das ohne Kommentar und ohne Wertung, dann erst bewerten und alles festhalten! Ach, ich könnt' noch 'ne ganze Reihe anderer Sachen aufzählen."

Sowohl aus der Erfolgs- wie aus der Schwachstellenanalyse werden Erkenntnisse gewonnen und konkrete Pläne entwikkelt, was man sich das nächste Mal vornimmt und wie dies umgesetzt wird.

In vielen Betrieben werden Analysen und Erklärungen gesucht, warum was funktioniert oder nicht. Die daraus abzuleitenden zukünftigen Pläne werden nicht bedacht und so eine gemeinsame Weiterentwicklung behindert.

Nach jeder Arbeitseinheit (Auftragserfüllung und Rückblende) trifft man sich im Plenum und präsentiert die Arbeitsergebnisse, entwickelt und verfeinert ein strukturiertes Vorgehen für die Arbeitsaufgaben. Dieses strukturierte Vorgehen wird dann wie ein Netz über die neue Aufgabe gelegt und danach vorgegangen.

Weitere Themen, zu denen Handwerkszeug erarbeitet wird: Zielerklärung, Zeitstrukturierung, Visualisierungstechniken, Konsens, Fähigkeiten erkennen und nutzen, auf Ideen aufbauen, Arbeitsteilung, Delegation, Integration.

„Also, ich sag' Euch, alles in allem eine runde Sache. Bin vollgefüllt bis oben hin mit vielen neuen Ideen und Erkenntnissen. Auf jeden Fall muß eine Wand im Betrieb freigemacht werden, bunte Kärtchen müssen her, damit jederzeit alles für alle sichtbar wird."

Weitere Termine dieser Seminare findet Ihr unter den Seminarankündigungen vom ISO: Kollektives Management „was tun". ●

EUROPA VON UNTEN

Einladung zum 2. überregionalen Vorbereitungstreffen zur Europäischen Projektemesse

Im vergangenen Herbst tagte ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen zur Europäischen Projektemesse mit folgenden Ergebnissen:

- an einer solchen Veranstaltung besteht Interesse, wobei in erster Linie das Anliegen geäußert wurde, Politik für Selbstverwaltung und verschiedene Arbeitsbereiche von Projekten weiterzuentwickeln und hierfür internationale Kontakte anzustreben. Art und Weise der Durchführung und Standort sowie Dimensionierung des Messeprojekts hingegen wurde noch sehr unterschiedlich begriffen.
- es wurde des weiteren der Wunsch geäußert, Planung, Organisation und Durchführung der **Europäischen Projektemesse** nicht weiter unter Regie des **CONTRASTE e.V.** zu stellen, um von Anfang an niemand von der Vorbereitungsarbeit auszuschließen. Des weiteren blieb unklar, ob eine gemeinsame Trägerschaft oder ein neu zu gründender gemeinsamer Verein diese Regieführung und insbesondere die Einrichtung eines Koordinationsbüros/einer Koordinationsstelle übernehmen soll und wie die Mittel hierfür bereitgestellt werden können.
- schließlich wurde gefordert, der weiteren Vorbereitungsarbeit mehr Zeit zu geben. Ein Folgetreffen soll über ein ganzes Wochenende laufen und erst nach einer ausführlichen Diskussion der Messeidee in den interessierten Organisationen/Gruppen weiter geplant werden.
- Bereiche, für die eine Verbreiterung der Diskussion um die **Europäische Projektemesse** nach diesem ersten Treffen möglich schien, waren Genossenschaften, Kommunen, Naturkostszene, Sozialprojekte, Frauenprojekte, Theoriediskussion, libertäre Zentren und Gegenöffentlichkeit/Medien.

Die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen sehen die Bedeutung einer **Europäischen Projektemesse** nach den aktuellen Entwicklungen in Osteuropa bestätigt. Durch die neue internationale Situation die mit der Messe verfolgte Idee, soziale, ökologische und kulturelle Alternativen in Europa zu bilden, die im Sinne einer internationalen Solidarität wirken, zwangsläufig auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es ist an der Zeit, ein

2. überregionales Vorbereitungstreffen

einzuberufen, um zu klären,

- zu welchen Fachbereichen Planungsgruppen ihre Arbeit aufnehmen werden und welche Ziele sie dabei verfolgen
- und in welcher Trägerschaft, mit welchen Mitteln und welchen Entscheidungsstrukturen eine konkrete Organisationsarbeit aufgenommen werden soll.

Zur Vorbereitung dieser Diskussion wurde bereits auf dem Treffen in Herbst eine Projektskizze vorgelegt, die allen Interessierten, denen sie noch nicht vorliegt, zugeschickt werden kann.

Das Treffen ist vom 11. bis 13. Mai 1990 in Westberlin. Tagungsunterlagen (genauer Ort, sowie ggf. eine Projektskizze) werden nach Anmeldung verschickt von der

Planungsgruppe Westberlin
c/o Friedels Fairsicherungsbüro
Schulenburgring 130
1000 Berlin 42

„SEILTANZ"

In CONTRASTE Nr. 66 stellten wir das Bremer Frauenprojekt „Seiltanz" vor, die sich mit den Problemen von Frauen bei einem „Wiedereinstieg" in das Berufsleben beschäftigen. Wir vergaßen jedoch, die Bezugsadresse für die Informationsbroschüren anzugeben. Hier ist sie nun also:

Seiltanz
c/o AGAB e.V.
Grenzstr. 122
2800 Bremen 1
☎ (0421) 39 52 97

ALS ERSTER BUNDESDEUTSCHER GASTARBEITER IN DER UDSSR

Die erträgliche Schwierigkeit des Seins

„Jänscha", ruft mein sowjetischer Kollege. Doch ich verstehe nicht. Erst als er etwas präziser „Hans-Dietrich Jänscha" ruft, begreife ich, daß er mich damit meint. Ich soll ihm helfen, einen Baumstamm auf einen Rollwagen zu legen. Grinsend läßt er es sich gefallen, daß ich ihn seither im Gegenzug „Schewardnadse" nenne.

Nikolaus Huhn, Redaktion Südwest ● Was aber sind das für zwei selbsternannte Außenminister, die da im Südosten Moskaus zusammenarbeiten? Der eine, „Schewardnadse", ist etwa vierzig Jahre alt und ein ungeheuer versierter Schreiner. Zusammen mit den fünf Kollegen seiner Brigade stellt er geschnitzte Spielgeräte und Skulpturen für Kinderspielplätze her. Der andere, „Jänscha", zehn Jahre jünger, ist der erste Gastarbeiter aus der BRD in der Sowjetunion. Er wird für ein Jahr, von dem bereits fünf Monate vergangen sind, in dieser Brigade mitarbeiten.

Anfängerschwierigkeiten

Und obwohl er schon zehn Jahre als Schreiner in Deutschland und Italien gearbeitet hat, wird er hier noch einiges dazulernen (müssen). Für ihn ist diese Bildhauerarbeit recht fremd, sehr anstrengend, aber sehr interessant. Er ist es ja gewohnt, mit vielen großen und teuren Maschinen zu arbeiten, die ihm einen Großteil der Kraftanstrengung ersparen und andere Fähigkeiten erfordern, als man sie hier braucht. Hier werden etwa achzig Prozent der Arbeit mit Muskelkraft geleistet, weil entsprechende Maschinen fehlen. Also: Bizeps, Augenmaß und außerordentlich geschickte Hände. Diese Qualitäten sind bei Jänscha etwas degeneriert, weil er von den Maschinen verwöhnt ist. So steht er im Kreis seiner neuen Kollegen, wie ein Anfänger im ersten Lehrjahr. Aber seine Mitarbeiter lassen ihn da nicht hängen, sie erklären ihm alles auf Russisch. Auf Russisch? Das versteht er doch gar nicht! Doch, doch, das bringen sie ihm schon bei. Dieser Sprachkurs ist etwas rabiat, aber nicht ohne Erfolg. Wenn er etwas nicht begreift, wiederholen sie es einfach lauter und schneller (anstatt langsam und deutlich) bis er es verstanden hat – oder auch nicht. Oder aber Schewardnadse erklärt ihm zwei neue Adjektive, indem er ihm kurzerhand auf die Arbeitsjacke spuckt, den Fleck verreibt und, indem er darauf deutet, „mokri" sagt, während der trokkene Stoff daneben mit „suchoi" bezeichnet wird. Das ist zwar nicht gerade die feine englische Art, aber diese beiden Begriffe vergißt man so schnell nicht wieder. Als Jänscha ihn daraufhin am Kragen packt, um ihm an seinem Kittel die deutsche Übersetzung zu erklären, fällt auch Schewardnadse auf, daß sein pädagogischer Überschwang methodisch zwar bemerkenswert, zwischenmenschlich jedoch eher anfechtbar ist.

Ein Anfänger ist Jänscha selbstverständlich auch in der Kunst des sowjetischen Einkaufens. Noch keine fünf Tage in Moskau will er sich ein Beil für die Arbeit kaufen. Das Geschäft, in dem es solche Dinge gibt, ist jedoch gerade geschlossen. Etwas ratlos schlendert er umher und gerät in eine Schreinerei, in der man ihm tatsächlich ein Beil verkauft. Voller Stolz zeigt er seine Errungenschaft den Kollegen, die sich darüber halbtot lachen: Er hat ein völlig schiefes Beil minderer Qualität erstanden und dafür auch noch fünf Rubel anstatt der aufgedruckten 70 Kopeken bezahlt. Jetzt kennt Jänscha ein neues Wort: Spekuliant.

Noch weniger kennt sich Jänscha mit der Beschaffung von Lebensmittel aus. Den Liter Milch, den er mittags gerne trinkt, bekommt er eher zufällig im nahegelegenen Geschäft. An zwei von drei Tagen geht er leer aus, bis er dann merkt, daß es nicht nur darauf ankommt, wo man was kauft, sondern auch wann! Man muß also zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein. Diese richtige Zeit ist nicht etwa eine bestimmte Uhrzeit, sondern die kurze Frist nach Eintreffen den Lieferwagens, und wann das ist, weiß bestenfalls ein sensibel hartgesottener Stalker oder der Cousin der Verkäuferin. Das mit der Milch klappt jedoch inzwischen fast jeden Tag.

Von der Notwendigkeit zum Volkssport

Jänscha vermeidet gern das Anstehen an den Schlangen. Er kauft dann lieber etwas, wo niemand ansteht. Voller Bewunderung und Befremden sieht er zum Beispiel, wie vierzig Menschen vor einem leeren Tisch Schlange stehen. Weiß der Kukkuck, wann da was an diesem Tisch verkauft wird. Und woher wissen die Leute das???

Aber auch wenn das mit dem Einkaufen nicht immer richtig klappt, lassen die Kollegen ihn nicht im Stich. Mal findet er eine Speckseite in seinem Spind, mal eine Suppe, mal ein paar Zwiebeln, Eier, Marmelade, Brot. Man hat Mitleid mit einem, der es gewohnt ist, das, was er will im Geschäft kaufen zu können...

Manchmal hat er den Eindruck, daß das Schlangestehen nicht nötig wäre. Wenn er zum Beispiel ein paar Knöpfe für einige Kopeken kaufen will, steht er an, um an die Stelle zu kommen, wo er sie aussuchen kann, steht an, um den Bon an der Kasse zu kaufen und steht wieder an, um schließlich den Bon gegen die Knöpfe einzutauschen.

Oder aber die Verkäuferin läßt sich bei ihrer Tätigkeit von einer beneidenswerten Gemütsruhe leiten und zieht sich hin und wieder zu einem Schwätzchen mit den Kolleginnen in's Hinterzimmer zurück, während sich die Schlange mehr oder weniger geduldig wartend verlängert. Steht man in einer solchen Schlange an und hört das fröhliche Treiben der Verkäuferinnen aus dem Lagerraum, hat man relativ viel Zeit, seine Phantasie mit Gedankenspielen über den wechselseitigen Zusammenhang von Gehalt und Arbeitseifer zu beschäftigen. Sollte das Schlangestehen – aus der Not geboren – sich etwa zu einer Art Volkssport verselbständigt haben, so wie man in Südfrankreich das gesellige Boul-Spiel pflegt? Ist solch eine Aufreihung von Menschen automatisch eine Qualitätsgarantie für das Produkt, das da verkauft wird? Denkt man noch nach oder stellt man sich einfach an, wenn viele da stehen?

Manchmal, wenn Jänscha schlechte Laune hat, stellt er sich vor, was passiert, wenn man an sechs oder sieben Stellen der Stadt Stände mit Brot, das es ja überall zu kaufen gibt, aufstellt und davor zwanzig bis dreißig Eingeweihte Schlange stehen läßt...

Angeregt von dem augenfälligen Kontrast zwischen den karg bestückten Ladenregalen und den doch relativ gut gefüllten Kühlschränken und reichlich gedeckten Tischen in den Wohnungen hat Jänscha schon einige Male die Vermutung geäußert, daß doch wohl nur ein geringer Teil der Güter über die offizielle Ökonomie an den Verbraucher gelange und vielleicht siebzig Prozent über irgendwelche andere, ihm unbekannte Wege. Das wurde jedoch durchweg bestritten und zwar mit der Begründung, daß es doch wohl eher fünfundachzig bis neunzig Prozent seien.

„Greif nur zu, greif nur zu," hört Jänscha die Gastgeberin sagen, als er zu Besuch bei Bekannten ist und vor einem reichlich gedeckten Tisch sitzt, „es sind alles bestimmt keine staatlichen Produkte!" Wie? Was? Ist der Staat etwa Garant für Zweitklassiges, Synonym für Mediokrität? Oder wie sonst soll man diesen stolzen Ausruf der Hausfrau verstehen?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Schewardnadse zum Beispiel bestellt nach Feierabend und am Wochenende seinen Acker, den er sich aus Brachland am Stadtrand urbar gemacht hat, um seine Familie mit Vitaminen zu versorgen. Er ist also im wahrsten Sinne des Wortes „Arbeiter und Bauer", genaugenommen also einer der Machthaber dieses Landes. Davon hat Jänscha jedoch bislang – und das sei hier in aller Höflichkeit gesagt – noch nicht allzuviel gemerkt.

Schön öfters hat Jänscha Schewardnadse mit einem Pakken Altpapier unterm Arm gesehen. Neulich erfuhr er, daß man dafür Talons bekommt, die man für den Erwerb besonders begehrter Bücher benötigt. Zwanzig Kilogramm für ein Buch.

Und was sieht Jänscha da: Das sind alles alte Personaldossiers aus Stalins Zeiten. Jede Akte zehn bis zwanzig Seiten stark, Handgeschriebenes und Formulare. Zum Beispiel: N.N. Jude, Weißrußland, Verwaltungsangestellter; gedient in der weißen Armee? Nein!, Aufenthalt im faschistischen Ausland? Nein! etc. Ein einziger Makel dieser „Karakteristika" hatte damals wohl über kurz oder lang den Tod bedeutet...

Und jetzt wandern diese Akten, dieser gebündelten menschlichen Schicksale, zum Altpapier, um gegen Romane eingetauscht zu werden. Auch so wird aus Geschichte Literatur...

Russische Zeitrechnung

Zwei Dinge sollen zum Schluß noch erwähnt werden, an die sich Jänscha erst gewöhnen mußte. Zum einen die regelmäßige gemeinsame (Rauch-)Pause bei der Arbeit – auch für Nichtraucher verbindlich – die er von zu Hause gar nicht kennt. Doch fiel ihm ein, daß eine urkommunistische spirituelle Gemeinschaft in Frankreich aufgrund philosophischer, religiöser Einsichten ebenfalls zu einem solchen stündlichen Arbeits-Pausen-Rhytmus gelangt ist. Und tatsächlich, als Deutscher kann man manchmal allzuleicht vergessen, daß der Mensch nicht nur Roboter sondern auch soziales Wesen ist und das eben auch bei der Arbeit und nicht nur in der Freizeit.

Zum zweiten: das russische Wort „saftra"! Es ist zwar im Wörterbuch auch als „der auf das Heute folgende Tag" bezeichnet, doch entspricht das der Anwendung nur ungenügend. In den meisten Fällen hat Jänscha es nämlich im Sinne von „in den nächsten Tagen oder Wochen" kennengelernt (Ich rufe morgen mal an..., komme morgen mal vorbei...) Daran hat er sich nur mühsam gewöhnen können. Und wenn ihm jetzt jemand sagt, er werde dies oder jenes in drei, vier Tagen erledigen, dann multipliziert Jänscha die Zahl im Gedächnis heimlich mit zehn, um unnötige Enttäuschungen zu vermeiden.

Soweit also zunächst Jänschas erster Bericht. Er bittet um Verzeihung, wenn er manche Dinge sehr direkt beim Namen nennt und seine Eindrücke nicht aus lauter Höflichkeit beschönigt. Doch wäre er nie auf die Idee gekommen, in diesem Land zu leben und zu arbeiten, wenn er nicht den Eindruck gewonnen hätte, daß hier eine Zeit anbricht, in der das offene Wort nötig und möglich ist. Jänscha wird sich also an dieser Stelle wieder melden. Wann?
Saftra...

Der Autor dieses Beitrages hat nach zweijährigem vergeblichem Anfragen bei den verschiedensten Institutionen in Ost und West schließlich doch durch die Vermittlung von Valentin Falin, dem ehemaligen Botschafter der UDSSR in Bonn, die Möglichkeit erhalten, für ein Jahr in einer Moskauer Handwerkercooperative zu arbeiten. Er wird dort genau wie die Kollegen entlohnt und wohnt zur Eingewöhnung zunächst bei einer russischen Familie. Sein Aufenthalt wird von der Nachrichtenagentur IMA-Press betreut. ●

ANREGUNG: HANDWERKERAUSTAUSCH UDSSR – BRD

Nachdem ich die Gelegenheit hatte, als Schreiner ein Jahr lang in einem Moskauer Betrieb zu arbeiten, ist die Idee entstanden, einen beiderseitigen Austausch von Handwerkern und Facharbeitern zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion mit folgender Absicht anzuregen:

- Anknüpfen an die grenzüberschreitende Tradition der Handwerker-Wanderschaft,
- Erweiterung fachlicher Kenntnisse und Sammeln von beruflicher Erfahrung,
- Erweiterung von Menschenkenntnis und Lebenserfahrung,
- Abbau von Vorurteilen und Illusionen über das Leben und den Alltag im „Feindesland",
- Normalisierung und Entkrampfung des Zusammenlebens in Europa,
- im Rahmen der ohnehin anlaufenden Ost-West-Annäherung ein Gegengewicht zum großdeutschen Nationalspleen zu setzen.

Es ist dabei an die Möglichkeit gedacht, für einen Zeitraum von 3 bis 18 Monaten in einem Betrieb des jeweils anderen Landes zu den dortigen Bedingungen zu arbeiten.

Gesucht werden in der BRD Betriebe, die einen sowjetischen Handwerker für einen solchen Zeitraum beschäftigen und einzelne Handwerker, die eine zeitlang in der Sowjetunion arbeiten wollen.

Sowohl Betriebe als auch Gesellen sollten sich darüber im klaren sein, daß die Teilnahme an diesem Austausch aller Voraussicht nach keine finanziellen Vorteile bringt. Einerseits sind die Löhne in der UDSSR niedrig und andererseits ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich ein russischer Kollege in einem hiesigen Betrieb sprachlich und fachliche gerade erst richtig eingearbeitet hat, wenn er schon wieder heimfährt.

Einem Teilnehmer an diesem Austausch sollte der Gedanke nicht völlig fremd sein, daß nicht nur die sorgfältige handwerkliche Verarbeitung zur Haltbarkeit und Lebensdauer seiner Produkte beitragen kann, sondern auch ein einigermaßen nüchternes und wohlwollendes Verhältnis zu seinem atomar bewaffneten Nachbarn...

Die notwendigen organisatorischen Hilfen zu diesem Austausch sollen in einen Verein eingebunden und in Abstimmung mit den zuständigen Stellen in Ost und West durchgeführt werden. Erste Betriebe und einzelne Handwerker aus Ost und West haben bereits ihr Interesse angemeldet.

Weitere Informationen:
Nikolaus Huhn, Wildweg 7,
8000 München 70
Tel. (089) 811 67 01

KAFFEE AUS NICARAGUA

Hilfe beim Aufbau einer Opposition

Insbesondere für den Kaffeedirektvertrieb, der bisher über die staatliche Kaffeeorganisation ENCAFE läuft, stehen nach der Wahl der antisandinistischen Regierung Veränderungen in den Handelsbeziehungen an. Im folgenden eine erste Reaktion vom Adelante e.V..

Adelante e.V., Redaktion Heidelberg ● Die Wahlniederlage der Sandinisten hat natürlich auch bei uns große Enttäuschung ausgelöst, wir verfallen jedoch nicht in Hysterie und wollen die Kontinuität unserer jahrelangen Arbeit nicht gefährden. Für uns bricht aber jetzt keine „Welt" zusammen, weil auch schon in den letzten Jahren in Nicaragua keineswegs „paradiesische" Zustände herrschten. Kurzfristig wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen, um die Sinnhaftigkeit unserer Arbeit zu gewährleisten:

- keine direkte Unterstützung der neuen Regierung mehr durch „Mehrzahlung" auf den Weltmarktpreis an die staatliche Kaffeeorganisation ENCAFE, sondern Umleitung dieser „Mehrzahlungen" direkt an das Projekt „La paz del Tuma" mit genauer Kontrolle durch eigene Mitarbeiter
- durch Bündelung aller Spenden direkt an das Projekt „La paz del Tuma" wollen wir für einen schnellen Abschluß sorgen, denn die dort gebaute zentrale Kaffeeverarbeitungsanlage gehört der Gewerkschaft, dem Verband der Kooperativen und Kleinbauern und der Regionalregierung und soll auch in deren Händen bleiben.
- verstärkter, nach Möglichkeit totaler Umstieg auf ökologisch nach IFOAM Kriterien angebauten Kaffee von der Kooperative „Mauricio Duarte", unserem derzeitigen Lieferanten des „Cafe Organico" möglichst unter Ausschluß von ENCAFE
- die „Mehrzahlungen" bis zu über 100% auf den derzeitigen Weltmarktpreis werden wir in jedem Fall beibehalten und wir werden diese Gelder für den weiteren Ausbau des biologischen Landbaus sowie für politische Projekte zur Unterstützung der Landbevölkerung einsetzen.

Das Wahlergebnis ist für uns zweifellos ein schwerer Schlag, aber für eine genaue Bewertung der Situation ist es noch zu früh. Sicherlich hat die USA vorläufig ihr Ziel erreicht und wird sich nicht so einfach „die Butter vom Brot" nehmen lassen.

Foto: Barricada, aus nhz April '90

Es geht nicht um unsere Utopien!

Gerade deswegen ist **jetzt erst recht** Unterstützung notwendig für die Unterprivilegierten und der Aufbau einer Opposition zur befürchteten Politik der immerhin frei gewählten Regierung sinnvoll.

Für uns wird der Weg zweifellos schwerer, denn die staatlichen Organisationen und Einrichtungen werden uns wohl nicht mehr zur Verfügung stehen. Aber ebenso müßte klar sein, daß wir uns unsere Solidarität zu den Unterprivilegierten nicht durch Regierungswechsel aufgeben. Es geht hier nicht um unsere „Utopie vom Paradies", sondern um konkrete, harte Arbeit, die wir erst auf Wunsch unserer Partner in Nicaragua beenden werden und uns eine Entscheidung hierüber gar nicht zusteht.

Wir werden Mittel und Wege finden, weiterhin unsere Ziele vertreten zu können und werden in kurzen Abständen über die neue Situation nach Rücksprache mit unseren Partnern in Nicaragua berichten.

(Adelante e.V, ist ein Zusammenschluß der Bärliner Kaffeegenossenschaft, Ökotopia Berin, Eine-Welt-Laden Tupac Amaru Bremen, Venceremos Coesfeld, Solidaritätsshop Frankfurt, El Rogiro Hamburg, Kaffee Aktion Hannover, Nicaragua Libre München, Dritte-Welt-Laden Ravensburg).

IM INTERESSE DER WIRKLICHEN VERLIERER

Solidarität mit dem Volk Nicaraguas – jetzt erst recht!

Wider Erwarten hat das Oppositionsbündnis U.N.O. die Wahlen gewonnen. Die Verlegerin Violetta Chamorro wird am 25.4.90 neue Präsidentin; die Sandinisten werden zur neuen Opposition in Nicaragua. Die Ziele, die die USA und die Contra mit Wirtschaftsboykott, Sabotage, Zerstörung und Krieg in Nicaragua verbanden, gehen in Erfüllung – die Zerstörer kommen an die Macht. Die Wähler hoffen auf Frieden und Wirtschaftshilfe.

Eine Stellungnahme der Liberacion e.G., Redaktion Heidelberg ● Diese Wahlen wird nun niemand mehr kritisieren, nicht nur, weil 3.000 internationale Beobachter ihre Korrektheit bescheinigen, sondern auch, weil nun die „richtige" Stelle gewonnen hat. Es bleibt eine große Frage, wie lange sich dieses von der USA aufgebaute und massiv finanzierte Wahlbündnis aus Kommunisten, Sozialisten, Konservativen, Ex-Somoziten und Ultra-Rechten in der Regierungsverantwortung halten wird. Aber zunächst hat das Volk gesprochen. Und nicht nur die Sandinisten, sondern auch wir müssen dieses Ergebnis annehmen.

Handel und Solidarität

Aber nun wird die Solidarität mit den wirklichen Verlierern dieser Wahl, den Armen, den Landlosen, den Gewerkschaftern, den Kleinbauern, den Frauen, besonders wichtig. Schon seit Beginn der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua sind diese Gruppen das Ziel unserer Solidarität. Unser Handel mit den Bananen aus Nicaragua bietet für die Landarbeiter und ihre Gewerkschaft ATC eine Perspektive. In Zusammenarbeit mit der ATC und in ihrer Trägerschaft werden durch den Bananenverkauf Gesundheitsprojekte, Kindergärten, Sanitär-Projekte u.ä. gefördert. Ebenfalls in Trägerschaft der ATC sowie der Kleinbauernvereinigung UNAG unterstützen wir durch den Kaffeeverkauf soziale Maßnahmen für die Landarbeiter und Kleinbauern, wie Häuserbau, Wasser- und Sanitärinstallationen, Kindergärten u.ä.. Nicht zuletzt ist der biologische Kaffeeanbau in Nicaragua nur durch Unterstützung der Solidaritätsgruppen möglich geworden.

Die Verbesserung der Lage der einfachen Menschen war und ist das Ziel der Sandinisten. Alphabetisierung, Gesundheitsversorgung, Ausbau des Bildungswesens sind nur einige Stichworte einer Politik, die von den jetztigen Wahlsiegern immer wieder mit allen Mittel bekämpft wurde. Die sandinistische Regierung hat von Anfang an ein gemischtes Wirtschaftssystem angestrebt und nach Kräften durchgesetzt. Über 50% der Wirtschaftsaktivitäten in Nicaragua liegen in privaten Händen, Staatswirtschaft existiert nur in Schlüsselbereichen und einem Teil alter Somoza-Betriebe.

In einer großen Landreform wurden vor allem die Ländereien des alten Diktators Somoza an Cooperativen und Kleinbauern verteilt, die so eine neue Existenz bekamen. Die Landarbeiter und Industriearbeiter bekamen neue Mitspracherechte in den Betrieben. In Stadtteilkommittees und Versammlungen wurde immer wieder die Meinung und Mitarbeit der Menschen Nicaraguas am neuen Aufbau erfragt.

Diese neue Kultur der Selbstverwaltung und Demokratie wird jetzt unter großen Druck geraten. Gewerkschaften, Kleinbauernverbände, Stadtteilkommittees stören eher die jetzt notwendige Umverteilung von unten nach oben, damit Nicaragua für das internationale Kapital wieder interessant wird. Chamorro und Bush wollen aus Nicaragua wieder einen pro-amerikanischen, kapitalistischen und politisch ruhigen Hinterhof der USA machen, natürlich auf Kosten aller, die ihnen dabei im Weg stehen.

Deshalb ist unsere Solidarität mit den Basisgruppen, Gewerkschaften und Vereinigungen der Armen und Schwachen, mit den Cooperativen und den Kleinbauern jetzt doppelt notwendig, damit ihr Einsatz in den letzten 10 Jahren nicht im Nachhinein umsonst ist.

Noch ist der Handel mit den Produkten aus Nicaragua für diese Unterstützung der richtige Weg. Ob das so bleibt, oder ob der direkte Kontakt zu unseren Projektpartnern verunmöglicht wird, können wir jetzt noch nicht sagen. Dazu sind die Eindrücke der letzten Stunden in Nicaragua und auch bei uns noch zu wenig verarbeitet.

Aber wir werden uns bemühen, die weitere Entwicklung kritisch zu begleiten und Euch ausführlich zu berichten. Wir wollen keine Schritte ohne Gespräche mit unseren Nicaraguanischen Freunden unternehmen. Daza nehmen wir jetzt schnell den Kontakt nach Nicaragua auf und werden außerdem für Mai Gewerkschafter aus Nicaragua zu Rundreisen einladen. ●

Liberacion e.G. - Handel für Entwicklung und Frieden i.Gr.

Anzeige

Aufruf zum Beitritt

Erfahrungen haben gezeigt, daß die Arbeit für eine alternative Sozialpolitik auf eine breite Grundlage gestellt werden muß, wenn sie die wünschenswerte Wirksamkeit entfalten will.

Die Sozialpolitische Gesellschaft stützt sich auf einen weit gefaßten Begriff von Sozialpolitik, der tief in die Bereiche der Gesundheits-, Bildungs-, Kultur-, Wirtschafts-, Ökologie-, Innen-, Entwicklungspolitik reicht.

Wir bitten der Sozialpolitischen Gesellschaft beizutreten, alle an (Fach)-Hochschulen Lehrende; im Sozial-, Bildungs-, Gesundheitsbereich in großen Institutionen und bei kleinen Trägern Tätige; sozialpolitisch Engagierte aus Parlamenten, Gemeinden, Kirchen, Gewerkschaften; Studierende; Betroffene; alle Leute, gleich welchen Geschlechts, Alters, Berufs, die seit 1968, schon vorher oder erst später, finden, daß auf dem sozialpolitischen Felde etwas verändert werden muß und dies parteiunabhängig und parteiübergreifend.

Einladung: Zukunftswerkstatt

Die Sozialpolitische Gesellschaft wird **vom 27. - 29. 4. 1990** in Kassel mit einer Zukunftswerkstatt zum Thema Sozialpolitik eigene inhaltliche Schwerpunkte entwickeln und sich der Öffentlichkeit vorstellen.

Sozialpolitische Gesellschaft
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

○ Ich möchte der S.G. beitreten
○ Schickt mir bitte weitere Infos über die S.G.
○ Schickt mir Unterlagen zur Zu kunftswerkstatt

Adresse: Unterschrift:

BUNDESTREFFEN DER MITTELAMERIKA-SOLIDARITÄTSGRUPPEN

Mit den Sandinisten weiter für ein freies Nicaragua

Mitte März fand in Köln ein bundesweites Treffen der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen statt. U.a. nahmen sie zur Situation in Nicaragua nach dem Wahlausgang Stellung.

Ein Bericht von Christiane Michels, Nicaragua-Komittee, Redaktion Kassel ● Die Wahlniederlage der FSLN bei den Wahlen am 25. Februar ist ein Erfolg der Kriegsführung der USA gegen die sandinistische Revolution. Für die USA waren die Wahlen die Fortsetzung des Krieges, den sie 10 Jahre lang vor allem auf militärischer und wirtschaftlicher Ebene gegen die Revolution geführt haben. Nachdem ihr Versuch, die Sandinisten militärisch von der Macht zu vertreiben am Verteidigungswillen der Nicaraguaner und ihrer internationen Isolierung gescheitert war, verstand die US-Regierung die Wahlen als Kriegsführung auf politischer Ebene. Hierfür bauten sie das Parteibündnis UNO auf und finanzierten deren Wahlkampf und deren psychologische Kriegsführung. Ihr Kalkül ist aufgegangen: Nach 10 Jahren Krieg und nach 10 Jahren wirtschaftlicher Ausblutung gaben 53% der Nicaraguaner der UNO ihre Stimme in der Hoffnung, daß sich dadurch ihre wirtschaftliche Situation verbessern wird und der Krieg beendet wird.

Demokratie auf allen Ebenen

Nach 10 Jahren der Ausblutung hofft nun eine Mehrheit der Nicaraguaner auf die Aufhebung des Handelsembargos, das Ende des Contrakrieges und Wirtschaftshilfe aus den USA sowie den anderen westlichen Ländern. Dies waren die zweiten freien Wahlen in Nicaragua, jedoch die ersten, bei denen ein von den USA finanziertes Wahlbündnis antrat.

Die FSLN hat die Abhaltung freier Wahlen immer als wesentlichen Bestandteil der Demokratieentwicklung betrachtet, jedoch Demokratie niemals auf Wahlen reduziert.

Die Sandinisten haben immer deutlich gemacht, daß Demokratie auf allen Ebenen entwickelt werden muß und die demokratische Machtausübung des Volkes im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Breich bedeutet. Es ist eine der grundlegenden Errungenschaften der letzten 10 Jahre, daß auf allen Ebenen der nicaraguanischen Gesellschaft Ansätze für demokratische Organisationen und Mechanismen entwickelt wurden, die auch für die erklärten Gegner dieser Revolution gelten. Natürlich hat es hierbei auch Fehler der FSLN gegeben, z.B. was die Rolle der Massenorganisationen angeht, entscheidend ist jedoch die in Gang gesetzte Dynamik und Entwicklung.

Die USA haben es geschafft, die Sandinisten von der Regierung zu vertreiben, aber nicht von der Macht. Zwar wird die UNO Ende April die Staatsmacht übernehmen, noch ist aber vollkommen ungeklärt, worauf sich diese Macht gründen soll, wenn nicht allein auf den großen Bruder im Norden oder auf die bewaffnete Contra. Die Sandinisten besitzen die Macht, das Land unregierbar zu machen, von daher wird die UNO Kompromisse eingehen müssen, will sie eine gewisse Stabilität im Land garantieren.

Eine geregelte Regierungsübernahme ist das erklärte Ziel der FSLN, nicht aber eine Übergabe der Macht, die nach wie vor beim Volk liegen wird und der Garant dafür sein kann, daß eine Regierung unter Violeta Chamorro nicht die Errungenschaften der Revolution zurückschraubt.

Hierin liegt die Chance und auch die historische Weiterentwicklung. Anders als in anderen revolutionären Prozessen und anders als in Osteuropa hat die FSLN auf politischer Ebene demokratische Strukturen entwickelt und ihre Regierungsmacht von einer Legitimierung durch Wahlen abhängig gemacht. Sie hat die Regierung verloren, nicht aber die aktive Unterstützung von immerhin 40% der Bevölkerung. Die Revolution hat institutionelle und gesellschaftliche Bedingungen geschaffen, unter denen die Sandinisten den Kampf um die Revolution fortführen können.

Verteidigung der Revolution

Insofern ist die Utopie gestorben, daß eine Befreiungsbewegung an der Macht der heutigen Welt grundlegende materielle Verbesserungen erzielen kann und auch nach 10 Jahren Kriegsführung durch die Imperialisten noch die uneingeschränkte Unterstützung der Bevölkerung für die Weiterführung der Revolution haben könnte. Aber auch ein Wahlsieg der FSLN hätte die äußeren Zwänge und Gewaltverhältnisse nicht ändern können. Der historisch neue Versuch besteht darin, die Revolution zu verteidigen und von unten her durch die gesellschaftliche Macht der Volksorganisationen weiterzutreiben.

Die UNO hat zwar die Wahlen gewonnen, aber sie muß erst noch beweisen, daß es nun der Bevölkerung besser gehen wird. Natürlich werden die USA und die westlichen Länder jetzt mit Wirtschaftshilfe versuchen, eine UNO Regierung zu stabilisieren. Ob dies jedoch auch mittelfristig zu einer verbesserten Lebenslage der Bevölkerung führen kann, ist fraglich. Sicher ist nur, daß es für den Imperialismus teuer werden wird, Nicaragua sozial zu befrieden.

Da die UNO ein Zwangsbündnis war, ist ebenso fraglich, ob diese Koalition, die bisher nur durch den Dollarsegen und den Haß auf die Sandinisten zusammengehalten wurde, überhaupt regierungsfähig ist. Wahrscheinlich wird die US-Regierung oder Stiftungen wie National Endowment hier zunächst wichtige Aufgaben übernehmen, um im Sinne des Santa Fe II Papiers zu eine politisch stabilen Gesellschaft im Sinne der USA gelangen zu können. In diesem Zusammenhang ist auch die Zukunft der Contra von Bedeutung. Soll sie die militärische Stütze der neuen Regierung werden? Wird sie entwaffnet und aufgelöst?

Die ersten Stellungnahmen der Bundesregierung und die Ankündigung, daß die bisher eingefrorenen 51 Mio. DM Entwicklungshilfe sofort nach Violeta Chamorros Amtsantritt neu verhandelt würden, beweist wieder einmal, daß es in der Bundesregierung nicht um Entwicklungshilfe geht, sondern um die Mitwirkung am gemeinsamen Projekt der Imperialisten, diese Revolution zu zerschlagen bzw. jetzt eine US-freundliche Regierung zu stärken. Staatssekretär Repnik hat angekündigt, man würde sich über Neuzusagen für Frau Chamorro im Rahmen einer Internationalen Geberkonferenz verständigen. Dies zeigt, daß die westlichen Regierungen und Wirtschafts- und Finanzsituationen offen ein gemeinsames Konzept für die weitere Zerschlagung der Revolution bzw. die Stabiliserung „ihrer" Regierung in Nicaragua planen. Abzusehen ist auch, daß die bundesdeutschen Stiftungen, allen voran die Adenauer Stiftung auch weiterhin das Ihrige tun werden, um aus der UNO und ihrem Umfeld eine halbwegs stabile politische Parteienlandschaft und gesellschaftliche Gruppen und Verbände der Rechten zu machen.

Unterstützung des Volkes

In den nächsten Monaten wird sich herausstellen, wie die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua weitergeht. Ziel ist zukünftig weiterhin die FSLN und die revolutionären Volksorganisationen zu unterstützen.

Es bestand auf dem Kongreß auch Einigkeit darüber, daß es mit der UNO von der Solidaritätsbewegung aus keine Zusammenarbeit geben kann, auch nicht im Bereich sogenannter humanitärer Projekte, um nicht zur Stabilisierung der UNO beizutragen.

Bis zum Regierungswechsel im April soll gemeinsam mit den bisherigen Projektpartnern überlegt werden, welche Projekte sinnvollerweise aus einem staatlichen Rahmen gelöst werden und einen privaten bzw. kollektiven Träger erhalten sollen. Die Diskussion über die politische Wirkung der Projekte muß fortgeführt werden, damit sie zur Befreiung und auch zum Widerstand gegen die UNO-Regierung beitragen, Bewußtsein schaffen und nicht Almosen abverlangen. ●

KOOPERATIVEN IN ZENTRALSPANIEN

Aus dem Dornröschenschlaf erweckt...

Das selbstverwaltete Bildungs- und Freizeithaus Eichwald in Nunkirchen im Saarland veranstaltete im Oktober '89 eine Reise nach Zentralspanien mit dem Ziel, dort ansässige alternative Projekte zu besuchen.

Von Claudia Zwiener, Werner Staub, Benito Hernandez, Redaktion Heidelberg ● Es ging darum, einen ersten Einblick in die spanische Selbstverwaltungs- und Alternativszene zu bekommen und etwas über Arbeits-, Organisationsstrukturen, Zielsetzungen und Rahmenbedingungen Selbstverwalteter Betriebe zu erfahren. Zwölf Leute aus unterschiedlichsten Zusammenhängen fanden sich für dieses Reiseunternehmen.

Unser erstes Ziel war das kleine Dorf Abioncillo in der kastillischen Provinz Soria.

Abioncillo – ein verlassenes Dorf wird zur Schule

Abioncillo, ein kleines Dorf der Provinz Soria, war bereits dem Verfall und dem Aussterben preisgegeben, als sich 1983 eine Gruppe von PädagogInnen daran machte, das Dorf wieder aufzubauen und zu beleben. Nur noch zwei der ursprünglichen Einwohner, Pedro und der Schäfer Pablo, waren in den halbverfallenen Gemäuern zurückgeblieben.

Abioncillo – ein aufgegebenes Dorf, kein Einzelfall in der Provinz Soria, die mit 0,6 Einwohnern/qm zu den am dünnsten besiedelten Landstrichen Spaniens gehört. Von den 17 Dörfern der ehemaligen „Herrschaft" Calatanazor sind fünf heute ganz verlassen.

Der unerbittlichen Landflucht infolge der Industrialisierung und Technisierung der Städte und der eklatanten Strukturschwäche der Region (in Spanien ist das Stadt – Land – Gefälle viel gravierender als in der BRD) wird bis heute nicht mit geeigneten staatlichen Mitteln begegnet.

Ein zentrales Anliegen der **Cooperativa del Río** ist es denn auch, dieser Entwicklung des Aussterbens ganzer Dörfer und Landstriche, dem Vergessen traditioneller Berufe und volkstümlicher Gebräuche entgegenzuwirken.

Die GründerInnen der Cooperativa del Río, durch lange Jahre eigener Erfahrung mit der offiziellen Lehre an Schule und Hochschule bestens vertraut, wollen aber auch ein pädagogisches Konzept in die Praxis umsetzen, das theoretische Wissensvermittlung mit praktischen Erfahrungen und Erleben verknüpft, das die Begegnung mit der ländlichen Welt und ihren Traditonen in die offiziellen Lehrpläne einschließt, das Naturerleben und die Auseinandersetzung mit der regionalen Geschichte ermöglicht.

„Arbeite mit dem Buch in der einen und mit der Hacke in der anderen Hand." (Julián Sanz del Río, 1854)

Dieses Zitat des Pädagogen del Río, der, ebenfalls aus Soria stammend, den Krausismus in Spanien einführte und Mitbegründer der „Institución Libre de Ensenanza" (unter ganzheitlichem Aspekt reformierte Grund- und Mittelschulen) war, ist Wahl- und Leitspruch der KooperativistInnen. Auch der Name der Kooperative ist eine Hommage an diesen Mann, weist gleichzeitig aber auch auf die Lage des Dörfchens unmittelbar an den Ufern des Baches Abión hin.

Daß die Maximen des Vorbildes del Río sich nicht nur im Konzept schön ausnehmen, davon können wir uns gleich beim ersten Rundgang durch das Dorf überzeugen.

LehrerInnen werden zu HandwerkerInnen

Auf dem neu gepflasterten Dorfplatz mit der alten Ulme, dem Zentrum des Dorfes, erzählt uns Félix erstmal von der Zeit des Aufbaus.

Von den Gründungsmitgliedern des Projektes, vier Männer und vier Frauen, leben sechs von Anfang an im Dorf. Die beiden anderen arbeiten außerhalb weiter und unterstützen die Arbeit finanziell.

Die Anfangsbedingungen sind ausgesprochen hart: Es gibt weder Strom noch fließend Wasser, wenig Arbeitskräfte und nur knappe finanzielle Mittel. Auch die sehr kalten Winter mit Frost und Schneefällen behindern die Aufbauarbeiten. Die Rekonstruktion der alten Häuser erfolgt mit den ursprünglichen Materialien (Naturstein, Lehmziegel, Pinienholz) und in der traditionellen Bautechnik. Innerhalb von drei Jahren vollbringen die Frauen und Männer ein regelrechtes Wunderwerk und fügen Stein für Stein einen großen Teil des Dorfes wieder zusammen.

Neben dem Haupthaus, in welchem die Projektmitglieder wohnen und wo auch die große Küche, die Büros und eine Bibliothek untergebracht sind, steht das Gästehaus mit Schlafräumen und Duschen. In der ersten Etage, direkt unter dem Dachboden, ist ein riesiger Unterrichts- und Tagungsraum eingerichtet. Der hintere Teil ist abgetrennt, dort stehen große Webstühle, dickgewebte Mäntel und Röcke, traditionelle Bekleidungsstücke der Landbevölkerung hängen an den Wänden. Der Blick aus dem Fenster in die Weite des Tales ist umwerfend. Im gleichen Haus befindet sich auch ein naturwissenschaftliches Labor: Schlangen und Kröten in Gläsern mit Alkohol schwimmend, ausgestopfte Vögel und Raubkatzen, konservierte Pilze und getrocknete Pflanzen, Mineralien, mannigfaltiges Kartenmaterial, Mikroskope... Unterrichtsmaterial zum Bestaunen und Anfassen, das die naturkundlichen Wanderungen ergänzt.

Auf dem Weg zur alten Schmiede kommen wir am Hühnerstall vorbei, wo eine meteorologische Meßstation installiert ist. Dort werden jeden Morgen die Meßdaten abgelesen und notiert.

Die ehemalige Dorfschmiede ist wieder funktionstüchtig hergerichtet: Hier dürfen die SchülerInnen selbst den riesigen Blasebalg bedienen und glühendes Eisen auf dem Amboß zurechtschlagen.

Vor dem Mittagessen können wir gerade noch den Garten und die Kläranlage besichtigen, zum Besuch im Rathaus reicht die Zeit schon nicht mehr.

Alle die erwähnten und noch weitere Einrichtungen stehen den BesucherInnen Abioncillos, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, zur Verfügung und schaffen die Vorraussetzung für ein Lernen/Lehren mit Kopf und Händen.

Dazu kommt die wunderschöne, vielfältige Landschaft, die (nicht nur) für die Kinder und Jugendlichen aus den Großstädten ein Paradies zum Spielen und Herumtoben ist. So liegt es auf der Hand, daß ein Großteil des Unterrichts- und Kursangebotes im Freien stattfindet: Wanderungen durch das Tal des Abión und das nahegelegene Naturschutzgebiet „Canon del Ríos Lobos", durch die großen Wacholderwälder, zu verlassenen Dörfern oder nahegelegenen Höhlen.

Großes Engagement – wenig Unterstützung

Das Konzept der Cooperativa del Río stimmt, die Bedingungen, die die Leute der Kooperative in Abioncillo vorgefunden und geschaffen haben, sind ideal, um das pädagogische Konzept zu realisieren, die Energie, das handwerkliche Können und das fachliche Wissen der MitarbeiterInnen sind beeindruckend. Trotzdem gibt es schwerwiegende Probleme, wie sich am Nachmittag bei einem Gespräch mit allen Mitgliedern der Cooperativa del Río herausstellt.

In erster Linie sind es finanzielle Probleme, die die Existenz des Projektes gefährden.

Von staatlicher Seite her gibt es zwar wohlwollende Anerkennung – u.a. bekam das Projekt 1988 den „Umweltpreis" der Regionalregierung Castilla y Léon – aber finanzielle Unterstützung blieb bisher aus.

Die Finanzierung des Projektes läuft über normale Bankkredite; die kurzen Laufzeiten und die horrenden Zinssätze (16-18 %) setzen die Kooperative unter enormen Druck. Rückforderungen ausgestiegener Projektmitglieder stellen eine zusätzliche Belastung dar.

Hier wird bereits gleich zu Anfang der Reise ein Dilemma der spanischen Alternativszene deutlich: Die Projekte führen in der Regel Einzelkämpfe um die Existenz, aber auch um öffentliche und politische Anerkennung und staatliche Zuschüsse. Es gibt keine Zusammenschlüsse selbstverwalteter Betriebe, keine Möglichkeit des Austausches und keine Plattform der gemeinsamen Forderungen. Die mangelnde Vernetzung erschwert gravierend die Entwicklung des selbstverwalteten Bereichs. (Ein Eindruck übrigrens, der für uns schon während der Vorbereitung der Reise Gestalt annahm angesichts der spärlichen Publikationen, der mageren Informationsquellen und Auskünfte.)

Sachzwänge gegen Ideale

Die drückende Schuldenlast wirkt sich natürlich auf die Projektarbeit aus. So ist die Kooperative gezwungen, möglichst viele Schulklassen und andere Gruppen für einen Aufenthalt in Abioncillo zu gewinnen. Die Resonanz ist zwar erfolgversprechend und ermutigend (in den ersten beiden Jahren des Kursbetriebes besuchten über 6.000 SchülerInnen Abioncillo!), aber ohne öffentliche Subventionen ist ein Aufenthalt in Abioncillo relativ teuer (5-Tages-Kurs ca. 250,– DM). So sind die besten Kunden auch die Privatschulen aus Madrid und Barcelona, die von Kindern der betuchteren Familien besucht werden.

Auch die Anforderungen an die Mitglieder der Kooperative sind seit Bestehen derselben unverändert hoch geblieben. Ein enormes Arbeitspensum, kaum Urlaub, knapp bemessene Freizeit und ein Minimallohn von ca. 300,– DM. Extreme Arbeits- und Lebensbedingungen auch nach den Maßstäben selbstverwalteter Betriebe.

Die Frauen und Männer von Abioncillo wissen jedoch, daß ihr Schuldorf Zukunft hat, wenn es ihnen gelingt, die Durststrecke der Schuldentilgung durchzustehen. Es steht jedoch noch dahin, ob sie dies ohne kurzfristige finanzielle Unterstützung in Form von Privatdarlehen oder auch durch die Erschließung öffentlicher Geldquellen schaffen. Hier erweist sich die mangelnde Vernetzung als großer Nachteil.

Es wäre jammerschade, wenn dieses Projekt nach den langen Jahren des mühsamen Aufbaus schließlich an den finanziellen Barrieren in Gestalt der mörderischen Darlehensbedingungen scheitern würde.

Unsere Reisegruppe verbringt in Abioncillo schöne und interessante Tage, in denen nicht nur viel über das Projekt diskutiert wird, sondern in denen wir auch einen Teil der reizvollen Landschaft der Provinz Soria kennenlernen und vieles über Geschichte, Traditionen und die Natur erfahren.

„El pueblo escuela de Abioncillo" – die Idee und die Menschen, die dahinterstehen, haben uns sehr beeindruckt.

Von Abioncillo aus führt uns die Reise in die Hauptstadt der Nachbarprovinz Valladolid, von der Ruhe und Einsamkeit der ländlichen Hochebene hinein in die quirlige Hektik einer spanischen Großstadt von fast einer halben Million Einwohnern. Unser „alternatives" Tagesprogramm endet von nun an in nächtlichen Ausflügen in die unüberschaubare Kneipenwelt.

Bio-Produkte sind (noch) nicht gefragt

Das erste Projekt, das wir in Valladolid besuchen, ist das Gartenbaukollektiv **El Ganan** (zu deutsch „Der Knecht"). Der Betrieb besteht seit über 4 Jahren, und bietet mittlerweile 5 Kollektivisten eine (wenn auch bescheidene) Existenzgrundlage. Die aus der anarcho-syndikalistischen CNT/AIT kommenden Mitarbeiter bearbeiten zur Zeit in 12 Gewächshäusern eine Fläche von 5.500 qm, auf der hauptsächlich Tomaten, Salat und Paprika auf konventionelle Weise angebaut werden. Vermarktet wird das Gemüse ausschließlich in Valladolid. Als Argument gegen eine biologische Anbauweise wird vor allem die (noch) geringe Nachfrage nach solchen Produkten genannt. Zudem wäre eine 1-2jährige Durststrecke während der Umstellungsphase wegen der Billigkonkurrenz aus Holland (!) nicht durchzuhalten.

Über die Perspektiven gibt es im Kollektiv verschieden Auffassungen: Während die Mehrheit Investitionen in Maschinen und neue Gewächshäuser sowie Anpachtung von Flächen im Freien befürwortet (und damit verbunden eine weitere Abhängigkeit von Geldgebern), möchte die Minderheit lieber den status quo beibehalten, sprich wenig Lohn, aber dafür eigene Entscheidungsspielräume behalten.

Das zweite Projekt, zu dem ebenso wie zu **El Ganan** bereits langjährige Kontakte bestehen, ist zugleich auch das wirtschaftlich erfolgreichste: das Druckereikollektiv **Graficas Germinal**. Die Wurzeln dieses Betriebes liegen ebenso wie bei **El Ganan** in politischen Aktivitäten für die CNT. Mittlerweile hat die 1982 gegründete Druckerei neun KollektivistInnen und sieben Angestellte, die alle den gleichen (für spanische Verhältnisse sehr guten) Lohn erhalten. Entscheidungen treffen allerdings nur die KollektivmitgliederInnen. Die Enwicklung von relativ vielen Angestellten ist in der Gruppe aber umstritten.

Vorbildlich ist auch die soziale Absicherung der MitarbeiterInnen. Im Betrieb befinden sich modernste Druckgeräte. Nur eine Kehrseite hat die ganze Sache: **Germinal** ist zu 90% abhängig von einem Druckauftrag der Regierung von Castilla y Leon und die ist im Moment rechts angesiedelt. Das wird zwar problematisiert, aber die Absicherung der KollektivistInnen wiegt doch höher. Dafür werden aber auch schon mal einer politischen Initiative die Druckkosten erlassen. Als besonderes Bonbon haben die Leuten von **Germinal** einen Zuschußfonds in Höhe von 1 Million Peseten (ca. 16.000 DM) eingerichtet, der jederzeit von einem gründungswilligen Projekt abgerufen werden kann. Es spricht für die Begrenztheit der Szene, daß dies bisher noch nicht geschehen ist.

Ausflug in die Genossenschaftsbewegung

Mit dem Besuch im Büro der **Unión de Cooperativas de Castilla y Léon** berühren wir den Grenzbereich zwischen Alternativszene und traditionellem Genossenschaftswesen.

Die Gesellschaftsform der Genossenschaft (cooperativa de trabajo asociado) wird von den meisten selbstverwalteten Betrieben gewählt, auch von den von uns besuchten.

Die „cooperativas" spielen allgemein im spanischen Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle, vor allem in der Landwirtschaft, dem Handwerk und im Dienstleistungsbereich. (Stand 1987: 13.100 Kooperativen mit 206.000 Beschäftigten)

Die Gründung von Genossenschaften bietet für viele Berufsanfänger und Arbeitslose eine Möglichkeit zur Berufsausübung und Beschäftigung.

In den „cooperativas" geht es nicht um die Erwirtschaftung möglichst hoher Zugewinne, sondern um die Befriedigung der Mitgliederbedürfnisse bei gleichzeitiger Rentabilität. Jeder, der sich mit den Zielen der Genossenschaft identifiziert und der spezifischen Berufsgruppe angehört, kann Genossenschaftsmitglied werden. Er bringt nicht Kapital, sondern seine Arbeit ein. Die Gewinne werden proportional zur Arbeit verteilt und nicht aufgrund des Besitzes von Anteilscheinen, wie z.B. in gewinnorientierten Handelsgesellschaften.

Dem Genossenschaftsgedanken liegen 6 grundlegende Prinzipien zugrunde:

- Freiheit und Freiwilligkeit des Beitritts
- Demokratische Kontrolle
- Begrenzte Kapitalzinsen
- Bildungsförderung
- Zwischengenossenschaftliche Beziehungen

An das letztgenannte Prinzip schließt sich die Arbeit der **Unión de Cooperativas** an. Es handelt sich hierbei um einen Zusammenschluß der Genossenschaftsbetriebe auf regionaler Ebene. Die **Unión** übernimmt verschiedene Aufgaben. Einmal geht es um die Interessenvertretung der „cooperativas" gegenüber staatlicher Institutionen, zum anderen um die Veröffentlichung von Informationen für den Genossenschaftsbereich und die Durchführung von Bildungsveranstaltungen.

Aber auch konkrete Dienstleistungen wie Gründungs-, Rechts-, Steuerberatungen, Aufstellung von Finanzplänen, Übernahme der Buchhaltung, Vermittlung von Krediten und Zuschüssen werden angeboten. Finanziert wird die **Unión** von Beiträgen und Abgaben der Mitgliedsbetriebe.

In den Statuten sind die genossenschaftlichen Prinzipien Demokratie, Solidarität und Selbstverwaltung festgelegt. Auf der Vollversammlung werden Vorstand und Kassenprüfer gewählt. Der Vorstand ist der Vollversammlung verantwortlich und für die Organisation der Arbeit der **Unión** zuständig. Regelmäßig finden Mitgliederversammlungen statt.

Inwiefern die Selbstverwaltungsprinzipien in den Einzelbetrieben selbst wirksam sind, können wir letztendlich nicht beurteilen. Als einzigen Mitgliedsbetrieb haben wir das Druckereikollektiv **Germinal** kennengelernt.

Aus unserem Gespräch mit den MitarbeiterInnen der **Unión** haben wir aber eher den Eindruck gewonnen, daß *beschäftigungspolitische und wirtschaftliche Aspekte gegenüber* inhaltlichen und genossenschaftlichen überwiegen.

Das System der Vernetzung in der **Unión** scheint aber bezüglich der Interessenvertretung gegenüber dem staatlichen Verwaltungsapparat und bezüglich der praktischen Dienstleistungen erfolg- und hilfreich zu sein.

Zwar war uns schon vorher deutlich, daß die spanische Selbstverwaltungsszene mit der deutschen nicht zu vergleichen ist. Zu verschieden sind die Strukturen und die politischen Entwicklungen beider Länder. In den knapp 2 Wochen unserer Reise haben wir gesehen und erlebt, daß von einer Selbstverwaltungsbewegung als gesellschaftliche Kraft nach unserem Eindruck nicht gesprochen werden kann. Zu vereinzelt agieren die ohnehin weit verstreuten Projekte. An eine Vernetzung ist – zumindenst in Zentralspanien – nicht zu denken. Hinzu kommen ökonomische Schwierigkeiten bei den meisten Betrieben. Es fehlen weitgehend alternative Finanzierungsquellen. Eine staatliche Unterstützung für den Alternativsektor ist nicht in Sicht. Positiver betrachten die klassischen Genossenschaften, die in der **Union de Cooperativas** zusammengeschlossen sind, die Enwicklung. Ihre Zahl nimmt zu.
Eine Möglichkeit zur Unterstützung der spanischen Alternativprojekte ist ein weiterer Austausch mit diesen Betrieben. Alle von uns besuchten Projekte sind sehr an weiteren Kontakten mit deutschen Kollektiven interessiert. ●

Wer dazu noch näheres wissen möchte, kann sich an folgende Adresse wenden:
Selbstverwaltetes
Bildungs- und Freizeithaus
Eichwald
Weiskircher Str. 28
6648 Nunkirchen
☎ (06847) 9 55

Anzeige

Elisabeth Vogelheim (Hrsg.)
GRENZEN DER GLEICHHEIT
Frauenarbeit zwischen Tradition und Aufbruch
März 1990, ca. 240 Seiten,
ISBN 3-924800-84-7,
DM 28,–
Beiträge verschiedener Autorinnen, die sich der Frauenarbeit jeweils unter eigenen Aspekten nähern, aber immer das ambivalente Verhältnis zwischen technischem Fortschritt und seinen gesellschaftlichen Auswirkungen im Auge behalten.

SP-Verlag
Schüren
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg
☎ 0 64 21 / 6 30 84

Bestellungen:
Direkt beim Verlag oder in jeder guten Buchhandlung

REZENSION

Arbeiterselbstverwaltung als Gesellschaftsentwurf?

Zwölf Autoren äußern sich zur Selbstverwaltung: Das Spektrum der Themen reicht von ordnungspolitischen Fragestellungen über eine theoretische Erörterung auf betrieblicher Ebene bis hin zu Beiträgen, die der Perspektive der Selbstverwaltung nachspüren. Das ist der Rahmen einer Aufsatzsammlung, herausgegeben von Arne Heise mit dem Titel „Arbeiterselbstverwaltung".

Trotz finanzieller Schwierigkeiten der AG SPAK im letzten Jahr ist es dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) gelungen, in der Reihe Selbstverwaltung drei Neuerscheinungen zu tätigen, von einer soll die Rede sein. Möglich waren alle Veröffentlichungen aufgrund des finanziellen Engagements von Mitgliedern des TAK AÖ und des Herausgebers selbst.

Das Buch stellt eine Herausforderung für die Selbstverwaltungsszene dar, die längst zum stillen Alltagsgeschäft übergegangen ist. In insgesamt elf Beiträgen wird eine große Vielfalt an Betrachtungsweisen und -aspekten geboten.

Ordnungspolitisch wird der Reigen eröffnet. Bergmann und Krischausky liefern einen ungewöhnlich klaren Diskussionsbeitrag. Aus der Kritik des Entwurfes einer anarchistischen Wirtschaftsordnung einerseits und der Kritik an einer in marxistischer Tradition stehenden Planungsökonomie andererseits, begründen sie die Notwendigkeit eines Marktsystems. Dieses soll eine dezentrale wirtschaftliche Planung ermöglichen, es muß nur staatlich garantiert werden, daß der Markt funktioniert. Auch K.G. Zinn teilt diese Annahmen, schaut aber auf die sozialdemokratisch geführte Investitionslenkungsdebatte zurück.

Mitverantwortung statt Selbstverwaltung

Auf die betriebliche Ebene bezieht sich der Beitrag von Ota Sik, ex Wirtschaftsminister des Prager Frühlings. Er schreibt eher für den Unternehmerverband als für ein Selbstverwaltungspublikum. Klarer kann er sich nicht seinen linken KritikerInnen ausliefern als mit diesem Beitrag. Er beschäftigt sich nämlich mit der Frage, wie „eine zielbewußte Verwandlung von einseitig interessierten Lohnempfängern in kapitalbeteiligte, mitverantwortliche, mitentscheidende und an der effektivsten Betriebsentwicklung interessierten Mitarbeiter" durchgesetzt werden kann.

Das ist aber wohl kein Zufall, denn auch der Artikel vom Sik-Schüler René Höltschi hat die gleiche Stoßrichtung, er handelt von der Einführung einer Mitarbeitergesellschaft. „Mitverantwortung, Mitbestimmung und Mitbeteiligung" sind die Parolen, die zwar an Demokratisierung im Sinne repäsentativ-demokratischer Optik gemahnen, sich aber nicht mit dem radikaldemokratischen Impetus der Alternativbewegung vertragen dürfte. Denn zu deutlich wird, daß es um den Abbau von Reibungsverlusten in Betrieben geht, nicht um die Befreiung der arbeitenden Bevölkerung. Gut, gut, die SelbstverwalterInnen wissen darauf sicher eine Antwort.

Ernst Fehr, ganz Ökonom, vergleicht die Effizienz kapitalistischer Betriebe mit der von Selbstverwalteten. Sein Ergebnis nehmen wir gemeinerweise vorweg: Wenn die sozialen Kosten der Produktion mitberücksichtigt werden, die kapitalistische Betriebe grundsätzlich auf die Gesellschaft abwälzen, dann sind SVB effizienter. Ebenso wie Nutzinger erörtert er dann mögliche Schwierigkeiten von produktivgenossenschaftlichen Betrieben, wobei Fehr aus eher makroökonomischer Sicht mögliche Ineffizienten aufzeigt, während Nutzinger die Funktionsprobleme auf Betriebsebene zeigt.

Der Beitrag des Herausgebers Heise erledigt nicht nur den Keynesianismus und die gesamte sozialdemokratische Wirtschaftsdebatte, sondern auch noch den Marxismus schlechthin. Seiner Auffassung nach haben sich alle darin girrt, den Fehler in der Tauschwirtschaft zu sehen statt in ihrem Charakter als Geldwirtschaft: Die Ursache ökonomischer Krisen finden wir demzufolge im Zins. Eine solche Position nehme ich in letzter Zeit häufiger wahr, erstaunlicherweise ohne daß sich eine Diskussion darüber entfalten würde.

Spannend, aber schwierig der Beitrag über den Zusammenhang von Entwicklungstendenzen des jugoslawischen Wirtschaftssystems, ehedem das Symbol einer arbeiterselbstverwalteten Ökonomie, und der Wirtschaftskrise, verfaßt von H.C. Iversen.

Soziale Innovation durch SVB

Etwas aus dem Rahmen fallend auch der Beitrag von Wieland Jäger, der sich mit der Herausforderung beschäftigt, die die Existenz alternativer Formen der Arbeit für die Soziologie darstellt. Tatsächlich fällt in der Aufsatzsammlung auf, daß Ökonomen sie beherrschen. Jäger nun glaubt, aus dem Vergleich alternativer und industrieller Arbeit weiterführende Aspekte zu gewinnen.

Diskutierenswert ist seine These, daß in den betrieblichen und gesellschaftlichen Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaft Entwicklungstendenzen auszumachen sind, die von der Selbstverwaltungswirtschaft vorweggenommen und erprobt werden. Ähnlich und doch anders Burghard Flieger, der aufs Neue die Selbstverwaltung als innovative Organisationsform propagiert. Daß die SVB scheitern müssen, ist für ihn weniger ein Problem, wenn sie nur die „Diffusionswirkung" sozialer Innovation bewirkt haben. Er sieht die Zukunft in den Professionsbetrieben, nicht in den Selbstverwalteten Betrieben.

Zu guter Letzt ein Bonbon für echte SelbstverwalterInnen, der Beitrag von Achim von Loesch. Einerseits zeigt er klar die politische Distanz der Gewerkschaften gegenüber der Selbstverwaltung auf. Das eher unfreiwillig, da er als vermeintlicher Kenner der Selbstverwaltung davon in einer Weise spricht, die deutlich werden läßt, wie wenig sich Gewerkschafter die Welt der Selbstverwaltung vorstellen können. Auf der anderen Seite ist er nicht in der Lage, das Problem in den Griff zu bekommen: Irgendwie „gut" ist das mit der Selbstverwaltung. Übrig bleibt oft blankes Unverständnis bis hin zu einer liberalen Hilflosigkeit: „Sie (SVB) erweitern den Pluralismus der Betriebs- und Unternehmensformen um einen neuen Typ und bieten damit neue Möglichkeiten freien Arbeitens. Insofern sind sie ein Stück mehr Freiheit in der Marktwirtschaft." (S.160)

Was bietet also die Sammlung? Eine Erweiterung der Perspektive hin zur Selbstverwaltung als Gesellschaftsentwurf, eine Erweiterung der Diskussion bis ins sozialdemokratische Lager, viel Marktgläubigkeit und eine Verflachung des Demokratiegedankens der Selbstverwaltung. Weiter einen Einblick in die akademische Diskussion, viel Information und vor allem viel Stoff für kontroverse Diskussionen. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß das Ausfüllen der Selbstverwaltungsidee, wie es hier zum größten Teil geschieht, widerspruchslos hingenommen wird. Dem TAK AÖ ist zu danken für diesen Beitrag, ebenso wie dem Herausgeber, ob der TAK AÖ und die SV-Szene die Herausforderung angemessen beantworten können, bleibt noch zu klären. ●

Thomas Hartwig

Arne Heise (Hg.) Arbeiterselbstverwaltung. Reihe Selbstverwaltung der AG SPAK M95 München 1989, kostet 28 DM

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.34

Wi(e)der-Vereinigungsdiskussion

Kontroverse Beiträge von Klaus Bittermann, Wolfgang Haug, Herby Sachs und Hans-Jürgen Degen

SED-Antifaschismus?

aus telegraf/Umweltbibliothek

Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus

von Siegfried Jäger

Fantifa

- Veranstaltungsbericht von Thea A. Struchtemeier

Was ist sozialer Ökofeminismus?

II.Teil von Janet Biehl

Italienische Centri Sociali

Autogesti –

für Selbstverwaltung, gegen Heroin und Staat

Außerdem: Beiträge über Shell und die Nazis, Herbert Reads Ethik, ein Romanauszug von Kurt Kläber: »Die Ratten« (IWW!), Anarchisten nach dem Sozialistengesetz im Ruhrgebiet, Rezensionen über Frauenräte, Anarchosyndikalsten und deren Internationale, internationale anarchistische Kurznachrichten und andere das Leben erheiternde Dinge.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM (2.erweiterte Auflage)
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12 Auszüge: 10.-DM
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

REZENSION

„Der spanische Anarcho-Syndikalismus"

Unter obenstehendem Titel soll ein kurzer und umfassender – so im Untertitel – „Abriß über eine revolutionäre Bewegung", den Anarcho-Syndikalismus eben, geleistet werden.

Dazu setzt sich der Autor zunächst mit der Kritik unter anderem der Marxisten am Anarcho-Syndikalismus auseinander, welche zumeist von der realen geschichtlichen Niederlage wie von einem vermeintlich konstatiertem Kleinbürgertum der Anarchisten ausgeht.

Zum besseren Verständnis geht Peters dann kurz auf Grundsätze von Anarchismus und Syndikalismus, das Verhältnis dieser beiden einander nahestehenden Bewegungen zueinander und die sozialen und politischen Umstände Spaniens bis zu der Revolution ein, was nicht ohne Querschüsse geschieht: „Der anarchistische Wunschtraum ist eine im anarchistischen Sinne (?, G.G.) agierende Bevölkerung, die keiner Führung, keiner Lenkung bedarf, da sie selber weiß, was gut für sie ist. Die Anarchisten sehen ihre eigene Aufgabe dabei in nicht viel mehr, als den latenten Anarchismus des Volkes zu theoretisieren." (S. 14)

Wenn sich über den latent vorhandenen Anarchismus durchaus noch streiten läßt – ist dann nicht jeder Kleingärtner ein Anarchist, gab es da nicht von ich weiß nicht wem den Ausspruch, 60 % der Bayern seien Anarchisten? – so ist Anarchie wohl kaum primär eine Theoriebewegung. Anarchie – und ich lasse bewußt den -ismus weg, durch den sie beinahe schon wieder zur klar definierten, fest gefügten Ideologie nebst den fast zwangsläufig dazugehörigen Dogmen verzerrt wird – ist vor allem eine praktisch ausgelebte Philosopie. Das äußert sich beileibe nicht nur in den Vertretern der „Propaganda der Tat", sondern weniger spektakulär gerade auch in den unzähligen selbstverwalteten Lebens- und Arbeitszusammenhängen in der spanischen Revolution! Im Bereich der Wirtschaftsorganisation werden zwei Konzepte erwähnt, und zwar die letztlich an der komplexen Wirklichkeit scheiternden Skizzen Puentes und die folgenden, wesentlich detailierteren ökonomischen Vorstellungen Santillans.

Der Autor macht auf den regional recht unterschiedlichen Einfluß der Anarcho-Syndikalisten auf Landwirtschaft, Industrie und Handel und die spezifisch anarcho-syndikalistischen Strukturen in diesen Bereichen aufmerksam, wobei Organisation und Aufbau z.T. von Betrieb zu Betrieb differierten, z.B. in der Frage der Entlohnung. Zudem arbeiten die Opposition der Zentralregierung zu den Prinzipien und Bemühungen von CNT/FAI, der „syndi-kapitalistisch" am eigenen Profit orientierte Betriebsegoismus und bald auch die Zwänge einer Revolution im Bürgerkrieg den oft idealistischen bis mangelhaften Planungen entgegen.

Dabei fiel mir der im Gegensatz zu staatssozialistischen Zwangskollektivierungen wohltuend tolerante Umgang mit privatwirtschaftenden Bauern auf, die weiterhin ihr Land selbst bearbeiten\durften bzw., wenn sie zunächst einem Kollektiv beigetreten waren, dieses jederzeit bei Rückgabe ihrer Einlagen und Ländereien verlassen konnten.

Immer wieder kommt Peters auf die Stellung von CNT/FAI zum Staat sowie die Diskussionen um eine mögliche Regierungsbeteiligung zurück. Die Frage, ob die Anarcho-Syndikalisten am Ende gar naiv Franco in die Hände gearbeitet haben, ist klar zu verneinen. Doch wird die These aufgestellt, daß eine mögliche Mitarbeit an einer „staatlichen Schein-Firma" (S. 83) in Anbetracht der starken Position der Anarcho-Syndikalisten die einer sozialen Revolution entgegenstehenden Kräfte auf die Putschisten beschränkt hätte, was den dagegen verhältnismäßig geringen Preis des Prinzipienbruchs hätte rechtfertigen können. Andererseits konnte der später ohnehin erfolgende Eintritt in die „Generalität" die politisch unerfahrene CNT/FAI nicht vor der Mattsetzung durch ihre Kontrahenten schützen – eine Entwicklung, die dann in der „Mai-Woche" kulminierte.

Die historische Chance ist nicht genutzt worden, konstatiert Peters, dennoch sei durchaus ein Beispiel dabei herausgekommen für die Umformung einer Utopie zu praktischen Ansätzen, und: „Wie kann die systematische Zerschlagung eines Versuchs, der unter denkbar ungünstigen Versuchsbedingungen stattfand, als Beweis dafür genommen werden, das sein angestrebtes Ergebnis nicht durchführbar ist?" (S.7)

Alles in allem ist mit diesem Buch ein nachdenklich machendes, manchmal auch zum Widerspruch reizendes Einstiegswerk in das Thema gelungen. Die Lektüre weiterführender Literatur (siehe dazu auch das kommentierte Verzeichnis im Buch) ist aber zu empfehlen, da einige Aspekte wie z.B. Frauen bei den Anarcho-Syndikalisten fehlen, andere zu kurz kommen. Der angekündigte kurze Überblick eben, mehr nicht. Umfassend? Na ja... ●

Gerald Grüneklee

Dietrich Peters: Der spanische Anarcho-Syndikalismus, Edition Flugschriften, Ulm 1989, 113 Seiten, 12 DM

REZENSION

Von der Desertation zum Widerstand

Ein äußerst aufschlußreiches und dokumentarisches Buch bringt der Harald Kater Verlag aus Berlin für Menschen heraus, die an der Überwindung der weltweiten Kriegsbewegung (die hat ja nur eine beschränkte Pause, seit Glasnost) interessiert sind.

In „US-Army-Europe, Von der Desertation zum Widerstand in der Kaserne oder wie die U-Bahn zur RITA fuhr" von Max Watts wird ein Kapitel publik, welches die antimilitaristische oder auch die Friedensbewegung zumindest stark vernachlässigte.

Das Verlagsvorwort sagt aus, daß der Text einer „unveröffentlichten Studie von David Cortright und Max Watts entnommen wurde, welche sich mit dem Thema „underground railway" für ZS-Deserteure sowie „Widerstand in der 7. US-Armee während des Vietnamkrieges" beschäftigt.

Die LeserInnen bekommen ein ganz anderes Gespür für die hier stationierten US-Soldaten, können nachlesen, durch Dokumentationen untermauert, wie sinnvoll ein Widerstand auch innerhalb der Armee den Krieg behindern kann. Überhaupt wird ein Bewußtsein dafür geschaffen, daß Soldaten nicht nur „potentielle Mörder" sind, sondern daß hier ein Widerstandspotential schlummert, welches sträflich vernachlässigt wird.

Unverständnis bis Ablehnung wurde jenen Deserteueren auf dem Weg von der Desertation zum Widerstand in der Armee nicht nur von den offiziellen Stellen entgegengebracht; auch Wehrdienstverweigerer oder Menschen aus der Anti-Kriegsbewegung brachten den Verbündeten in Sachen Kriegsverhinderung zunächst Mißtrauen entgegen.

Der Weg von den ersten Deserteuren bis hin zum organisierten Widerstand mit allem (eigene Informationsträger, Institutionen etc.), was dazugehört, ging zunächst durch Europa, mit Ausnahme der „toten Zone" Belgien, bis in den pazifischen Raum.

Die Stellung der Linken, insbesondere in Frankreich, zum Phänomen dieser Form des Widerstandes wird beleuchtet und die Geschehnisse im Mai 1968 scheinen nicht unwesentlich von US-Deserteuren geprägt.

Aufgrund der Studie wird LeserInnen ein Stück weit die Zivilcourage jener amerikanischen Soldaten vermittelt, aber auch die Veränderung vom „Privaten" zum „Politischen", wie sie möglich wird durch die Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten beim Militär (im Kriegszustand) oder auch mit den unterstützenden politischen Gruppen. Es bleibt zu wünschen, daß die Ausgabe, in der Folge des Buches „Widerstand in der US-Armee", eine möglichst große Verbreitung findet, besonders in Kreisen der Friedensbewegung oder auch Anti-Kriegsbewegung. ●

Gerhard Kern

US-ARMY EUROPE
Von der Desertation zum Widerstand in de Kaserne
oder
wie die U-Bahn zur RITA fuhr
von Max Watts.
Harald Kater-Verlag, Berlin
110 S., DM 9,80

TROPISCHE REGENWÄLDER

TROPENHOLZ

Vom Natur-Reichtum zur schnellen Profitquelle

Nicht nur der devisenbringende Export von Tropenhölzern, sondern auch die Erschließung eines neuen Wirtschaftsraums für die Tropenwaldländer, die „Inwertsetzung nutzlosen Dschungels" sind Gründe für die Zerstörung der Regenwälder. Ein Verzicht auf den Verbrauch von Tropenhölzern ist nur eine von vielen, für die betreffenden Länder wichtigen Maßnahmen.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Die Botaniker kennen sehr unterschiedliche Formen von Tropenwäldern. Im allgemeinen können diese tropischen Wälder unterteilt werden in die

- immergrünen tropischen Regenwälder
- laubabwerfenden, regengrünen tropischen Regenwälder
- tropischen Berg- bzw. Nebelwälder

Die immergrünen Regenwälder treten konzentriert um den Äquator, etwa zwischen 10° Nord und Süd auf. Besonders in Meereshöhe gehen sie aber weit über den äquatorialen Bereich hinaus, so z.B. in der brasilianischen Serra do Mar und in Ostaustralien bis über den Wendekreis des Steinbocks. Die nördlichsten Regenwälder finden sich im südlichen Mexiko sowie in Burma und China um den Wendekreis des Krebses. Die größten Regenwaldgebiete bestehen

- im Amazonas-Orinoko-Becken
- um den Golf von Guinea und im Kongo-Becken
- auf Sri Lanka, im westlichen Indien, Thailand, Indochina, Philippinen, Indonesien, Neuguinea und in einem schmalen Streifen an der Ostküste Australiens.

Die laubabwerfenden, regengrünen Regenwälder sind geschlossene, hochstämmige Waldbereiche, die während einer Trockenzeit zumindest in der Oberschicht zum Teil Laub abwerfen. Sie kommen vor

- in Afrika im Anschluß an das äquatoriale Regenwaldareal vor allem im Süden und Osten
- in Asien schwerpunktmäßig in Vorder- und Hinterindien
- in Lateinamerika südlich und nördlich des Amazonas-Regenwaldes sowie in Mittelamerika und Mexiko
- an der Nord- und Ostküste Australiens

Die tropischen Berg- bzw. Nebelwälder treten vor allem 1000 bis 3000 Meter über Meereshöhe auf. Mit zunehmender Höhe verändern sich die immergrünen Regenwälder, denn das Klima wechselt an den tropischen Berghängen von warm-feucht zu kühl-feucht. Auch in den oberen Bereichen findet sich in diesen Wäldern eine große Artenvielfalt. Das liegt daran, daß die tropischen Gebirge nahezu ununterbrochen von Wolken und Nebel eingehüllt sind, die eine derartige Vegetation erst ermöglichen.

„Inwertsetzung" der Natur

Eine der artenreichsten und noch immer geheimnisumwitterte biologische Sphäre des Planeten Erde fällt einem galoppierenden Raubbau zum Opfer. Äxte, Motorsägen und das Feuer jagen im dramatischen Wettlauf mit der Zeit einer umfassenden „Inwertsetzung" des Regenwaldes entgegen.

Die Gründe für das Abholzen des Waldes sind vielfältig – erwachsen aus der Not der Menschen und der Logik wirtschaftlicher Abläufe: „Marktgesetze" erzwingen ihr Recht. Vereinfacht betrachtet lassen sich zwei Arten von wirtschaftlichen Ursachen für den Raubbau am tropischen Regenwald festmachen: solche die durch außenwirtschaftliche Verflechtungen und Einwirkungen zustande kommen und jene, die Ergebnis nationaler Wirtschaftspolitik und sozialer Probleme sind.

Der Regenwald dient zum einen als Exportgut. Mit seinem Verkauf müssen Dollar, DM oder Yen usw. – also die Devisen – erwirtschaftet werden. Besonders dringend notwendig sind diese Devisen für die Länder der „Dritten Welt", die in eine schier ausweglose Verschuldungssituation manövriert wurden (von ihren Regierungen, wie von den Mechanismen des Weltwirtschaftssystems). Schulden und Zinsen müssen mit Devisen bezahlt werden.

Doch auch ohne die Verschuldung bliebe wenig Entscheidungsspielraum für die Länder des Trikonts (wie die Entwicklungs- und Schwellenländer in den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika auch bezeichnet werden). Devisen braucht ein Entwicklungs- oder Schwellenland ohnehin für nötige Einfuhren, und welches kann mit seinen Produkten der übermächtigen Konkurrenz der Waren aus den westlichen Industrieländern standhalten? Die Entwicklungsländer sind benachteiligt und müssen also verkaufen was sie billig anzubieten haben: Rohstoffe, Handarbeitswaren, exotische landwirtschaftliche Produkte und, um wieder beim Ausgangsthema zu sein, Holz. So entsteht der scheinbare Zwang, die Regenwälder „inwertzusetzen", um wirtschaftlichen Zwängen gerecht zu werden. Hinzu kommt, daß mit den Einnahmen durch die Ausfuhr des Tropenholzes in manchen Ländern zusätzlich dem Staat geholfen wird, seinen Haushalt zu finanzieren. Also wird exportiert und kaufkräftige Nachfrage in den Industrieländern befriedigt: Edelhölzer für luxuriöse Wohnungseinrichtungen (Möbel, Wandverkleidungen, Partykeller, Wohnwagen), für Büroräume und Amtsstuben. Rohstoffe werden geliefert für Bauschreinereien, den Holzbau, Anhänger, Wagen, Sperrholz, Furniere. Auch für Verpackungs- und Transportmaterial ist der tropische Regenwald nicht zu schade; eine etwas feinere Verwendung findet er wieder für Einlegearbeiten, Spielzeug, Musikinstrumente, Särge...

Vom Artenreichtum zur Monokultur

Ist der Wald erstmal weg, taucht unter seinen Wurzeln Aluminium, Kupfer, Zinn, Eisenerze, Phosphate usw. auf, natürlich läßt auch dieses sich „inwertsetzen". Ist nichts unter den Wurzeln zu finden, wird anderweitige „Inwertsetzung" auf den gerodeten Flächen von Planungsstrategen und internationalen Finanzorganisationen empfohlen: Plantagen erzeugen Ananas, Bananen, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Kokosnüsse, Palmöl. Mag auch bei vielen dieser Produkte schon seit langem ein Überangebot auf dem Weltmarkt bestehen und eine zusätzliche Flut dieser Waren den Preis weiter in den Keller drücken, so freuen sich westliche Konsumenten allemal über noch „preiswertere" Konsumgüter (für manche neue Konsumenten werden sie gar zu „Freiheitssymbolen" in gelber Schale). Wegen der billigen Einfuhren können viele westliche Regierungen stolz ihren Sieg über die Inflationsraten feiern.

„Erde zu Hackfleisch"

Auch norddeutsche Mastbetriebe z.B. freuen sich über billige Futtermittel (Soyabohnen und Maniok), die nun auf Flächen eines ehemals „nutzlosen" Dschungels produziert werden – „auf daß die Erde zu Hackfleisch werde". Der Regenwald muß aber auch weichen, um Platz für die Erschließung eines neuen Wirtschaftsraums zu machen. Hier sind wir nun bei der zweiten Gruppe der Ursachen für die Zerstörung des lange angestammten Lebensraumes der Indianer, Kautschukzapfer und Sammler angelangt.

Übrigens lebten die bisherigen EinwohnerInnnen des Waldes in rücksichtsvoller Art und naturerhaltender Weise im Regenwald ohne ihn nachhaltig zu schädigen. Oft besteht Knappheit an Boden, nicht weil der Boden knapp wäre, sondern weil wenige zu viel von ihm besitzen und daher viele Kleinbauern, Pächter, Tagelöhner, kein oder zu wenig Land erhalten können. Es entsteht „Bevölkerungsdruck" (wie es oft etwas beschönigend oder verschleiernd heißt), aber anstatt diesen „Bodenmangel" mit einer Landreform, der Umverteilung von Land an Menschen, die es auch wirklich agraisch nutzen wollen, abzubauen, wird den Verzweifelten empfohlen, als Wanderfeldbauern in den Regenwald zu ziehen. Wer kann es diesen Menschen verübeln, wenn sie wenig Wissen über die agraischen Möglichkeiten auf den gerodeten Waldböden haben und bald, nachdem ihr Stück Land ausgelaugt ist, die nächste Regenwaldfläche für neues Ackerland niederbrennen? Zutritt in immer neue Waldflächen finden sie auf den Pfaden, die ihnen die Holzexportfirmen in den Wald hauen, wenn diese sich weit zu einem einzelnen, besonders lukrativen edlen Urwaldriesen vorarbeiten. Nach den Kleinbauern kommen die großen Viehfarmen auf das jetzt ausgemergelte und nur noch für Weiden taugliche Land. Es handelt sich um Viehfarmen im Eigentum von Einheimischen aber auch internationalen Gesellschaften, wie z.B. von VW, das eine gigantische Rinderfarm in Brasilien aufbaute. Nationale Entwicklungsplanungen und -projekte bringen Siedlungsprogramme, z.B. im Amazonasgebiet oder auf Borneo. Diese beinhalten Projekte zur Energieversorgung; es entstehen Mammut-Stauseen. Weiter fordern nationale Planungen Anbaufläche für Biomasse (Zuckerrohr) zur Produktion von „Alternativenergien", wie das Alkoholprogramm in Brasilien, oder den Raum für neue gigantische Industrieansiedlungen.

Das Beispiel Brasilien

Die Waldvernichtung in Brasilien macht mehr als 50% der globalen Zerstörung aus. Brasilien exportiert aber nur 1,6% bis 3% der Nutzholzmenge. Vier Fünftel werden verbrannt. Die genannten 80% „Brennholz" entstehen allerdings nicht ursächlich, weil Holz zum Kochen oder Heizen im privaten oder industriellen Bereich benötigt wird, sondern weil davon über die Hälfte der Brandrodung und der Rest technischen Großprojekten zum Opfer fällt. Die Brandrodung geschieht zwar auch durch umherziehende WandersiedlerInnen, die aufgrund der Bevölkerungsexplosion und versäumter Landreformen versuchen, sich neuen Lebensraum zu schaffen – sei er auch noch so kurzfristig. Der Großteil der Brandrodung dient aber der Schaffung von riesigen Viehweiden und Plantagen der GroßgrundbesitzerInnen (20.000 qkm pro Jahr in Brasilien). Allein in Südbrasilien würde das für den Futtermittel-Export eingesetzte Potential ausreichen, die gesamte Bevölkerung zu ernähren.

Allerdings befindet sich der Landbesitz in Südbrasilien in den Händen von 40 bis 50 GroßgrundbesitzerInnen-Familien, die am Export besser verdienen. Zum Vergleich: China ernährt von 100 Millionen Hektar Ackerland über eine Milliarde Menschen – Brasilien hat 75 Millionen Hektar für 140 Millionen Menschen zur Verfügung! Da der Baumbestand in vielen traditionellen Holz-Exportländern vernichtet oder bedroht ist, erhofft sich die brasilianische Wirtschaft bis 1990 eine Steigerung der Einschlagsquote um 1,9 Millionen Kubikmeter, bis im Jahr 2000 will Brasilien sogar das Dreifache der gesamten gegenwärtigen Weltnachfrage decken können, so daß eine Menge von 400 Millionen Kubikmetern „ohne jegliches ökologisches Risiko auf den Auslandsmarkt geschleust werden könnte" (Brasilien, Handel und Industrie; Juli/August 1983). Nach Soja und Kaffee würde Tropenholz dann zu einem der wichtigsten Ausfuhrgüter des Landes. Diese Zahlen zeigen, daß die Diskussion über den Verzicht auf Tropenholz natürlich kein Ersatz für politische Problemlösungen wie Landreform, Streichung der Auslandsverschuldung, wie auch kein Ersatz für grundlegende Umstellungen z.B. unserer Ernährungsgewohnheiten, für die Brasilien Soja produziert, sein kann.

Das Beispiel Malaysia

Festlandmalaysia hat schon in den letzten Jahren versucht, Holz aus seinen Provinzen Sarawak und Sabah, die auf der Insel Borneo liegen, zu importieren, da kaum noch eigene Reserven vorhanden sind.

Die verbleibenden Primärwälder Gesamtmalaysias, die holzwirtschaftlich genutzt werden können, werden auf fünf bis sechs Millionen Hektar geschätzt. Malaysia ist auf dem besten Wege, dem Schicksal der Elfenbeinküste zu folgen, in der sich heute fast kein Baum mehr finden läßt. In Malaysia werden Schnittzyklen von lediglich 30 Jahren praktiziert, so daß (abgesehen von den sonstigen ökologischen Auswirkungen und Zerstörungen) schon aus diesem Grund der Holzertrag beim zweiten Schnitt wesentlich kleiner ist.

Die Hauptbeute der Holzwirtschaft sind die Bäume der Pflanzenfamilie Diphterocarpaceae, die in der Regel erst nach 50 bis 70 Jahren blühen und frühestens mit 100 Jahren hiebreif sind. Sarawak war vor 25 Jahren fast komplett bewaldet. Seit 1962 sind 30% der Wälder zerstört worden. Konzessionen für den Holzeinschlag sind bereits für circa 70% der verbliebenen Wälder erteilt. Die Aufteilung des Landes für Einschlagskonzessionen und alle damit verbundenen Entscheidungen werden in Sarawak von der Landesregierung getroffen. Politik und Holzwirtschaft sind hier eng miteinander verknüpft. 2,85 Millionen Hektar Primär- und Sekundärwälder befinden sich in den Händen von Firmen, die von zwei Politikern und ihren Familien kontrolliert werden. 200.000 Hektar umfaßt allein die Konzession des Umwelt- und Touristikministers...!

Ein realistisches Bild der ökonomischen Bedeutung der Holzwirtschaft für Sarawak ist nur möglich, wenn man sie im Vergleich zu anderen Nutzformen des Waldes sieht. Außerdem dürfen die ökologischen Folgeschäden, wie z.B. Überschwemmung und Erosion, des Abholzens nicht vergessen werden, bzw. die Kosten für die ohnehin kaum mögliche Beseitigung der ökologischen Schäden. Der Nutzen der Wälder für eine exportorientierte Holzwirtschaft hat sich erst in den letzten Jahrzehnten erwiesen. Seit über 2.000 Jahren wurden aus den malayischen Wäldern in erster Linie Nichtholz-Produkte gewonnen, wie Öle, Rattan (Fasern), Gewürze und so weiter, um damit Tauschhandel zu treiben. Die holzwirtschaftliche Nutzung zerstört die Basis dieser Aktivitäten.

Schwerwiegender ist jedoch die Tatsache, daß 80% der Bevölkerung auf dem Land lebt und in Erfüllung ihrer täglichen Bedürfnisse direkt vom Wald abhängt: Früchte, Wild, Nüsse, Sago, Baumaterialien etc. – ein Großteil des verzehrten Fleisches und ein bedeutender Teil des Proteinbedarfs wird traditionell durch Waldtiere abgedeckt. Der jährliche Jagdertrag ist für Sarawak auf 18.000 Tonnen Fleisch geschätzt worden, das bedeutet pro EinwohnerIn durchschnittlich 12 Kilogramm. Eine Deckung dieses Fleischverbrauchs aus anderen Quellen würde mindestens 100 Millionen malaysische Dollar (70 Millionen DM) kosten.

Infolge der Abholzungspolitik gibt es bereits heute in Sarawak Regionen, in denen das Wasser durch Diesel und Abfälle der Holzwirtschaft, wie z.B. PCB aus Kettenöl, vergiftet ist. Die Ernährungslage der Bevölkerung hat sich dort verschlechtert und die Landwirtschaft hat schweren Schaden genommen durch die großflächige Schädigung der Wassereinzugsgebiete. Diese Schädigung wurde durch Abholzungen verursacht, die Erosion und nachfolgend Überflutungen zur Folge haben. Durch die Überflutungen entstehen Brackwasser und Fäulnisprozesse, die das Wasser schädigen. Versuche in anderen abholzungsgeschädigten Ländern haben gezeigt, daß ökologische Regenerationsprogramme nicht abschätzbare Kosten mit sich bringen, oft sogar unmöglich sind.

Selektive Holznutzung

Die in tropischen Regenwäldern aktiven Holzexportfirmen, auch die bundesdeutschen, sind nach eigenem Bekenntnis gar nicht für den Raubbau am Wald verantwortlich, da sie eine sogenannte selektive Holznutzung betreiben. Darunter verstehen sie das Fällen weniger, gezielt ausgesuchter Bäume, wobei dann der Großteil der Bäume übrigbleiben soll. Diese Vorgehensweise bewirkt, daß nur wenige Stämme entnommen werden, aber ein großer Teil der übrigen Holzmasse zerstört wird. Betroffen von der Entnahme sind nur bestimmte Baumarten, die dadurch teilweise vom Aussterben bedroht werden. Biomasse, und dadurch auch Mineralien, Nährstoffe etc., wird dem Öko-Kreislauf entnommen und nicht wieder zugeführt. Der Holzeinschlag mit seiner Infrastruktur (Straßen, Wege...) öffnet den Wald. Dieser wird erst dadurch großflächig brennbar. Primärwald an sich ist schwer entflammbar und bei kleineren Brandherden ist das Feuer meist selbstverlöschend.

Bei einer Nutzung von 10 bis 20 Kubikmeter Holz pro Hektar werden circa 50% bis 60% der Waldfläche geschädigt. „Selektiver" Holzeinschlag führt zu irreversiblen Schäden. Die gefällten Urwaldriesen reißen die verbleibende Vegetation teilweise zu Boden. Insgesamt erleidet der stehengebliebene Bewuchs (durch Fäll- und Rückeschäden, Veränderungen des Lichteinfalls, Beeinträchtigungen des fein aufeinanderabgestimmten Beziehungsgeflechts der gesamten Lebewesen) nachhaltige Schäden. Der Abtransport der ausgewählten Edelhölzer durch schweres Gerät erfolgt auf eigens dafür angelegten Wegen und Rückegassen, die sich von allen Seiten in den Wald fressen und den nachdrängenden SiedlerInnen, die keine Erfahrung mit dem Wald haben, die Landnahme mit Brandrodung erleichtern. In den tropischen Wäldern sind 95% der Nährstoffe in der Biomasse gebunden, in den gemäßigten Breiten weniger als 50%, der Rest befindet sich im Boden. Daher ist die Schädigung der Tropenwälder gravierender.

Zum Beispiel werden beim „selektiven" Holzeinschlag in Sarawak sechs bis zwölf Bäume pro Hektar entnommen. Dabei werden 40% des Waldes schwer geschädigt und weitere 20% der Waldfläche erleiden einen weitgehenden Vitalitätsverlust: die Hälfte der nachwachsenden Jungbäume wird zerstört.

Schutz der Primärwälder

Primärwälder müssen generell und absolut vor zivilisatorischtechnischen Einwirkungen geschützt werden, denn jedweder technische Eingriff bedeutet ihre Dezimierung. Ein Importverbot für Tropenholz wäre ein Warnsignal dafür, daß hier und in allen Industrieländern ernstzunehmende Besorgnis und Entschlossenheit bestehen, die lebensbedrohende Waldzerstörung nicht einfach hinzunehmen. Das Überleben der Naturvölker in den Primärwäldern kann nur dadurch erreicht werden, daß man ihre Primärwälder vor fremden NutzerInnen schützt. Unbedenklich für den Fortbestand der Primärwälder sind Formen der Sammelwirtschaft, wie etwa das Gummizapfen in Brasilien. Diese Wirtschaftsformen sind generell sehr beschäftigungsintensiv und ungefährlich für die Struktur der Wälder. Verhältnismäßig ungefährlich für die Menschen sind diese Arbeiten ebenfalls, vergleicht man sie mit der Tätigkeit des Holzfällers im Regenwald, die die meisten tödlichen Arbeitsunfälle pro Beschäftigten aufweist. Die primärwaldähnlichen Sekundärwälder besitzen für das ökologische und klimatische Gleichgewicht ähnlich bedeutsame Funktionen wie die Primärwälder. Sie zur Fremdbesiedelung und (auch nachhaltigen) Nutzung freizugeben, würde ihnen jegliche Chance nehmen, sich gänzlich zu regenerieren. ●

STATISTIK

TROPENHOLZ

Welthandelszahlen

Natürlich ist der Import von tropischen Hölzern in die BRD nur ein Teil des gesamten Tropenholz-Weltmarktes. Dieser hatte 1980 ein Gesamtvolumen von 6,71 Mrd. US-Dollar, 1984 bereits schon von 7,6 Mrd. US-Dollar.

Die Europäische Gemeinschaft ist, nach Japan, der größte Importeur tropischer Hölzer. Dahinter folgen die USA. 1984 importierte die Europäische Gemeinschaft Tropenholz im Wert von 2 Mrd. US-Dollar (das entsprach einer Holzmenge von 11,1 Mio. Kubikmeter tropischen Rundholzes). Japan importierte im gleichen Jahr Tropenholzprodukte für 2,3 Mrd. US-Dollar (entsprechend 14,7 Mio. Kubikmeter Rundholz).

In der Europäischen Gemeinschaft ist die BRD der drittgrößte Importeur von Tropenholz. Die Europäische Gemeinschaft und Japan nehmen zusammen 80% der Tropenholzexporte der Entwicklungsländer auf. 77% der Hölzer kommen aus Südostasien, 18% aus Afrika und nur 5% aus Südamerika.

Während Japan vor allem aus Südostasien und dem pazifischen Raum Holz einführt, bezieht die Europäische Gemeinschaft hauptsächlich aus Afrika: 97% des Rundholzes stammen aus Ländern wie Ghana, Elfenbeinküste, Kamerun und Liberia. Schnittholz für die Europäische Gemeinschaft kommt aber zu 72,5% aus Asien, vor allem Malaysia.

Eine Übersicht über das Volumen und den Wert des weltweiten Handels mit tropischen Hölzern gibt die folgende Tabelle:

Tabelle 4: Holzexporte der Tropen

Land	Rohholz-äquivalente in Mio. cbm	Anteil am Tropenholz-Export in %	Exporterlös Forstprodukte in Mio. $
tropisches Afrika	6,4	12	602
darunter			
Elfenbeinküste	2,3	9,3	228
Gabun	1,2	2,3	108
Kamerun	1	1,9	91
tropisches Asien	43,5	81,8	3285
darunter			
Malaysia	27,1	50,9	1703
Indonesien	13,5	25,4	1189
Philippinen	2,5	4,7	229
tropisches Amerika	3,3	6,2	1031
darunter			
Brasilien	1,6	3,0	800
Tropen insgesamt	53,2	100	4918
zum Vergleich			
BRD	23		2885
Finnland	36		4604

Quelle: FAO Year Book of Forest Productions from 1986, zit. nach Holzarbeiterzeitung (Hz 12/1988)

Neueste Zahlen für 1989 sehen laut Frau Dr. Hartenstein, stellvertretende Vorsitzende der Enquete Kommission des Bundestages, wie folgt aus: 1989 gab es einen gesamten Holzeinschlag in den Tropen von 1,7 Mrd. Kubikmeter Tropenholz, davon wurden 80% für Brennholz oder Holzkohle verwendet, der Rest entfällt auf Nutzholz.

Global kamen die meisten tropischen Hölzer aus Südostasien: 86%. Davon gingen 28% nach Japan und 20% in die Europäische Gemeinschaft. Vom gesamten EG-Anteil hält die BRD 15%. Dies bedeutet weltweit einen Einfuhranteil der BRD von 3% oder 1,5 Mio. Kubikmeter mit einem Wert von 500 Mio. Dollar.

Tabelle 3: Einfuhr von Holz und Holzprodukten aus den tropischen Ländern in die BRD

Jahr	Rundholz %-Anteil	Schnittholz %-Anteil	Furniere %-Anteil	Sperrholz %-Anteil	Summe Rohholz-Äquivalent,cbm(r)
1970	77	18	3	2	1.786.000
1975	57	35	3	5	1.398.000
1980	34	51	6	9	2.301.000
1984	28	53	8	11	1.700.000
1987	20	58	7	15	1.870.000

Quelle: Holz-Zentralblatt, 25.1.1989

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ein Verhaltenskodex zur Rettung der Regenwälder

(Von Gerriet Harms, ökologischer Holzhändler in Oldenburg; Auszug aus dem Statement zur Anhörung der Enquete Kommission des Bundestages)

Zur Rettung der Regenwälder schlage ich folgenden Verhaltenskodex vor, der beträchtlich von dem des Vereins Deutscher Holzhändler abweicht:

- sofortiges Importverbot für Tropenholz
- sofortiger Verzicht auf jegliche Inwertsetzung des Primärwaldes durch Holzeinschlag
- Stopp des kommerziellen Holzeinschlages und aller anderen Großprojekte im Primärwald (Staudämme, Fernstraßen, Agrarprojekte, Plantagen, Abbau von Bodenschätzen)
- radikaler, sofortiger Schuldenerlaß
- sofortige Umwandlung von Einschlagskonzessionen in Projekte, die der Bevölkerung direkt nützen
- mehr tropenökologische Forschung
- mehr Diskussion mit Umweltschutzverbänden
- Kompensationszahlungen für irreparable Schäden
- Kennzeichnung aller Hölzer (nicht nur der tropischen), ob aus Primär- oder Sekundärwald, aus welchen Konzessionen, etc. auch wenn dies sehr schwer und aufwendig durchzuführen und zu kontrollieren ist
- Verzicht auf Einfuhr von Futtermitteln aus Ländern des Trikonts.

Dieser Verhaltenskodex ist nachprüfbar!

TROPENHOLZBOYKOTT !

Boykott allein genügt nicht !

Der konsequente Boykott aller aus Tropenhölzern gefertigten Waren ist für uns eine Möglichkeit des Eingriffs in eine lebensvernichtende Wirtschaftspolitik. Bei genauem Hinsehen mag so mancher erstaunt sein, wo überall diese Hölzer verwendet werden. Wirtschaftlich kann ein solcher Boykott allein zunächst nur sehr wenig bewirken – es ist jedoch notwendig, Zeichen zu setzen.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Der Bereich der Massenwaren aus Tropenhölzern betrifft wohl jede(n) und ist am schwierigsten zu überblicken. Kann Mensch beim Innenleben von manchen Skiern noch entfernt an ein Produkt aus Holz denken, eine Assoziation, die noch von alten Holzskiern herrührt, so versagt dieser Instinkt spätestens bei einem Karton, der die japanische HiFi-Anlage beinhaltet. Sicherlich produzieren auch andere ihre Kartonagen aus dem Rohstoff Holz und nicht nur aus Altpapier, aber gerade Japan als das führende Land der Tropenholzverwertung verdient sicherlich besondere Beachtung. Die Verpackung japanischer Motorräder in Tropenholz, ein weiterer Höhepunkt industrieller Arroganz, gehört immerhin dank massiver Verbraucherproteste der Vergangenheit an. Auch die HiFi-Zeitschrift „Audio" verzichtet inzwischen darauf, Lautsprecherboxen, die aus tropischem Holz hergestellt wurden, zu testen und vorzustellen.

Aber auch eine Vollkornbäckerei kann trotz ökologischen Bewußtseins in die Verlegenheit kommen, mit den neu vom Zubehörhandel erworbenen Ausbackbrettern aus Unkenntnis Tropenholz eingekauft zu haben. Bestimmte Tropenhölzer (Limba, Framiré...) können für die Anforderungen in einer Bäckerei (häufiger, starker Temperaturwechsel, Feuchtigkeit...) ohne größere Bearbeitung verwandt werden, und Bäckerei-Zubehör aus diesen Hölzern kommt daher erstaunlich billig auf den Markt. Selbst mein Freund der Ökomagazin-Händler verkauft unter Umständen mit seinen schönen Holz-Kugelschreibern und -Füllern Produkte aus Tropenholz, weil ihm die Problematik nicht bewußt und zuwenig Sachkenntnis vorhanden war, um bei seinem Lieferanten nachzufragen. Dasselbe wurde auch mit Kämmen aus Massivholz in einem Naturkostladen erlebt.

Der Konflikt in diesem Bereich spitzt sich vollends zu, wenn Mensch in den Regalen der „Dritte Welt"-Läden die vielen mehr oder weniger sinnvollen Produkte aus Holz betrachtet. Soll aus Solidarität gekauft oder nicht gekauft werden? Sicherlich kann einfacher auf all die Schüsselchen, Brettchen, die Rührlöffel, Messergriffe und all die anderen Tropenholzbestandteile einer modernen Küche verzichtet werden. Ein Nachfragen bzw. der demonstrative Verzicht beim Einkauf hinterläßt sicherlich nicht nur Erstaunen.

Übrigens sitzt es sich auf einer Clo-Brille aus Esche, wenn schon Holz, sicherlich besser und mit gutem Gewissen...!

Boykott oder nicht Boykott?

Der Aufruf, tropische Hölzer zu boykottieren wird umstritten sein und damit verbunden die Frage aufwerfen, wem ein Boykott nützt oder schadet, zumal die Importzahlen der BRD niedrig liegen. Stefan Schardt, Geschäftsführer der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) Essen, vertritt z.B. die Forderung, von einem Boykott Abstand zu nehmen, da dies kontraproduktiv sei und an den wahren Gründen des Raubbaues am tropischen Regenwald nichts ändern würde. (Holzarbeiterzeitung: gesundes bauen und wohnen, Nr. 36)

Stefan Schardt belegt dies immer wieder mit dem nicht bestrittenen Verhältnis von Export zum Brennholzverbrauch und zieht daraus den Schluß, daß das Hauptproblem in der Bevölkerungsexplosion und den ungleichen Strukturen der Landverteilung liegen. Auch dies bestreitet niemand. Selbst die These, daß ein Boykott eine andere Form des Kolonialismus oder der Bevormundung sei, ist nicht völlig von der Hand zu weisen, jedoch kann der Schluß daraus bei uns nicht sein, daß wir die hochwertigsten Hölzer für unsere Luxus- oder Konsumbedürfnisse verarbeiten und gleichzeitig fordern, die „da unten" müssen das Problem selber in den Griff bekommen.

Natürlich ist die Argumentation für einen Boykott mehr eine moralische oder politische und weniger eine wirtschaftliche (wobei den Importeuren durchaus Einbußen zugefügt würden). Ein Boykott würde in erster Linie Signalwirkung auf politischer Ebene haben und wie andere Öffentlichkeitsarbeit zum Umdenken und zur freiwilligen Vermeidung anregen (was durchaus, wie die Beispiele Krokodile, Elfenbein, Robben u.a. zeigen, Wirkung haben kann). Was ist schon dabei, wenn durch Umsteigen auf andere Materialien die VerbraucherInnen gezwungen werden, reele Preise zu bezahlen, oder vielleicht manche Betriebe weniger Profite absahnen, um ihre bisherigen Preise annähernd halten zu können. Die internationale Wirkung auf Bewußtsein, beteiligte Industrien und letztendlich auf die Importländer selbst, ist meiner Meinung nach nicht zu unterschätzen.

Hier geht es darum, Druck zu machen und Industrie, VerbraucherInnen und PolitikerInnen um den Preis des Erhalts der Wälder nachhaltig zur Eile anzutreiben. Auch kann ich keinen Kolonialismus darin erkennen, wenn wir von hier versuchen, den Hauptprofiteuren des Tropenholzexportes etwas auf die Finger zu klopfen. Dies sind nicht die einfachen SiedlerInnen oder Campesinos, sondern, wie überall, GroßgrundbesitzerInnen oder PolitikerInnen, deren Interesse auch nicht immer der Entwicklung des Landes gilt. Erst wenn diese Beteiligten an einen Tisch gezwungen werden und konkrete Auswirkungen der internationalen Stimmung spüren, ist vielleicht das Argument des Boykotts überholt, in der heutigen Situation erscheint es mir durchaus adäquat.

Arbeitsplätze und Devisenausfall in den Ländern mit tropischen Regenwäldern

Ein Importverbot für tropische Hölzer ohne begleitende Maß-

TROPENHOLZBOYKOTT !

nahmen würde natürlich schwerwiegende ökonomische Folgen haben, für ein Land, daß stark vom Holzexport abhängt. Verglichen mit den Folgen einer Erhöhung der Zinsen der Auslandsschulden um ein Prozent,sind diese jedoch verschwindend gering. Daher sind Ausgleichszahlungen in welcher Form auch immer, unumgänglich. Mit diesen Geldern könnten von Tropenwäldern Besitztitel erworben und diese den ursprünglichen Einwohnern der Wälder übertragen werden. Von den Kautschukzapfern und Indianern kann man dann mit Sicherheit erwarten, daß sie den Wald schützen. Die Höhe der Zahlungen sollte den Verlust voll ausgleichen.

Im Vergleich zu den wahrscheinlichen Kosten globaler Klimaverschiebungen dürfte das sehr wenig sein. Die ökologischen Folgeschäden, z.B. durch Überschwemmungen oder Dürreschäden verursachen schon jetzt einen Schaden von jährlich 200 bis 300 Milliarden DM weltweit. Diese kaum vorstellbare Summe wird in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach noch ansteigen.

Eine Finanzierungsmöglichkeit dieser Zahlungen würde in der Einrichtung eines Tropenwald-Fonds auf internationaler Ebene bestehen, der aus einer Kohlendioxid-Abgabe der Industrieländer und einer eventuellen Tropenholz-Abgabe finanziert werden könnte. Auch wenn immer auf die Folgen der Brandrodung auf die Ozonschicht hingewiesen wird, verursachen die 25% der Bevölkerung der nördlichen Welthalbkugel 75% der gesamten Kohlendioxid-Emission.

Folgen eines Tropenholzboykottes für die heimische Forstwirtschaft

Unsere Sorge muß heute natürlich sein, die Nachhaltigkeit unserer Forstwirtschaft zu erhalten, d.h. auszugleichen, was durch Waldsterben und notwendigen Einschlag bei uns entnommen wird. Gemessen rein an den zur Verfügung stehenden Mengen und der Bereitschaft der HolzkäuferInnen, angemessene Preise zu bezahlen, würden wir in der Lage sein, unseren Bedarf zu decken.

Weiterhin bestünde die Chance, durch eine Erweiterung unserer Bestände die Artenvielfalt der Bäume zu vergrößern. Dies würde allerdings erst in sechzig bis siebzig Jahren zum Tragen kommen. Es gibt durchaus Arten, die hier vor der Eiszeit schon einmal heimisch waren, sich danach aber nicht mehr ansiedeln konnten. Viele Bäume aus der Artenvielfalt Nordamerikas wären hierfür geeignet, wie z.B. die Weymouthskiefer oder die Douglasie beweisen. Der Raum dafür steht durch die Stillegung landwirtschaftlicher Flächen zur Verfügung.

Die Aufforstung könnte natürlich auch in Wassereinzugsgebieten oder Schutzzonen nahe wichtiger Bach- bzw. Flußläufe geschehen, mit dem Effekt, daß Auswaschungen von Dünger nicht mehr sofort in den Gewässern landen würden. Nach vorsichtigen Schätzungen aus der Forstwirtschaft, könnte es dadurch auch zu einem Zuwachs von 1.000 Arbeitsplätzen kommen.

Kosten als Kalkulationsfaktor

Jedes Holz ist für bestimmte Zwecke besonders gut, für andere gar nicht geeignet. Dies gilt für tropische Hölzer ebenso wie für Hölzer aus gemäßigten Breiten. Einen großen „Vorteil" haben Tropenhölzer allerdings: sie sind (noch!) billiger als einheimische Hölzer, die Stämme sind länger, gerader und dikker. Das mindert den Verschnitt und damit die Kosten. Der Abbau findet (für unsere Verhältnisse) so kostengünstig statt, daß ein Transport des Tropenholzes nach Europa sich noch lohnt.

Die Wirtschaftlichkeit der Urwaldriesen errechnet sich also nicht nur aus der Tatsache, daß die Stämme wesentlich größer sind und daher für die hiesige industrielle Nutzung interessanter oder daß das Holz durch seinen jahrhundertelangen langsamen Wuchs und das Fehlen des Winters in den Tropen gleichmäßiger ist. Ein wesentlicher Grund „preisgünstiger" Tropenholzangebote auf dem hiesigen Markt ist die Nutzung der Wälder ohne Kosten für Pflege und Wiederaufforstung. Der in der BRD festgesetzte Preis liegt viel höher als der Einkaufspreis plus normaler Handelsspanne, aber eben knapp unter den Preisen für einheimische Hölzer, was ihnen, sehr zum Leidwesen der hiesigen Forstwirtschaft einen Marktvorteil verschafft. Diese „Gesetze des Marktes" sind nur durch politische Schritte außer Kraft zu setzen!

Daß Tropenholz nicht in jeden Fall preiswerter sein muß, zeigen die folgenden Beispiele: Bei der Ausschreibung für ein Kinderheim im Raum Frankfurt wurden die Holzaußenanlagen statt in Bongossi in Robinie gefertigt, wodurch die Kosten für das Holz um 30% sanken.

Zwei im Fensterbau tätige Betriebe in Nordwest-Deutschland wurden analysiert. Laut Gerriet Harms war ersterer eine Bauschreinerei ohne spezielle Fensterbau-Ausrüstung mit normalem Maschinenpark. Dieser Betrieb fertigte bis 1988 Fenster in Meranti oder wahlweise in Kiefer bzw. Lärche. Heute wird dort kein Tropenholz mehr verwendet. Das zweite ist ein Fensterwerk das zur Zeit vorwiegend in Meranti fertigt, seit geraumer Zeit auch Kiefer, Fichte, Eiche und Lärche als Fensterholz anbietet. Dieser Betrieb ist spezialisiert auf Fensterbau und weitgehend durchrationalisiert. Bei der Bauschreinerei mit drei Arbeitern wurde bei nordischer Kiefer 2% mehr, bei Kiefer aus der BRD bis 4% mehr und bei Lärche bis 20% mehr erlöst als bei Meranti. Bei dem großen Fensterwerk steigerte sich der Erlös nur bei den heimischen Hölzern: Kiefer plus 3% bis 6%, Lärche bis 25% Mehrerlös.

Dies sind nur zwei Beispiele, die je nach Region auch sicher schwanken können. Entscheidend ist natürlich der eingesetzte Holzpreis. Hier war er bei Dark red Meranti 800 bis 850 DM pro Kubikmeter, bei Kiefer 780 bis 830 DM pro Kubikmeter und bei Lärche 820 bis 880 DM pro Kubikmeter. Die Preise beziehen sich bei Kiefer und Lärche auf Stammware. Die Analysen beziehen sich auf eine Auftragsgröße von circa 15.000 DM.

Allerdings wird der Merantipreis in der nächsten Zeit aufgrund der Verknappung drastisch steigen. In vermutlich zwei bis drei Jahren wird es auf Sarawak keine Diphterocarapeen-Primärwälder mehr geben. Die daraus resultierenden immensen Folgekosten haben „wir" auf jeden Fall über die globalen ökologischen Folgekosten zu tragen. Dies können, je nach Bewertung der Ursachen für ökologische Folgeschäden, hunderte Milliarden DM pro Jahr sein.

Auswirkungen auf die europäische Volkswirtschaft

Bleibt ein gewisses Unbehagen, wenn mensch feststellt, für welche vielfältigen Bereiche z.B. Robinie aus Ungarn im Außenbereich als Austauschholz genannt wird. Ebenfalls Maßstäbe der Ökologie und der Verträglichkeit zugrunde legende Fachleute sprechen von einer möglichen Einschlagmenge von einer Million Festmeter in Ungarn, die sicherlich auf ihre Verträglichkeit geprüft werden muß.

Ein abschreckendes Beispiel bietet Schweden, das trotz katastrophalem Raubbau an nordischer Fichte und Kiefer noch immer hemmungslos abholzt, ohne auch nur annähernd soviel aufzuforsten. Das Problem nimmt mittlerweile solche Ausmaße an, daß für die Touristik entlang der wichtigen Straßen Baumbestände stehen gelassen werden, die Seitenwege aber schon häufig in einer unwirtlichen Steppe enden.

Da nordische Hölzer wegen ihres klimabedingten langsamen Wuchses (das macht sie so begehrt) dreimal solange zur Entwicklung brauchen wie unsere hiesigen Nadelhölzer, handelt es sich hier ebenfalls um Waldbestände, deren Wachstum über hundert Jahre benötigte und länger. Sogenannte „Vollernter"-Maschinen beschleunigen diesen Prozess noch immens und alle Nicht-Bauhölzer landen in der Zelluloseindustrie, im wahrsten Sinne des Wortes restlos. Daß diese Fehlentwicklungen nicht auch noch z.B. Tannen aus der Tschechoslowakei oder Pappeln aus Ungarn treffen, liegt in unserer Verantwortung, sprich unserem Konsumverhalten.

Vielleicht sollten Möbel von heute als die Antiquitäten von morgen behandelt werden und nicht als billige Massenware und Wegwerfprodukte. ●

Hölzer aus gemäßigten Breiten – Einsatzmöglichkeiten

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
Fenster/Läden					★		★				★			★		★									★		★		
Türen (innen)	★		★	★	★		★		★	★	★		★	★	★	★						★	★	★	★		★		
Tore (außen)					★		★				★			★		★									★				
Decken/Wände	★		★	★	★		★	★	★	★	★			★	★	★		★				★			★	★			★
Treppen					★		★			★		★		★	★	★						★	★		★	★			
Fußböden/Parkett	★		★	★	★		★			★	★	★		★	★	★						★	★		★				
Möbel	★	★	★	★	★	★	★	★	★	★	★			★	★	★		★		★	★	★	★	★	★	★	★	★	★
Leisten			★	★			★		★	★	★	★		★	★	★	★												
Rahmen			★	★			★		★	★	★				★	★	★												
Schnitzerei/Bildhauerei	★	★	★	★			★	★	★	★		★			★	★	★	★				★		★	★	★		★	★
Zäune/Parkbänke					★		★				★			★		★									★				
Schiffbau					★	★	★									★							★		★	★		★	
Spundwände/Deich-/Wasserbau					★		★		★							★									★				
Grubenholz			★		★								★	★		★									★		★		
Brücken					★			★	★							★									★				
Schwellen							★							★		★						★	★		★				
Särge								★			★																★		
Fässer			★			★	★																		★				
Spezialbehälter							★									★									★	★			
Möbelfurniere	★		★	★	★	★	★	★	★	★	★			★	★	★		★		★	★	★	★			★	★		★
Industrieholz			★		★				★		★	★	★	★						★		★							
Verpackungsmaterial			★								★			★					★		★						★	★	
Zigarrenkisten									★																				

1 = Ahorn
2 = Apfel
3 = Birke
4 = Birnbaum
5 = Douglasie
6 = Edelkastanie
7 = Eiche
8 = Eibe
9 = Erle
10 = Esche
11 = Fichte
12 = Hainbuche
13 = Hemlock
14 = Kiefer
15 = Kirschbaum
16 = Lärche
17 = Linde
18 = Nußbaum
19 = Oregon Pine
20 = Pappel
21 = Platane
22 = Rotbuche
23 = Roteiche
24 = Roßkastanie
25 = Robinie
26 = Rüster/Ulme
27 = Tanne
28 = Weiymouth-Kiefer
29 = Zwetschge

GESETZESÄNDERUNG

Vereinsförderungsgesetz 1990

Zum 1.1.90 ist mit der Steuerreform auch die Neuordnung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts in Kraft getreten. Eine Information der G.I.B. (Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen gGmbH).

von Marianne Eicker Bix, Redaktion Heidelberg ● Der Gesetzgeber hat trotz der Kritik an wesentlichen Bestimmungen am vorgelegten Entwurf der Bundesregierung festgehalten, der die Arbeit der Sachverständigen-Kommission zur Begutachtung der Gemeinnützigkeit nahezu außer acht läßt und die Eingrenzung der steuerlichen Vorteile zum Teil unzureichend löst.

Durch das Vereinsförderungsgesetz werden insbesondere einige Bestimmungen der Abgabenverordnung (AO), sowie des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes geändert.

Im wesentlichen ergeben sich folgende Änderungen:

- Künftig werden die Förderung dem Sport vergleichbarer sinnvoller Freizeitbeschäftigung sowie die Förderung der Pflanzen- und Tierzucht u.ä. Zwecke gemeinnützig sein.
- Der Gesetzgeber hat drei verschiedene 60.000 DM-Grenzen eingeführt, die folgende Bedeutung haben:
  a) Bei der Unterhaltung von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben, bei denen die Einnahmen insgesamt 60.000 DM/Jahr (incl. Umsatzsteuer) nicht übersteigen, werden keine Ertragssteuern (also keine Körperschafts- und Gewerbesteuer) erhoben.
  b) Körperschaften, deren steuerpflichtige Umsätze im unternehmerischen Bereich im vorangegangenen Kalenderjahr 60.000 DM nicht überstiegen, können die Vorsteuerbeträge innerhalb dieser Tätigkeit mit einem durchschnittlichen Vorsteuersatz von 7% pauschalisieren. Grundlage für die Bemessung des Durchschnittsatzes sind die in den o.g. Tägigkeitsbereichen erzielten steuerpflichtigen Umsätze.
  c) Sportliche Veranstaltungen, an zu denen sowohl bezahlte als auch unbezahlte Sportler teilnehmen, sind als Zweckbetrieb zu behandeln, wenn die Einnahmen einschließlich Umsatzsteuer 60.000 DM nicht überschreiten.

Zu den neu gefaßten Bestimmungen des Vereinsförderungsgesetzes im einzelnen:

Der in § 52, Abs. 2 AO beispielhaft aufgeführte Katalog gemeinnütziger Zwecke wurde auf dem Sport vergleichbare sinnvolle Freizeitbetätigungen sowie die Förderung der Pflanzen- und Kleintierzucht u.ä. Zwecke ausgedehnt (vgl. § 52, Abs. 2, Nr. 4 AO).

In § 64, Abs. 3 AO wird auf die Einnahmen bezogene Besteuerungsgrenze von 60.000 DM für die Körperschafts- und Gewerbesteuer bei der wirtschaftlichen Betätigung steuerbegünstigter Körperschaften eingeführt. Dies hat zur Folge, daß bis zu der o.g. Einnahmengrenze es unerheblich ist, ob bei einer steuerbegünstigten Körperschaft ein Zweckbetrieb oder ein steuerschädlicher Geschäftsbetrieb vorliegt.

In § 64, Abs. 2 AO wird klargestellt, daß bei einer steuerbegünstigten Körperschaft mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe nunmehr als eine Einheit zusammengefaßt werden. Dadurch wird eine Verrechnungsmöglicheit von Verlusten und Gewinnen der bislang getrennt zu betrachtenden steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe ermöglicht.

§ 64, Abs. 4 AO enthält eine klarstellende gesetzliche Regelung zur Verhinderung mißbräuchlicher Vereinsaufspaltungen, um einer mehrfachen Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen durch gemeinnützige Körperschaften entgegenzuwirken.

§ 64, Abs. 5 AO schafft für gemeinnützige Einrichtungen die Möglichkeit, Überschüsse aus der Verwertung unentgeltlicher Altmaterialsammlungen durch Schätzungen in Höhe des branchenüblichen Reingewinns zu ermitteln.

§ 67 a AO enthält die Einführung einer auf die Einnahmen bezogene Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen, wobei den Vereinen ein Wahlrecht eingeräumt wird, ihre sportlichen Veranstaltungen auch nach bisherigem Recht zu behandeln. Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken sowie der Werbung bei sportlichen Veranstaltungen sind keine Einnahmen eines Zweckbetriebs (vgl. § 67 a, Abs. 1, Satz 2 AO).

§ 68 AO lautet in der Einleitung: „Zweckbetriebe sind auch...". Damit wird klargestellt, daß diese Vorschrift Beispiele für einzelne Zweckbetriebe enthält. Die Vorschrift ist so angelegt, daß die genannten Beispiele Zweckbetriebe sind, ohne daß noch geprüft zu werden braucht, ob auch die allgemeinen Voraussetzungen für die Annahme eines Zweckbetriebes (vgl. § 65 AO) im Einzelfall erfüllt werden. § 68 hat insoweit rechtsbegründende Wirkung. Dies bedeutet für in dieser Aufzählung nicht enthaltene Zweckbetriebe, daß bei ihnen weiterhin die Voraussetzungen des § 65 AO gegeben sein müssen.

Die Regelung in § 68, Nr. 7 AO (1977), daß gesellige Veranstaltungen unter bestimmten Voraussetzungen als Zweckbetriebe gelten, wird gestrichen.

Kulturelle Veranstaltungen werden gemäß § 68 Nr. 7 AO ohne weitere Voraussetzungen als Zweckbetriebe angesehen.

Aus gesellschaftspolitischen Gründen hielt es der Gesetzgeber für gerechtfertigt, den steuerfreien Aufwandspauschbetrag (die sog. Übungsleiterpauschale) gemäß § 3, Nr. 26. Einkommenssteuergesetz in Höhe von 2.400 DM/Jahr auch solchen Personen zu gewähren, die nebenberuflich die Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen übernommen haben.

Nach § 10 b, Abs. 1, Satz 2 Einkommenssteuergesetz bzw. § 9, Nr. 3 Körperschaftssteuergesetz erhöht sich der Abzugsrahmen von Spenden für mildtätige Zwecke von 5 auf 10% des Gesamtbetrages der Einkünfte. Damit werden Spenden für mildtätige Zwecke den Spenden für wissenschaftliche und als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke gleichgestellt.

Der neu eingeführte § 10 b, Abs. 4 Einkommensteuergesetz enthält eine Vertrauensschutzregelung für gutgläubige Spender in Fällen, in denen die Spende nicht für steuerbegünstigte Zwecke verwendet wird. Zugleich enthält diese Vorschrift eine Haftungsregelung in bezug auf die für die Zweckentfremdung Verantwortlichen, nach der diese für entgangene Steuern mit 40% des Zuwendungsbetrages einzustehen, d.h. diesen zu versteuern, haben.

In § 24 Körperschaftsteuergesetz erhöht sich der Körperschaftsteuerfreibetrag von 5.000 auf 7.500 DM und es wird die bisherige Einkommensgrenze gestrichen. In diesem Zusammenhang erfolgt in § 11 Gewerbesteuergesetz eine Umwandlung der bisherigen Freigrenze von 5.000 DM in einen Freibetrag von 7.500 DM.

Durch den neu eingeführten § 12, Abs. 2, Nr. 8b Umsatzsteuergesetz wird in Zusammenschlüssen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Körperschaften der Vorteil des halben Umsatzsteuersatzes für Umsätze aus dem Bereich des Zweckbetriebes gewährt. Damit werden nicht rechtsfähige Personenvereinigungen und Gemeinschaften den hinter ihnen stehenden Körperschaften umsatzsteuerlich gleichgestellt.

Nicht buchführungspflichtige gemeinnützige Körperschaften, deren umsatzsteuerpflichtiger Umsatz im vorausgegangenen Kalenderjahr nicht mehr als 60.000 DM betragen hat, können bei der Berechnung der abziehbaren Vorsteuer gemäß § 23 a, Abs. 3 Umsatzsteuergesetz spätestens zum 10. Tag nach Ablauf des ersten Voranmeldungszeitraums eines Kalenderjahres erklären. An dieser Erklärung sind sie allerdings für fünf Kalenderjahre gebunden. Daher sollte in jedem Fall vor Abgabe einer solchen Erklärung sachkundiger Rat in Anspruch genommen werden.

DDR

Entwicklung selbstverwalteter graphischer Betriebe in der DDR

In der DDR werden zur Zeit viele selbstverwaltete graphische Betriebe gegründet. Eine Unterstützung durch Betriebe aus dem Westen ist dabei wichtig.

Constantin Bartning, Redaktion Graphische Betriebe ● In Ost-Berlin hat Anfang Januar „**Hinkelstein-Press**" die Produktion aufgenommen. Die sechs KollegInnen haben vorher überwiegend in der Umweltbibliothek gedruckt. Mit großem Stehvermögen haben sie sich jetzt auf das Abenteuer Offsetdruck gestürzt.

Der Betrieb ist ausgestattet mit einer Rotaprint R30, einer RT4, drei RKL. Die Druckplatten werden im Kontakt über Silberdiffusion hergestellt. Eine bereits vorhandene Reprokamera kann aus Platzmangel noch nicht aufgestellt werden. Die Kollegen hoffen, in den nächsten Wochen in größere Räume umziehen zu können.

Sie werden von verschiedenen Kollektiven unterstützt. Auf Anfrage sendet transfer einen Kalender mit Texten und Kollagen, den das Kollektiv als erste Übungsarbeit in erstaunlicher Qualität auf einer RKL (A4-Maschine mit Reibanleger und zwei Auftragwalzen) Ende Dezember gedruckt hat (Bitte 5 DM Porto und Spende beilegen). Der Betrieb hat noch keine offizielle Adresse.

Ebenfalls in Ost-Berlin hat die Buchbinderei **Papyrus**, ein Kollektiv von fünf KollegInnen, die Arbeit aufgenommen. Papyrus ist eine Handbuchbinderei. Es werden also Einzelbände hergestellt, alte Bücher restauriert und Kleinstauflagen von bibliophilen Editionen gebunden. Da überwiegend Handarbeit stattfindet, ist der Betrieb mit ca. 10.000 DM fast komplett auszurüsten. Die **Kollektiv-Leasinggesellschaft** hat die Finanzierung übernommen, transfer berät.

Westliche Unterstützung erhält das Kollektiv von der **Buchbinderei in Ottensen**, Hamburg. Diese stellte eine dort ausgediente Falzmaschine und einen Sammelhefter mit Handauflage zur Verfügung, die allerdings von Papyrus nicht benötigt werden, sondern anderen Betrieben übergeben werden sollen.

Dringend benötigt werden von Papyrus noch Spindelpressen aus Holz oder Metall.
(Buchbinderei Papyrus, Immanuelkirchstr. 36, DDR 1055 Berlin Prenzlauer Berg, Ottenser Manufaktur / Siegfried Beck, ☎ (040) 390 21 20)

In **Potsdam** (bei Berlin) wird im Umfeld des Neuen Forums eine kleine Druckerei aufgebaut. Sie ist derzeit mit je einer Rotaprint R40 und R30 ausgestattet. Ob es ein eigenständiger Betrieb werden soll, steht noch nicht fest. Bertram, ein ehemaliger Agit-Drucker, der heute als selbständiger Maschinenhändler mit Kleinoffsetmaschinen und Zubehör handelt, betreut diesen Betrieb.

In **Leipzig** haben auf der Grundlage einer Rotaprint RT4 zwei gelernte Offsetdrucker die Arbeit im „Haus der Opposition" aufgenommen. Der Betrieb wird von Offizin in Hannover unterstützt.
☎ Offizin: (0511) 1 76 22.

Lüpo vom Druck-Forum in Karlsruhe unterstützt mit Rat und Tat den Aufbau einer **Druckerei in Halle**. Dort will eine Gruppe von vier Männern eine Druckerei aufbauen. Ausgangspunkt für die Gründung sind die enormen Probleme, die diese Gruppe mit dem Druck ihrer Stadtzeitung hat. Für die wöchentlich in einer Auflage von 5.000 erscheinende Zeitung mit vier bis sechs Seiten müssen derzeit die Repros in Leipzig gemacht werden. Den Druck erledigt dann eine der wenigen privaten Buch- und Offsetdruckereien der DDR in Eisenach mit selbstbeschichteten Offsetplatten, die oft nur eine Auflagenfestigkeit von 1.500 Drucken haben auf A3-Maschinen von ADAST.

(Wie Lüpo nach einem Besuch dieser Druckereien berichtete, wissen auch deren Besitzer bisher kaum, wie Aufträge kalkuliert werden, da das durch die bisherigen staatlichen Preisvorgaben nicht erforderlich war.)

Für das Druckereiprojekt in Halle ist eine Rotaprint R30 aus Bonn (angeblich von linken CDU-Leuten) gespendet worden. Ansonsten fehlt noch **alles**. Einer der vier Gründer ist Offestdrucker, die anderen sind branchenfremd.
Kontakt über Druckforum Karlsruhe
☎ (0721) 37 52 52.

Patenschaften

Wie könnte eine Unterstützung laufen? Nach den vorliegenden Erfahrungen ist eine Unterstützung am besten zu gewährleisten, wenn sich KollegInnen aus einem Berliner oder BRD-Betrieb um jeweils einen Betrieb kümmern, also eine Art **Patenschaft** übernehmen.

Wir möchten Euch hiermit aufrufen, Patenschaften zu übernehmen und diese Bereitschaft mitzuteilen, damit wir das anbieten können, z.B. durch Anzeigen in DDR-Zeitungen wie der Ost-taz. Vermutlich können wir sonst viele Initiativen in der DDR nicht anders erreichen und diese uns auch nicht. Die Kommunikationsmöglichkeiten sind dort immer noch sehr schlecht.

Bitte teilt Eure Erfahrungen und Kontakte mit, damit ein Austausch von Erfahrungen vermittelt und den Betrieben und Initiativen Rundbriefe zugeschickt werden können.

transfer, Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36

Berichte aus Betrieben im Westen

Buchbinderei Umbruch in Wuppertal

Diese als Kollektivbetrieb gegründete, inzwischen modern eingerichtete Industriebuchbinderei, sollte von den drei Gründern verkauft oder aufgelöst werden, da sie die Arbeit nicht weiterführen und die übrige Belegschaft den Betrieb nicht übernehmen wollte.

Inzwischen haben sich zwei der drei Gründer entschieden weiterzumachen. Um die Rolle der Chefs kommen sie allerdings vorläufig nicht herum. Denn Mitgesellschafter können sie in der Belegschaft vorläufig nicht finden. An Kontakt zu selbstverwalteten Betrieben und Diskussionen darüber besteht allerdings bei den Inhabern und einem Teil der derzeit ca. 10 MitarbeiterInnen Interesse.
Umbruch, Wuppertal, ☎ (0202) 44 67 33.

Montania Dortmund

Montania-Druck und Verlag ist in Dortmund in den selbstverwalteten Gewerbehof „Union" umgezogen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Weiterverarbeitung um eine neue Zusammentragmaschine mit Hefter, Lagenfalze und Frontbeschnitt ergänzt.

Montania bietet jetzt vom Text/Bildverarbeitung, Postscriptbelichtung, konventioneller Repro, Druck bis DIN A2 und Rückstichheftung ein komplettes Programm. Die neuen Arbeitsräume sind wunderschön, besonders fällt der gegossene graumelierte Acrylfußboden auf. Vom Umzug und Umbau sind die KollegInnen allerdings fix und fertig.
Montania: ☎ (0231) 14 45 22.

Weitere Nachrichten aus Betrieben

Umziehen mußte **Schwarzwurzeldruck** Heidelberg, nachdem die Betriebsräume gekündigt wurden. Glücklicherweise fanden sich neue Räume, die allerdings zu relativ ungünstigen Konditionen angemietet werden müssen.

Neue Räumlichkeiten brauchte auch dringend die **Grafische Werkstatt**in Kassel. Aus Platzmangel konnte die neu angeschaffte Text/Bild-Anlage aus mehreren APPLE und einem Linotype Laserrecorder nur provisorisch aufgestellt und die Fusion mit „Online", einem Zweifrauenkollektiv, räumlich noch nicht vollzogen werden. Die Mehrheitsverhältnisse bei der Grafischen Werkstatt haben sich durch diese Fusion noch mehr zugunsten der Frauen verschoben (5 M, 8 F).

Etwas kleiner eingestiegen ist die **Druckwerstatt Kollektiv** in Darmstadt in die Text-Bild- Integration. Ein APPLE mit Laserdrucker ermöglicht seit Jahresbeginn die Herstellung von Aufsichtsvorlagen. Erforderlichenfalls wird die Belichtung auf Film bei einer anderen Firma in Auftrag gegeben.

Maschinengesuch

Eine **gebrauchte Falzmaschine** sucht die Druckcooperative in Karlsruhe. Die Maschine soll von MBO oder Stahl sein, und mindestens 62 cm Einlaufbreite und einen Flachstapelanleger haben. Bei gutem Zustand und Baujahr darf sie bis 20.000 DM kosten.
Tips und Angebote an: ☎ (0721) 38 78 68.

Frauentreffen

Kurzbericht vom 2.-4. März in Kassel:
Thema des Treffens war „Frauen und Technik". Es kamen 13 Frauen aus acht Betrieben. Vier Frauen mußten kurzfristig absagen. Inhaltlich ist das Treffen erfolgreich verlaufen und eine Fortsetzung der Diskussion vorgesehen.

Der nächste Diskussionstermin ist während der Frühlingstage am Freitag, den 25.5. in Berlin.
Infos beim Druckforum: ☎ (0721) 37 52 52.

Realkapitalistischer Kommunismus

Druckhaus Norden
Das Druckhaus Norden GmbH in Berlin wurde von der SEW, dem West-Berliner Ableger der SED, als Druckerei für die Parteipropaganda und die hochsubventionierte Tageszeitung die „Wahrheit" verwendet, die kaum jemand las, da sie ihren Namen täglich widerlegte. Zusätzliche Auslastung erfolgte durch Druckaufträge aus der DDR und der Sowjetunion.

Der Betrieb hatte eine Belegschaft von ca. 120 MitarbeiterInnen. Die technische Ausstattung reicht vom Fotosatz über Bogen- und Rollenoffset bis zur Weiterverarbeitung.

Seit der Wende in der DDR ist Schluß mit dem Geld und den Aufträgen aus der DDR und damit der wirtschaftlichen Grundlage des Druckhauses Norden.

Die Geschäftsführung versuchte, das Problem der weiterlaufenden Kosten durch Massenentlassungen und Drohungen mit Konkurs zu begegnen. Ein Teil der Belegschaft wehrte sich, die Kündigungen mußten vorerst zurückgenommen werden. Gleichzeitig entwickelte ein kleiner aktiver Kern aus der Belegschaft einen Plan für die Übernahme des Unternehmens in Belegschaftshand – u.a. mit Mitteln aus dem für die Stillegung notwendigen Sozialplan.

Gegründet wurde ein „Verein zur Überführung des Druckhaus Norden in Belegschaftshand e.V." und eine GmbH. Als erster möglicher Auftraggeber für den neuen Betrieb meldete sich der Berliner Elefantenpress Verlag mit größeren Anfragen. Weitere Interessenten wurden ebenfalls von der Belegschaft festgestellt. Die Geschäftsführung dagegen versuchte, Anfragen möglichst abzuwimmeln, und weigerte sich, die Produktion aufrechtzuerhalten.

Bei den ersten Verhandlungsversuchen zeigte sich die realkapitalistische Seite des „sozialistischen" Betriebes:
Das Unternehmen gehört rechtlich zur in der Schweiz ansässigen „ORWAG"-Gruppe, die im Zusammenhang mit dem DDR Devisenbeschaffer Schalk-Golokowski bekannt wurde. Deren Beauftragte lehnten alle Verhandlungen über eine Übernahme ab und versuchten, die Belegschaft mit Einschüchterung, Konkursdrohung und Verzögerungstaktik hinzuhalten. Warum und aus welchen Motiven – darüber kann nur spekuliert werden.

Bisher scheint es der Belegschaft noch nicht viel genutzt zu haben, daß der Parteitag der PDS, die mutmaßlich noch immer Eigentümerin der ORWAG ist, sich in einer Resolution für die Belegschaftsübernahme einsetzte.

Es muß allerdings auch festgestellt werden, daß es schon kämpferischere Belegschaften als die des Druckhauses Norden gegeben hat, von denen viele SEW-Mitglieder waren und schon lange in dem Unternehmen arbeiten.

Angesichts der guten Konjunktur im Druckgewerbe ist es einem Teil der Kolleginnen und Kollegen bereits gelungen, auf andere Arbeitsplätze zu wechseln. Ein Teil hat jedoch versprochen, nach einer Übernahme des Betriebes durch die Restbelegschaft wiederzukommen.

Für Ende März ist eine Dokumentation über die Vorgänge beim Druckhaus Norden angekündigt.
Zu bestellen bei: Wolfgang Metzger, Essener Str. 21,
1000 Berlin 21.

Druckhaus Plambeck
(Die nachfolgenden Informationen sind nur aus zweiter Hand)
Diese Druckerei gehört zur DKP und hing ebenfalls am jetzt geschlossenen DDR-Subventionstropf. Eigentümerin soll, wie in Berlin, die ORWAG sein. Das Unternehmen ist ebenfalls mit Satz, Bogen- und Rollenoffset, Weiterverarbeitung ausgerüstet und bezahlte ca. 300 Mitarbeiter unter anderem für die Herstellung und den Vertrieb von Einwickelpapier mit dem Aufdruck „Unsere Zeitung – UZ". Gelegentlich tauchten auch Konkurrenzangebote mit Dumpingpreisen auf den Schreibtischen selbstverwalteter Druckereien auf.

Von den MitarbeiterInnen sollen inzwischen ca. die Hälfte entlassen sein oder haben sich selbst neue Arbeit gesucht. Was aus dem Betrieb werden soll, ist mir unbekannt. Auf meinen Vorschlag haben KollegInnen des Druckhaus Norden mit MitarbeiterInnen vom Druckhaus Plambeck Kontakt aufgenommen...

Constantin Bartning

TERMINE

Frühlingstage 90

Der Ablauf der Frühlingstage wird ähnlich sein wie in den vergangenen Jahren: Am Donnerstag, den 24.5. abends gibt es wieder ein Festessen zum Klönen und gegenseitigen Wiedersehen oder Kennenlernen.
Freitag und Sonnabend wird in verschiedenen Arbeitskreisen diskutiert und referiert:

- Erfahrungen mit Betriebsberatungen und Moderation
- Betriebsverfassungen
- Entwicklung in der DDR und Kooperation beim Aufbau von selbstverwalteten Betrieben
- Entwicklung in der Druckvorstufe
- DRUPA-Nachbetrachtungen
- Situation der Frauen in den selbstverwalteten grafischen Betrieben

Sonnabend gegen Abend treffen wir uns zum Schlußplenum und am Sonntag zum Abschiedsfrühstück.

Seminare

Altersversorgung und soziale Absicherung
20.-22. April, Bochum. Was verbinden wir damit? Wie können wir grundsätzliche Absicherungen schaffen? Das Seminar wird zusammen mit dem NETZ NRW und mit Vertretern des Verbundes des Fairsicherungsläden durchgeführt und ist auch für andere Branchen offen.

Grundlagen des Rasterns mit Kontaktrastern
11.-13. Mai in Berlin. Bei diesem Seminar, welches wir wegen der regen Nachfrage in diesem Jahr zum zweitenmal veranstalten, wird vor allem die Theorie bearbeitet, die dem Aufrastern und der Wiedergabe von Aufrasterungen auf dem Papier zugrunde liegt.
Im praktischen Teil werden Raster eingetestet und die Grundbelichtungen ermittelt.

Anmeldung: transfer
Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

transfer
Kooperation selbstverwalteter grafischer Betriebe e.V.

ZAHN DER ZEIT

Kollektive gestern und heute – oder eine andere Form von Stellenanzeige

Agit Druck, eines der, oder sogar das, älteste Kollektiv West-Berlins, wurde vor einem Jahr 20 Jahre alt.

Agit Druck, Redaktion Graphische Betriebe ● Entstanden aus der SchülerInnen- und StudentInnenbewegung, war die Druckerei eigentlich immer Teil der Szene. Das heißt, daß die Leute, die dort arbeiteten, politisch in die Bewegung eingebunden waren, es wurde im Kollektiv gearbeitet, mit Einheitslohn und dem Anspruch, daß alle alles können und sich gegenseitig ihr Wissen vermitteln. „Die Szene" gab ihre Flugis, Plakate etc. bei Agit, Contrast und Keule in Druck. Viel mehr Szenedruckereien gab's nicht bis zur Häuserzeit. Da stellten sich die Leute Druckmaschinen in die Häuser und gründeten neue Druckkollektive. Die Fotokopierer wurden immer besser, billiger, schneller und jederzeit verfügbar. Es gab mehr Geldquellen (AL, Netzwerk, reiche ErbInnen) und die Qualitätsansprüche an die gedruckten Produkte stiegen. Das hieß, daß Plakate und Broschüren in Druckereien gegeben wurden, die technisch und personell besser ausgestattet waren, während Flugis oft selber gedruckt oder fotokopiert wurden.

Wieso schreiben wir das? Wollen wir jammern? Uns beklagen, daß wir ungerecht behandelt werden? Wenn es doch Fakt ist, daß Agit qualitativ oft zu wünschen übrig läßt, auch nicht mehr viel billiger ist als andere Druckereien und außerdem so weit weg vom Puls der Zeit! Nein, darum geht es uns eigentlich nicht. Es geht uns auch nicht in erster Linie darum, KundInnen zu werben. Wir wollen erzählen, darstellen, zum Diskutieren und Überlegen anregen. Wir sind notgedrungen an dem Punkt einer Bestandsaufnahme und Veränderung angekommen, und sehen es nicht nur als unsere persönliche Geschichte an, sondern finden, daß „die Szene" informiert werden sollte, teilhaben sollte.

Wir, das ist der momentane kleine Rest vom Agit Kollektiv, stehen vor der Entscheidung, Leute zu finden, die mit uns zusammen weitermachen, das Kollektiv und den Laden wieder aufbauen; oder aber die Druckerei zu verkaufen, und das Geld, wie auch immer, in die politische Arbeit einfließen zu lassen. Aber Letzteres ist nicht unsere Entscheidung, sondern mindestens aller der Leute, die in den letzten Jahren bei Agit gearbeitet haben, und heute noch ein politisches Interesse an dem Laden haben.

OK, sollten wir also mit denen reden, und in der taz über unsere privaten/politischen Kanäle kundtun, wie die Situation von Agit ist. Haben wir schon gemacht, reichte aber nicht. Wir betrachten die Druckerei weiterhin als Teil der politischen Struktur in der Stadt und finden es wichtig, daß es Agit auch weiterhin gibt. Deshalb, und weil wir glauben, daß die Situation von Agit nicht unbedingt „Agit-spezifisch" ist, sondern damit zu tun hat, wie wir mit unseren Arbeitsstrukturen umgehen, haben wir diesen Artikel geschrieben.

Wir brauchen Leute, die technisch Ahnung haben. Der Laden verkraftet es ökonomisch nicht mehr, Leute anzulernen. Das permanente Anlernen ist einer der Gründe, warum Agit heute so beschissen dasteht. Wir brauchen Leute, die Kollektiverfahrung bzw. Interesse und Verantwortung haben, im Kollektiv zu arbeiten, denn es geht nicht, daß so ein Laden als Durchlauferhitzer benutzt wird. Wir glauben, daß die Tatsache, daß wir unsere Arbeitsstrukturen bzw. speziell die Läden, die noch dem Traum eines kollektiven Arbeitens hinterherhängen (z.B. Komet, Gegensatz, Agit und Krautis), wie Supermärkte benutzen, maßgeblich an den Krisen und Untergang beteiligt ist. Die große Fluktuation, daß die Leute dann gehen, wenn sie gelernt haben, was es zu lernen gab, es ihnen dann zu langweilig ist, sie sich verbessern wollen, oder diese Arbeit doch nicht ihr Ding ist, sind einige Gründe.

Wir wollen nicht mit dem Zeigefinger zeigen, wir nehmen uns nicht aus, sondern haben teilweise genauso unreflektiert unsere Reise durch die kollektiven Arbeitszusammenhänge hinter uns. Uns ist nur, durch die aktuell erzwungenen Reflektionen, einiges wieder aufgefallen, hochgekommen. Wir müssen unter uns auch noch viel diskutieren, klären, darüber, wie es technisch und ökonomisch weitergehen soll und kann und wie das konkret aussieht mit dem kollektiven Arbeiten. ●

Agit Druck GmbH, ☎ (030) 791 80 05.

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN IN EUROPA

Mit nationalem oder europäischem Recht in den Binnenmarkt?

Es gibt sie überall in Europa, doch nirgendwo sind sie gleich und alle europäischen Länder haben ihre Varianten, aber Europa hat keine. Gemeint mit diesem paradoxen Suchrätsel sind die Genossenschaften. Für sie zwischen regionaler Orientierung und europäischen Erfordernissen einen eigenständigen Weg zu finden, wird in absehbarer Zeit eine schwierige Aufgabe bleiben.

Armin Höland, Redaktion Genossenschaften ● Nicht alle der zur Zeit kursierenden europäischen Zukunftsformeln leuchten auf Anhieb ein. Bei dem Thema „Produktivgenossenschaften in Europa" stockt das Nachdenken gleich an drei Stellen: Was hat das kleine und regionale Gebilde Genossenschaft mit dem großen Gebilde Europa zu tun? Außerdem: Auf **welche** der vielen Arten von Produktivgenossenschaft können wir uns verständigen, wie läßt sich die Vielheit dieser Form unter die Einheit Europa bringen? Und zum dritten und aus aktuellem Anlaß: Von **welchem** Europa sprechen wir? Welche Geltung können die Grenzen, die lange Zeit auch die Genossenschaftswelt durchzogen haben, angesichts der neu orientierten Genossenschaftsdebatte in Mittel- und Osteuropa noch beanspruchen?

Genossenschaft als regionale Rechtsform

Es gibt wenig Rechts- und Unternehmensformen, vielleicht **keine** andere Rechtsform, mit so ausgeprägt regionaler und örtlicher Verwurzelung wie die Genossenschaft. „Örtliche Verwurzelung" ist dabei in einem zweifachen Sinne zu verstehen, in einem räumlich-geographischen und in einem beruflich-wirtschaftlichen.

Die räumlich-geographische Verteilung von Genossenschaften enthält zwei Besonderheiten. Zum einen ist das die bei einigen Genossenschaftstypen feststellbare unterschiedliche Unternehmensdichte im Vergleich der Mitgliedsstaaten der EG und wiederum innerhalb der Staaten nach Regionen. Evident ist dies bei der Gegenüberstellung von landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die ländlichen Waren-, Verwertungs- und Dienstleistungsgenossenschaften gehören zu dem Restbestand an rechtlichen und sozio-kulturellen Besonderheiten des ländlichen Raumes. Mit 4.100 Unternehmen sind sie in der Bundesrepublik Deutschland übrigens die größte Gruppe mit einem Anteil von rund 43% an allen genossenschaftlichen Unternehmen.

Augenfällig ist der genossenschaftliche Regionalismus aber auch bei den besonders interessierenden Produktivgenossenschaften. Hier lassen sich zwei ansonsten nicht übermäßig unterschiedliche Industriegesellschaften wie Italien und die Bundesrepublik Deutschland gegenüberstellen. Italien zählte im Jahr 1983 insgesamt 23.065 Arbeiter- und Produktivgenossenschaften, von denen knapp 60% im allgemeinen Genossenschaftsregister eingetragen waren. Die Bundesrepublik konnte im Jahre 1987 gerade noch 17 als solche ausgewiesene Produktivgenossenschaften in die Statistik einstellen. Frankreich nimmt mit rund 1.250 SCOP (Sociétés coopératives ouvrières de production) im Jahr 1989 eine mittlere Position ein. Es dürfte keine zweite gesellschaftsrechtliche Form im EG-Europa gehen, die eine so starke regionale Streuung aufweist.

Auch im zweiten, im beruflich-wirtschaftlichen Begriffssinn erweist sich die Genossenschaft als örtliche Rechts- und Sozialform. Sie erreicht nämlich in einer Reihe von handwerklichen, kleingewerblichen und freiberuflichen Wirtschaftszweigen, beispielsweise bei den Metzgern, den Bäckern, den Steuerberatern, den Drogisten, Dachdeckermeistern und Binnenschiffern, hohe Verbreitungsgrade. Ähnliche Schwerpunkte bei den Berufsgruppen lassen sich für die Klientel von Kreditgenossenschaften feststellen, die in der Bundesrepublik Ende 1987 mit 3.499 Unternehmen und einem Anteil von 36% die zweitgrößte genossenschaftliche Unternehmensgruppe bilden.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß der Genossenschaftswissenschaftler **Bonus** die Gründe für den historischen wie heutigen Erfolg des genossenschaftlichen Konzepts im Bankensektor in der erstmals durch Raiffeisen organisierten Nutzbarmachung des lokalen Informationspools sucht. Er sieht den Kern der genossenschaftlichen Unternehmenskonzeption durch drei spezifisch örtliche Bedingungen bestimmt: der Beschränkung auf ein überschaubares Gebiet, der Nutzung des lokalen Insiderwissens und der sozialen Nähe zum Mitglied. Mit ihrer vergleichsweise starken Orientierung auf örtliche Wirtschaftsbedingungen sind die Genossenschaften Teil eines Phänomens geblieben, das von der ökonomischen Theorie nach Ausflügen in die multinationalen Weiten neuerdings als regionale Wirtschaft wiederentdeckt wird.

Vereinheitlichung des europäischen Rechts??

Die Erscheinungsvielfalt von Genossenschaften in Europa hat rechtliche und kulturelle Gründe. Sie beruht auf den zwei Konstruktionsprinzipien der (Aktien-)Gesellschaft auf der einen, nämlich der romanischen Seite (Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland) und des Wirtschaftsvereins auf der anderen, eher germanischen Seite (Niederlande, Deutschland, Österreich, Schweiz). Eine gewisse Sonderstellung nimmt Großbritannien ein, wo Kooperativen zwischen beiden Modellen wählen können.

Aus rechtssoziologischer Sicht mindestens ebenso stark wiegt die in den einzelnen Mitgliedstaaten der EG aus jeweils spezifischen historischen, politischen und sozialen Bedingungen heraus entstandene Genossenschaftskultur, die von einer Vielzahl von werthaft ausgerichteten Institutionen getragen wird. Gegenüber europaweiten Harmonisierungsbestrebungen formiert sich ähnlicher Widerstand wie gegenüber dem Versuch, ein bestimmtes Mitbestimmungsmodell innerhalb der Europäischen Aktiengesellschaft zu bevorzugen.

Die Einbindung in örtliche Wirtschaftsräume bedingt Formenreichtum. Auch unter dem berufsbezogenen Betrachtungswinkel stellt sich daher die Frage, welche sinnvolle Beziehung sich zwischen dem Einheitsgebilde Europa und der Artenvielfalt von Genossenschaften herstellen läßt. Im wesentlichen kommen zwei Konzepte der rechtlichen Europäisierung der Genossenschaften in Betracht, nämlich die Harmonisierung der nationalen Genossenschaftsrechte mit den beiden Intensitätsstufen der Angleichung und der Vereinheitlichung und das Angebot eines fakultativen Genossenschaftsstatuts für grenzüberschreitendes Handeln. Der erste Ansatz wird von den nationalen wie europäischen Verbänden durchweg vehement abgelehnt.

Unter rechtsvergleichenden und rechtssoziologischen Gesichtspunkten kann man diese Ablehnung nur unterstützen. Der Versuch, einheitliches Recht gegen eine Vielfalt nationaler oder regionaler Rechspraxis durchzusetzen, erscheint unter den heutigen Bedingungen wenig aussichtsreich. Dies um so weniger, als das sozio-ökonomische Feld der Genossenschaften nicht aus vereinzelten Akteuren besteht, sondern verbandlich gut bestellt ist. Vereinheitlichungsbemühungen der europäischen Rechtsetzung würden hier aller Voraussicht nach zu politischen oder rechtlichen Blockaden führen, oder, sollten sie doch vollzogen werden, aufgrund der selbstbewußten regionalen Traditionen in einem solchen Maße angepaßt werden, daß von der beabsichtigten Einheitlichkeit wenig bliebe.

„Statut einer europäischen Genossenschaft"

Bleibt das zweite Konzept, eine eigene Rechtsform für Genossenschaften, die auf europäischer Ebene, d.h. grenzüberschreitend operieren wollen. Bemühungen um Bewahrung der genossenschaftlichen Rechtsidentität auch bei transnationalem Handeln haben zu einem gerade erst, Anfang 1990, von den Spitzenverbänden des deutschen Genossenschaftswesens vorgelegten Entwurf eines „Statuts der Europäischen Genossenschaft (SCE)" geführt. Dieser Vorschlag für eine Verordnung des Rates definiert in seinem Artikel 1 die Europäische Genossenschaft als eine Gesellschaft, „deren Tätigkeitsbereich sich auf das Hoheitsgebiet mehrerer Mitgliedstaaten erstreckt und die als Unternehmen zum Ziel hat, den Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht zu werden und deren wirtschaftliche Belange zu fördern".

Die Zahl der Mitglieder der SCE ist oberhalb einer bestimmten Mindestzahl veränderlich, ebenso die Beteiligung der Mitglieder am Kapital. Das auf ECU lautende Kapital der SCE hingegen kann veränderlich sein oder auf einen festen Betrag lauten. Vorbehaltlich des Ausschlusses durch die Satzungen kann die SCE Nichtmitgliedergeschäft betreiben. Im übrigen ist sie in jedem Fall Handelsgesellschaft und besitzt Rechtspersönlichkeit.

Konzeptionell versucht der Entwurf einen Kurs entlang der mittleren Linie der größten Gemeinsamkeit der europäischen Genossenschaftsrechte zu steuern, wobei er sich durch drei Regelungstechniken Erleichterung verschafft: Die erste ist der Verweis auf die Rechtsvorschriften des Sitzmitgliedstaates bei national unterschiedlichen Regelungen und Traditionen, beispielsweise bei der Gründungsprüfung (Art. 12) und der Prüfung (Art. 53), dem Mindestkapital für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen (Art. 2 Ziff. 5 und 6) und bei der Bestimmung von Zahlungsunfähigkeit, Zahlungseinstellung und Überschuldung (Art. 70). Darüber hinaus wird für alle von dieser Verordnung nicht geregelten Bereiche der Verweis verallgemeinert, daß die Vorschriften des Gemeinschaftsrechts und des Rechts der Mitgliedstaaten Anwendung finden sollen (Art. 4 Ziff. 8). Problematisch erscheint hier allerdings im Hinblick auf die Produktivgenossenschaft, daß die arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiede bei der Statusbestimmung der Mitarbeiter in Genossenschaften fortbestünden.

Zum zweiten überwindet der Entwurf die Kluft zwischen einer dualistischen und einer monistischen Ausgestaltung der Organe (mit oder ohne Aufsichtsrat neben dem Vorstand), indem er beide Möglichkeiten gleichberechtigt nebeneinander zuläßt.

Zum dritten überläßt er Organisations- und Haftungsfragen großzügig der Satzungsautonomie, die allerdings durch ein Bekenntnis der Mitglieder zu den genossenschaftichen Prinzipien (Art. 1 Ziff. 5) in Grundzügen inhaltlich ausgerichtet sein soll.

Ohne die Leistungen der Autoren des Entwurfs schmälern zu wollen, sei darauf hingewiesen, daß er nicht aus dem Nichts entstanden ist. Der Entwurf knüpft an bis in die 50er Jahre zurückreichende Vorarbeiten und Stellungnahmen nationaler und übernationaler Genossenschaftsverbände an. Seine bisherige Ausgestaltung ergibt – wie bei einer Kompromißlösung auch kaum anders möglich – einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen mit einem nur schwach ausgeprägten genossenschaftlichen Wesen. Doch immerhin ist das Wesen genossenschaftlich, und trotz oder gerade wegen seiner Kompromißformeln und seiner Liberalität gegenüber nationalem Recht als solches identifizierbar.

Zur Entwicklungsperspektive von Produktivgenossenschaften

Statt eines Resümees zum Abschluß noch eine Anmerkung zum Typus der Produktivgenossenschaft: Sie soll ein Gegengewicht zu dem durch die deutsche Statistik nahegelegten Eindruck schaffen, hier handle es sich um ein Fossil des 19. Jahrhunderts. Dieses könne möglicherweise an den südlichen Rändern Europas, aber nicht mehr in den Zentren des künftigen Binnenmarktes ein Auskommen finden. Der Eindruck muß korrigiert werden, weil er der Wirklichkeit einer sich veränderten Arbeitsgesellschaft nicht gerecht wird. Zu ihr gehört, jedenfalls nach der deutschen Empirie, ein über die letzten Jahre deutlich gewachsenes Interesse an gemeinschaftlich organisiertem Kleinunternehmen. Es ist die gewissermaßen kollektive Ausprägung eines auf verschiedenen Gründen beruhenden Wiederanstiegs der Zahl und des Anteiles der Selbständigen an den Erwerbstätigen der Bundesrepublik. Daß dieses Interesse sich nur zu einem geringen Teil in genossenschaftlicher Rechtsform ausdrückt, liegt eher an deren Zugangsbedingungen als an dem Organisationsbedürfnis.

So nützlich es daher unter dem Gesichtspunkt der Identität von Rechtsform und wirtschaftlichem Handeln ist, für grenzüberschreitende Unternehmungen von Genossenschaften eine eigene Rechtsform bereitzuhalten, so sehr ist es dann auch geboten, kooperativen Arbeitsansätzen von Anfang an den Zugang zu einer genossenschaftlichen Rechtsidentität zu erleichtern. ●

KURZMELDUNGEN

Neue Heimat-Siedlung wird Genossenschaft

Nach einer mehrstündigen Debatte hat die Vollversammlung des Münchner Stadtrats die Geburtswehen der ersten Genossenschaftsgründung in dieser Stadt nach dem zweiten Weltkrieg endlich hinter sich gebacht.

Sie stimmte dem von den Mietern eingebrachten Genossenschaftsmodell zu. Da mehr als die Häfte der Mieter in den ehemaligen, von der Stadt angekauften Neue Heimat-Siedlungen in Sendling, Moosach und Giesing bereits Genossenschaftmitglieder sind, soll auf die geplante Mieterbefragung verzichtet werden. Hauptkonfliktstoff birgt zur Zeit noch das Belegungsrecht der Stadt für deren Sozialfälle. Der Prozentsatz, über den derzeit verhandelt wird, liegt zwischen 30 Prozent nach Vorstellungen der Genossenschaft und 75 Prozent nach Überlegungen des Sozialreferenten. Auch der anzusetzende Wert der Häuser bei der Übertragung an die Genossenschaft wird noch einige Auseinandersetzungen kosten. Die Stadt kaufte die 2093 Wohnungen seinerzeit für knapp 165 Millionen Mark. Heute schon wird der „Verkehrswert" von der Stadtregierung auf 201 Millionen Mark angesetzt.

Anfragen nach der sporadisch erscheinenden Mieterzeigung der Genossenschaft, die weitergehende Informationen enthält, können gerichtet werden an Franziska Hoffmann, Weißenseestr. 25c, 8000 München 90.

Gegen Belegungsbindung bei Wohnungsbaugenossenschaft

Das Recht, Wohnungen nach eigenem Ermessen und im Idealfall unter Beteiligung der Nachbarn zu belegen, ist zentraler Bestandteil der genossenschaftlichen Idee. Begründet durch öffentliche Förderung wird dies aber immer wieder in Frage gestellt. Erst vor kurzem geschah dies durch den Berliner Senat bei der Berliner Bau-und Wohnungsgenossenschaft von 1892. Klaus Novy schrieb dazu einen offenen Brief an den Berliner Bausenator Wolfgang Nagel, der die wichtigsten Argumente für das Belegungsrecht in Händen einer Genossenschaft enthält. Unter anderem beruft sich Novy auf ein Gutachten von Prof. Großfeld, das feststellt, daß

○ „eine gesetzliche Belegungsbindung bei Wohnungsbaugenossenschaften gegen das Verfassungsrecht verstößt,

○ jede gesetzliche Belegungsbindung die Autonomie und die gewachsenen Strukturen der Wohnungsbaugenossenschaft zerstört...,

○ die 1217 Wohnungsbaugenossenschaften... Ausnahmeregelungen erhalten müßten, die ihren Sonderstatus voll berücksichtigen".

Novys Brief endet mit dem Satz: „Wer Besonderes bietet, hat auch Anspruch auf Sonderregelungen. Dies ist bei Genossenschaften generell der Fall." Wer den Wortlaut des gesamten Briefes als Argumentationshilfe braucht, sollte sich die WOHNBUND-Information Nr. 9 vom Januar 1990 besorgen, erhältlich beim WOHNBUND e.V., Humboldtstr. 79, 6000 Frankfurt.

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften organisieren sich

Ihre achte Jahrestagung veranstaltete die Interessengemeinschaft der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften in der katholischen Landvolkshochschule in Bollschweil-St.Ulrich. Zwanzig der ihr angehörenden rund fünzig Einzelinitiativen waren mit 40 Teilnehmer/innen vertreten. Diskussionen, Austausch und das Gewinnen neuer Impulse standen im Vordergrund des Treffens. Wichtiges Thema war unter anderem die Vermarktung. Jede EVG steckt dabei in einem Zielkonflikt. Sie will für alle Beteiligten durchschaubar wirtschaften. Dies bedeutet intensive Kontaktpflege und damit Beschränkung auf eine relativ kleine Mitgliederzahl. Gleichzeitig besteht aber der Anspruch, eine Alternative zum Großhandel darzustellen. Mit der eigenen Arbeit bäuerliche Existenzen zu sichern, erfordert aber hohe Umsätze und damit eine gewisse Größe. Bisher existiert noch kein umfassendes regionales Vermarktungskonzept für landwirtschaftliche Produkte, das diesen Zwiespalt zu bewältigen verspricht. Die geplante gemeinsame Koordinationsstelle wird vielleicht die Erarbeitung eines zukunftsträchtigen Konzeptes organisieren können. Der oder die Koordinator/in soll bezahlt werden, aber keinerlei Vertretungskompetenz nach außen haben. Bis zur Einrichtung der Koordinationsstelle können Anfragen gerichtet werden an: Klaus Kreß, Finstergässle 2, 7827 Löffingen 6.

NEUWERT-Genossenschaft hofft auf schnelle Betriebsaufnahme

Nach längerem Hinauszögern der Eintragung ins Genossenschaftsregister gehen Vorstand und Aufsichtsrat der Neuwert-Genossenschaft davon aus, im März endlich die Arbeit aufnehmen zu können. Die Eintragung als Genossenschaft zog sich hin durch interne Auseinandersetzungen und Zweifel des Revisionsverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (RDK) an der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Betriebskonzeptes. Einige Teile der Konzeption (Recycling von Möbeln und Haushaltsgeräten) werden momentan vom RDK erneut auf Plausibilität und Rentabilität geprüft. Gespräche laufen zur Zeit mit dem Landrat des Kreises Plön, dort bei der Wiederaufbereitung von Altmöbeln, Haushaltsgeräten und im Bereich der Kompostierung von organischen Abfällen tätig zu werden. Um die Betriebsaufnahme kurzfristig zu erreichen, hat die NEUWERT-Genossenschaft im Rahmen des vom Wirtschaftsministerium erarbeiteten Programms für selbstverwaltete Betriebe (SEWI) über ihre Hausbank eine Landesbürgschaft der landeseigenen Garantiekasse beantragt. Außerdem setzt die Geschäftsführung darauf, weitere Mitglieder zu gewinnen, die bereits sind, Genossenschaftsanteile zu zeichnen und so helfen, mehr Eigenkapital zusammenzubringen. Ein Genossenschaftsanteil beträgt 100,-- DM. Anfragen können gerichtet werden an die NEUWERT-Genossenschaft i.G., Bergenring 8, 2300 Kiel.

Keine Kreditvergabebeschränkung mehr für die Ökobank

Die überregionale Kreditbeschränkung auf 10% der vergebenen Kredite für die Ökobank ist abgelaufen. „An die große Glocke hängen" will die Ökobank dies nicht. Im Gegensatz zu anderslautenden Meldungen läuft das Kreditvergabegeschäft gut. Schon jetzt kommt sie bei der Bearbeitung der laufenden Anträge kaum nach. Viele Kreditanträge sind Erstgeschäfte. Dies erfordert länge Bearbeitungszeiten als bei schon gewachsenen Vertrauensverhältnissen. Deshalb werden anfangs möglichst nur kleinere Überziehungskredite eingeräumt und dann erst nach und nach ein größeres Kreditengagement mit den einzelnen Kunden „entwickelt". Trotz Wegfall der überregionalen Kreditvergabebeschränkung ist von der Ökobank nur ein vorsichtiges Ausdehnen der Kreditvolumina geplant. Nur so läßt sich die erforderliche Risiko- und Fristenstreuung hinbekommen. Die selbstgesetzte Obergrenze für Kredite liegt zur Zeit bei zwei Millionen DM je Kreditnehmer.

EUROPÄISCHE GENOSSENSCHAFT (SCE)

Fortschreitender Rückschritt

Die Mitglieder des CCACC (Comite de Coordination des Associations de Cooperatives de la CEE) haben im Dezember 1989 eine gemeinsame Stellungnahme zum Statut einer Europäischen Genossenschaft (SCE) vorgelegt. Bei näherem Hinsehen muß dieses als diplomatisches Meisterstück europäischer Vermeidungstaktik angesehen werden: Es löst nicht ein einziges der drängenden Probleme, die zur Verbreitung des Genossenschaftsgedankens in der BRD anzusehen sind.

Gert Behrens, Redaktion Genossenschaften ● Das im Dezember vorgelegte Statut einer Europäischen Genossenschaft (SCE) stellt nicht den erwünschten Rahmen für die Mindestanforderungen an eine Genossenschaft im europäischen Rahmen dar, es sagt **nichts** über den (erleichterten) Zugang zur Rechtsform Genossenschaft aus und es enthält **keinen** Hinweis auf die Verpflichtung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf eine „economie sociale". Dies war auch der Stellungnahme des Vertreters des Freien Ausschusses der deutschen Genossenschaftsverbände, Karl Heinz Nienhaus, auf dem internationalen Seminar „Produktivgenossenschaften in Europa – Perspektiven für die neunziger Jahre", veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens vom 7. bis 9. Februar 1990 in Bonn, unmißverständlich zu entnehmen. Nach seiner Einschätzung **stellt dieses Statut lediglich ein Hilfsmittel für die Kooperation von Genossenschaften aus mindestens zwei EG-Mitgliedsländern dar.**

Mit diesem Statut wird der Weg beschritten, das europäische Mißverständnis über den Charakter von Genossenschaften nicht auszuräumen. Vielmehr wird es insbesondere von deutscher Seite dazu benutzt, die Zementierung des Status quo weiter zu betreiben und den Zugang kleiner und neuer Genossenschaften mit dem „europäischen Argument" zu behindern. Das Mißverständnis, es wurde auf dem Seminar deutlich, besteht in dem unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Stellenwert der Genossenschaften in den europäischen Ländern. Wenn die spanischen, italienischen oder französischen Genossenschaften von einer weiteren Ökonomisierung (z.B. dem Ausbau von Marktanteilen) ihrer Genossenschaften reden, wird auf deutscher Seite allzu gern „vergessen", daß sie in diesen Ländern, z.B. hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten, eine echte Alternative zu anderen rechtlichen Organisationformen darstellen. Oftmals ist die Gestaltung zur Genossenschaft (wie z.B. in Frankreich) sogar mit besonderen steuerlichen Privilegien ausgestattet.

Auch wurde nicht diskutiert, daß in weniger hoch entwikkelten Ökonomien die Tätigkeit des Mitgliedes in seiner Genossenschaft ihm häufig eine größere Sicherheit des Arbeitsplatzes bietet. Teilweise erzielt er außerdem noch höhere Einkünfte als bei einem vergleichbaren Beschäftigungsverhältnis in (klein-)privatkapitalistischen Betrieben. Dennoch hilft der ironische Hinweis des französischen Direktors der Confederation Generale des Societes Cooperatives (CGSCOP = Dachverband der französischen S.C.O.P.'s) Francois Espagne, „die deutsche Situation sei wohl auch auf die fortschrittliche Bismarck'sche Sozialgesetzgebung zurückzuführen, deren soziale Errungenschaften von den Genossenschaftsbewegungen der romanischen Länder erst individuell erkämpft werden mußten", den Anstrengungen der deutschen Kooperativökonomie, zu einer angemessenen Organisationsform zu kommen, nicht weiter.

Keine Ausschließlichkeit von Politik und Ökonomie

Ob es für die Zukunft ausreicht, die „neue deutsche kooperative (alternative Selbstverwaltungs-) Ökonomie" an ihren kultursetz: Erhalt der Verbands- und Versorgungsprivilegien, massive Steuergeschenke zur Belohnung für die Flucht aus der sozial verpflichteten Rechtsform – und das alles unter dem Vorzeichen einer „sozialen Marktwirtschaft". Vielleicht wiederholt sich auch hier die Geschichte noch einmal: Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt wird die Genossenschaft zur Disposition gestellt, in der sie in der DDR als Selbsthilfeorganisationsmöglichkeit zur Bewältigung widriger ökonomischer Zustände dringend gebraucht würde.

Die Veranstaltung in Bonn jedenfalls war eine Bestätigung, daß von den Verbandsorganisationen, voran ihr „Freier Ausschluß", eine kreative Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens nicht erwartet werden kann. Leider hat diese Veranstaltung auch die Einsicht vermittelt, daß die Erneuerung der Genossenschaftsidee aus dem „europäischen Haus" heraus zur Zeit nicht möglich ist.

Lösungsvorschläge der ICGA

Die ICGA (Interessengemeinschaft für cooperativ-genossenschaftlich arbeitende Betriebe) hat dagegen Vorschläge erarbeitet, die einer kreativen Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee dienen. Die Problematik der rechtlichen Situation kleiner genossenschaftlicher Zusammenschlüsse veranschaulicht Schaubild 1. Aus ihm wird deutlich, wie mit zunehmender Konzentration der Genossenschaften auf größere wirtschaftliche Einheiten (und nur zu diesem Zweck dienen die Vorschläge des CCACC) ein Vakuum für die organisatorisch-rechtliche Gestaltung kleinerer genossenschaftlicher Zusammenschlüsse entsteht. Dieses Defizit ist rechtlich vorgegeben, da – anders als bei den kapitalorientierten juristischen Personen – die zweite auch für kleinere Zusammenschlüsse geeignete Rechtsform fehlt.

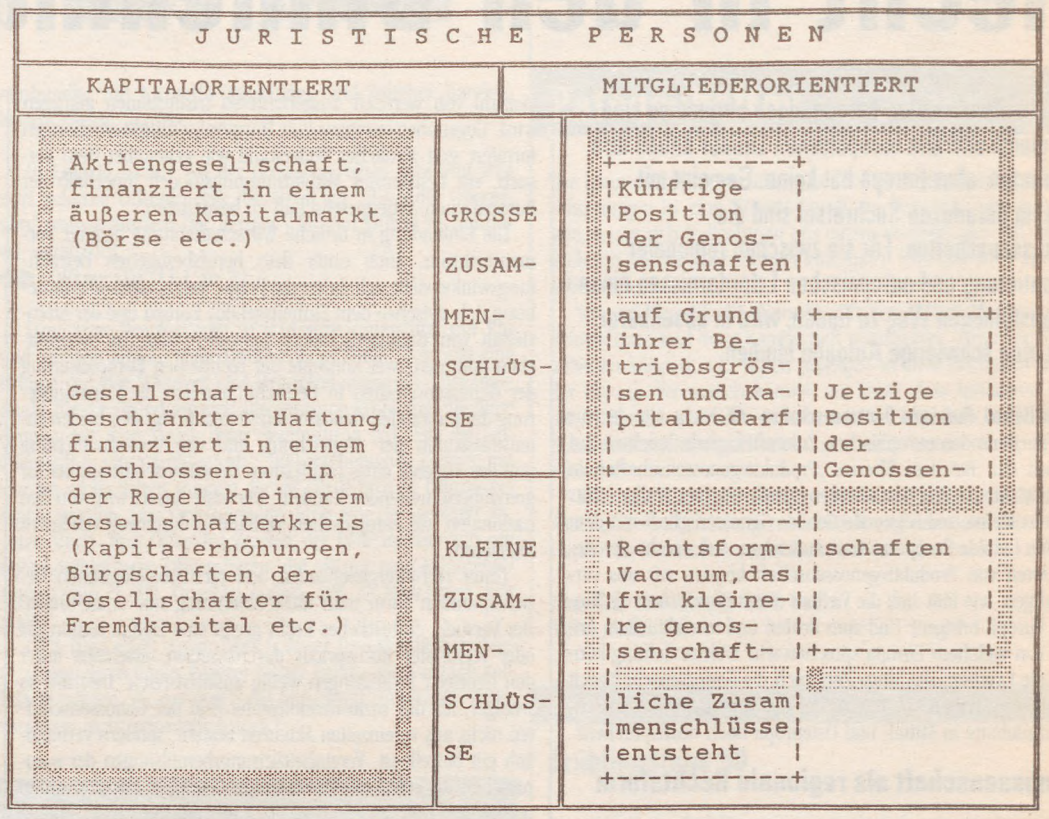
Die ICGA kann sich zur Beseitigung dieses Defizites zwei Möglichkeiten vorstellen: eine nationale und eine europäische Lösung. Bei der nationalen würde das bestehende Genossenschaftsgesetz durch zusätzliche Bestimmungen für kleine Genossenschaften ergänzt. Die europäische Lösung liefe auf die Verabschiedung einer europäischen Rechtsnorm hinaus, durch die national vorhandenes Recht genossenschaftlich angereichert werden kann. Zu diesem Zweck müßten Betriebe, die den Zusatz Europäische Cooperative (E.C.) führen wollen, hierfür erforderliche Veränderungen in ihren Satzungen vornehmen, so daß sie genossenschaftlichen Charakter bekämen.

Wahlmöglichkeit zwischen Verbraucher- und Beschäftigtenorientierung

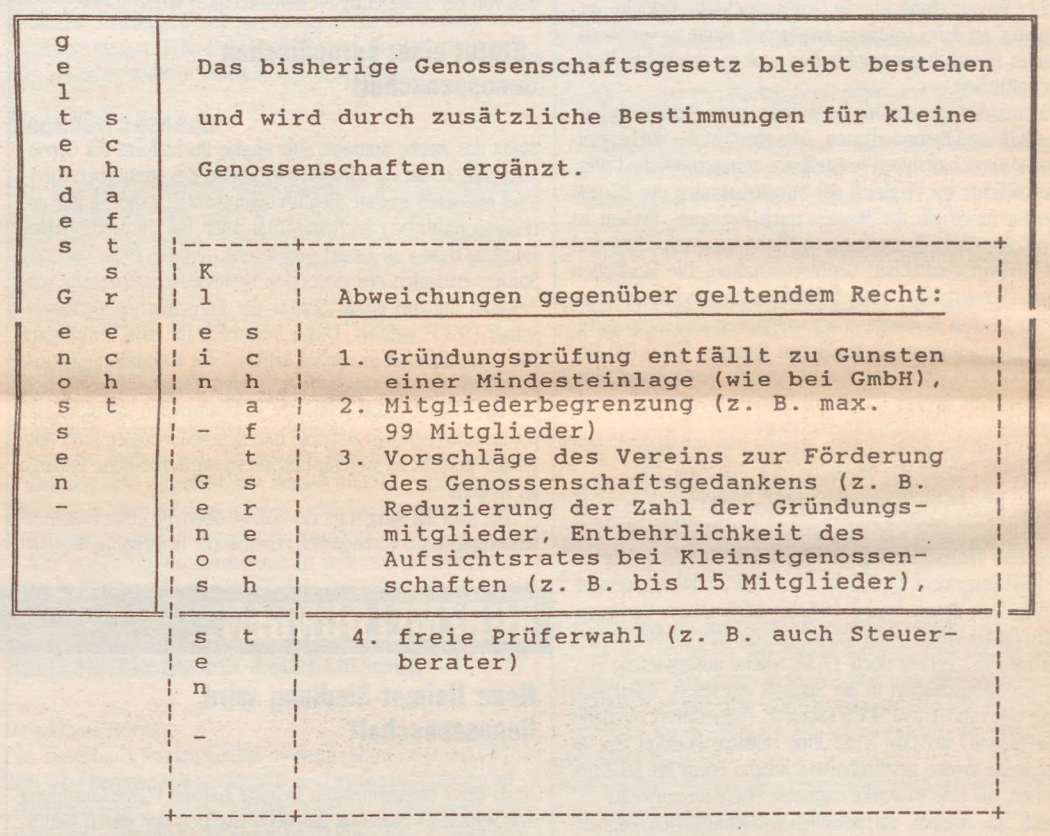
Je nach Entscheidung, ob es sich eine Europäische Kooperative als **verbraucherorientiert** oder als **beschäftigungsorientiert** organisieren will, müssen die Mitbestimmungsgrundsätze geregelt werden: Bei der verbraucherorientierten E.C. ist durch die Satzung eine paritätische Mitbestimmung aller im Unternehmen Beschäftigten sicherzustellen. Hier wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Anzahl der Beschäftigten weitaus geringer bleibt als die Anzahl der Unternehmenseigner (Genossen / Gesellschafter / Aktionäre etc.). In der beschäftigungsorientierten E.C. sollen die Beschäftigten mindestens 51% der Stimmrechte haben. Den Gesellschaftern steht es frei, einen höheren Anteil des Mehrheitsbesitzes festzulegen. Durch zusätzliche Vereinbarung von Satzungszielen eröffnet sich die Möglichkeit (z.B. Auflagen der Bundesanstalt für Arbeit) diese E.C.-Form für bestimmte öffentliche Förderungen zugangsberechtigt zu gestalten oder bei der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen mit steuerlichen Privilegien auszustatten. **Ein Wechsel von der verbraucher- zur beschäftigungsorientierten** E.C. könnte durch Satzungsänderungsbeschluß gesetzlich zugelassen werden, sobald die entsprechenden Auflagen erfüllt werden. ●

Manchester-Centrale: Hauptkontor, Verkaufs- und Speisesäle, Schuhwaren- und Möbel-lager.

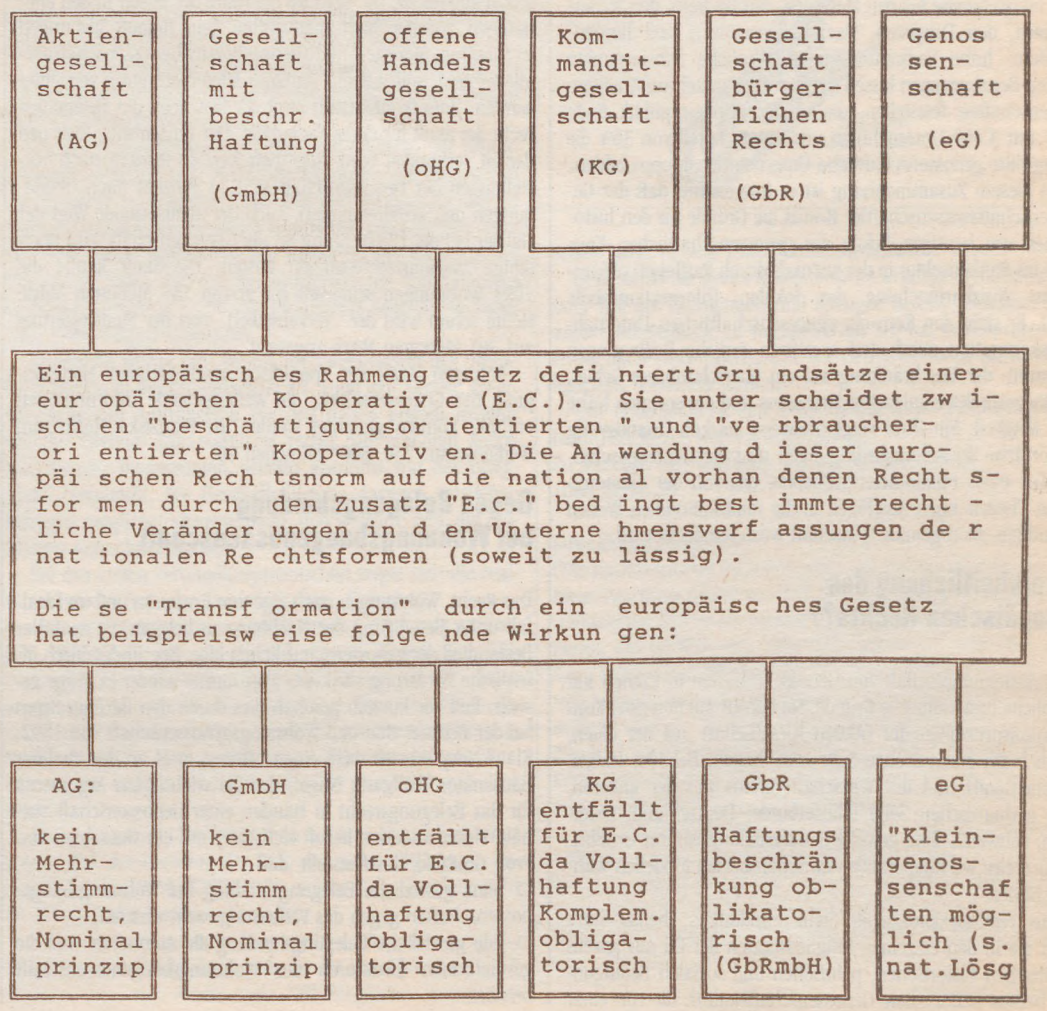
(1) Problematik der rechtlichen Organisation kleiner genossenschaftlicher Zusammenschlüsse



(2) Nationale Lösung



(3) Europäische Lösung



AUS FÜR DEN ID?

Rauher Wind in der Hamburger Allee 45

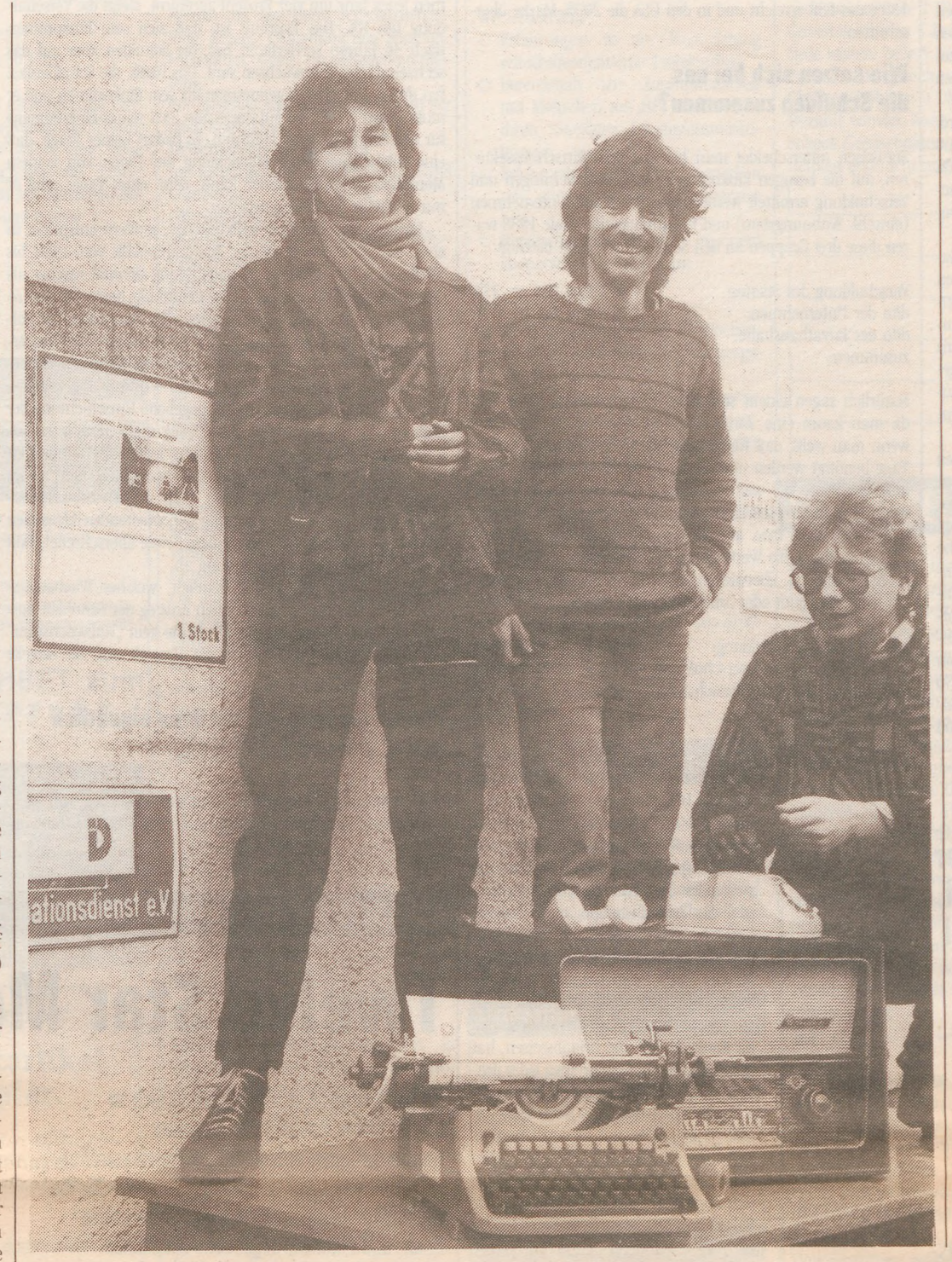
Der Frankfurter „Informationsdienst: Zentrum für alternative Medien" (ID), eines der ältesten linken Medien in der BRD, ist seit der Jahreswende existenziell bedroht. Der Grund: die Räume wurden gekündigt. Seit 1. März ist damit eine traditionsreiche linke Institution obdachlos. Neue Räume zu erschwinglichen Preisen konnten vorerst nicht gefunden werden.

von Jo-Hannes Bauer, Redaktion Heidelberg ● Der ID ist nicht das einzige Projekt, das den neuen Wind in dem ehemals alternativen Gewerbehof in der Hamburger Allee 45 zu spüren bekommt. Auch die Frankfurter „Frauenschule", die eine ganze Etage in dem Hinterhofgebäude gemietet hatte, muß zum Jahresende ausziehen. Andere wie die Rezensionszeitschrift „Listen" und die Frankfurter Redaktion der TAZ haben von sich aus die Konsequenzen gezogen und neue Räume gesucht. Der Grund: Der Hausherr Walter Lürzer, Mitinhaber der renommierten Werbeagentur „Lowe, Lürzer", hatte die Alternativbetriebe bislang immer noch toleriert und zu Sonderkonditionen Gewerberäume vermietet. Nun sollen auch hier „normale" kapitalistische Verhältnisse einziehen.

Schon einmal, 1983, drohte den Alternativ-Betrieben in der Hamburger Allee 45 der Rausschmiß. Ein Spekulant wollte das gesamte Gelände – eine ehemalige Schriftgießerei mit einem Hauptgebäude und etlichen Nebengebäuden – aufkaufen und abreißen lassen. Damals erschien der Werbefachmann Lürzer als „Retter in der Not". Er übernahm die Immobilie und wurde damit über Nacht Eigentümer des gesamten Geländes. Eine Hausverwaltung „Lürzer & Lürzer GbR" wurde gegründet, die mit den Mietern auf 5 Jahre befristete Verträge abschloß. Eine Mischung zwischen kommerzieller Nutzung durch die Kreativen der Kommunikations- (sprich Werbe-)Branche und der alternativen Medien-und Kulturbetriebe wurde eigens vereinbart. Mit 6 DM/qm waren die Mieten schon 1983 außerordentlich niedrig. Im Frühjahr 1988 wurden nun einigen Alternativbetrieben diese Verträge mit 5 Jahren Laufzeit gekündigt und durch einjährige Verträge ersetzt. Außerdem wurden die Mieten heraufgesetzt, „angepaßt" auf 13 DM/qm. Immer noch preiswert im Vergleich zu den 20 oder 30 DM, die anderswo gezahlt werden.

Diese „Anpassung" und die damit verbundene Unsicherheit war jedoch manchen Projekten zuviel. Ein kollektiv geführter „Druckladen", der jahrelang den ID und den „Pflasterstrand" gedruckt hatte, gab ganz auf. Die Rezensionszeitschrift „Listen" zog Ende des Jahres aus, die TAZ hatte ihre Räume schon im April 1989 gekündigt und von sich aus auf eine Verlängerung des einjährigen Vertrags verzichtet. Dies erwies sich nun als Pferdefuß für den ID. Denn der war – obgleich seit 1974 Dauermieter in der Hamburger Allee 45 – zum Zeitpunkt der Kündigung Untermieter bei der TAZ. Hausherr Lürzer nahm dies nun als Vorwand, um den wegen anderer Querelen unliebsam gewordenen Mieter ganz loszuwerden. Auch eine Initiative des neuen „Pflasterstrand"-Chefs Matthias Horx, den Konflikt durch eine gütliche Regelung beizulegen, fruchtete nicht.

Der ID hat in wesentlichen Phasen das Geschehen in der bundesrepublikanischen Linken und der Frankfurter Spontiszene mitbestimmt. Von 1974- 81 wurde hier Woche für Woche die Zeitschrift „Informationsdienst für unterdrückte und unterbliebene Nachrichten" herausgegeben – damals ein undogmatischer und buntscheckiger Flickenteppich in einem ansonsten von maoistischen und DKP-orientierten Hauspostillen geprägten linken Blätterwald. Um 1978 entwickelte sich aus einer Diskussion über die Funktion alternativer Medien in der BRD im Umfeld des ID das Projekt „Tageszeitung". Der ID selbst versuchte nun ein halbes Jahr lang, sein Wochenblatt durch eine unregelmäßig erscheinende Tageszeitung zu ersetzen. Dann stand fest, daß die TAZ mit einem weitaus professionelleren Konzept das Rennen machen würde. Seit 1981 konzentrierte sich der ID auf zwei Projekte: einerseits das ID-Archiv über die Geschichte der Linken in der BRD, das inzwischen beim „Internationalen Institut für Sozialgeschichte" in Amsterdam untergebracht wurde, und das „Projekt Alltag": ein „freies JournalistInnenbüro für alle Benachteiligten unserer Gesellschaft, die sich an die Medien wenden wollen, aber keinen Zugang finden"(ID).



von links: Sibylle Bartscher, Richard Herding, Helmut-Gerhard Müller Foto: Karl Piberhofer

Neue Perspektiven?

Von der bundesweiten Ausstrahlung des ID, der zu seinen besten Zeiten mehr als 30 feste Mitarbeiter beschäftigte, ist nicht viel geblieben. Zuletzt nicht mehr als ein kleines Büro unterm Dach, wo Richard Herding und Sibylle Bartscher immer für knifflige Fragen aus dem linken Mediendschungel zur Verfügung standen. In die Räume von TAZ und ID ist mittlerweile eine Werbefirma namens „Tempomedia" eingezogen. Der ID selbst haust dafür in einer Abstellkammer, vormals der Lagerraum der „Listen", die er bis zum endgültigen Auszug freundlicherweise noch benutzen darf. Ein weiterer Teil des Archivs ist in der Mainzer Landstraße 147 – dem ehemaligen KBW-Hochhaus – untergebracht.

Richard Herding hofft noch immer, durch eine Kooperation mit einem anderen Mieter der Hamburger Allee – dem Restaurant „Orfeo" – doch noch bleiben zu können. Ein leerstehender Kellerraum, der nächstes Jahr zur Kantine umgebaut werden soll, wäre als Übergangslösung akzeptabel. Wäre da nicht die Geschichte mit einem anderen Keller in der Hamburger Allee 45, der auf Lürzers Kosten und auf ausdrücklichen Wunsch des ID für über 30.000 DM ausgebaut worden war, und vom ID dann als „nicht zumutbar als Arbeits- und Büroraum" abgelehnt worden war. Daß „Lürzer & Lürzer" diese Erfahrung nicht wiederholen wollen, ist nur zu verständlich. Richard Herding wird auf Dauer nichts anderes übrig bleiben, als sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Er sieht es denn auch als Prozeß der „Ausdifferenzierung", der dem ID und ihm selbst womöglich neue Handlungsperspektiven eröffnen wird. Falls er jedoch auf dem „leergefegten Markt" keine neuen Büroräume auftut, dann könnte für den ID in Frankfurt endgültig das letzte Stündchen geschlagen haben. Schade wär's. ●

Anzeige

DIE BUNDESWEHR
eine terroristische Vereinigung?!

Wer kennt ihn nicht, den berüchtigten § 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen), ein Instrument unseres "Rechts"staats, geschaffen um linke, staatskritische Menschen zu verunsichern, auszuspionieren und zu kriminalisieren.
Die im § 129a aufgeführten Tatbestände treffen auf die Bundeswehr wie maßgeschneidert zu: Zerstörung von Bauwerken, Brandstiftung, Herbeiführung von Sprengstoff- oder sogar Kernexplosionen, gemeingefährliche Vergiftung usw. Die Bundeswehr ist eine terroristische Vereinigung, denn sie droht mit den genannten Terrormaßnahmen.
Auf dem zweifarbigen DIN A2-Plakat ist der § 129a im Wortlaut wiedergegeben. Bestellt und plakatiert massenhaft!
Preise (jeweils zuzüglich Versand):
1 - 9 Exemplare: 1,00 DM
10-49 Exemplare: 0,75 DM
50-99 Exemplare: 0,50 DM
ab 100 Exempl. : 0,30 DM
Bestellungen an: Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen, Scharnhorststr.6, 5000 Köln 60, 0221 / 765842.
Für eine Bundesrepublik ohne Armee!
Weg mit der Wehrpflicht!

KURZMELDUNGEN

Zeit zum Nachdenken

Mathias Lahmann ● Unter dem Titel „Medienrealität und Wirklichkeit" findet in Kochel am See ein Wochenseminar statt, das der Münchner Peter Hohenauer auf Anregung eines Radio-Arbeitskreises vorbereitet hat.

Die Woche bietet die Möglichkeit, sich mit einigen grundsätzlichen Aspekten unserer Medien-und Informationsgesellschaft kritisch zu beschäftigen; in Vorträgen und Fachgesprächen sollen die Problematiken einer medialen Realitätsschaffung reflektiert und über praktische Konsequenzen für MedienarbeiterInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen etc. nachgedacht werden.

Oft wird vergessen, daß hinter dem Blick des Reporter- und Kameraauges nicht nur subjektive Erkentnisinteressen stehen, sondern wirtschaftliche Gründe, politische Vorgaben und ein vorgefaßtes Wahrnehmungsraster. RezipientInnen können die Unterschiede zwischen Wirklichkeit und Medienrealität nur noch schwer und vor allen Dingen: **teilweise** erkennen; je größer, konformer und allgegenwärtiger die Informations- und Bilderflut desto schwieriger ist es, sich ihr zu entziehen.

Das Seminar wird vom direkten Austausch der betroffenen „MacherInnen" leben, Filmemacher wie Herbert Linkesch (Das Celler Loch) und TV-Erfahrene wie Hans-Joachim Hoffmann (Studie zum Konflikt innerhalb der ARD-Polit-Magazine) werden ebenso wie NachrichtenredakteurInnen, PhotographInnen und SchauspielerInnen als Gäste und ReferentInnen an den einzelnen Kolloquien und Diskussionen teilnehmen.

Genauere Informationen über das Seminar, das vom 14.-18.5.1990 in Kochel am See stattfindet, sind über LORA MÜNCHEN, Schwanthaler Straße 76, Rückgeb., 8000 München 2 zu erfahren. Das gesamte Seminar kostet inkl. Unterkunft und Verpflegung für ganze 5 Tage sage und schreibe nur 60,-- DM!!!

Da nur noch 5 Plätze frei sind, wird um schnelle Reaktion von Medieninteressierten und -machenden gebeten!

„Niedersachsen – ein starkes Stück Soziokultur?!"

Dies ist der Titel der Dokumentation der gleichnamigen kulturpolitischen Tagung, die die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Niedersachsen (LAGS Nds.) am 8. und 9. Dezember '89 in der Brunsviga, Braunschweig durchgeführt hat.

Die nunmehr vorgelegte Dokumentation enthält auf 124 Seiten alle bei der Tagung gehaltenen Referate (Themen: Bestandsaufnahme; Soziokultur; Vielfalt als Konzeption – Ergebnisse eines Forschungsprojektes; Stadtkultur – mehr als Samba in der Altstadt? Ästhetische Praxis zwischen Amateur- und Profistatus; Perspektiven für die Soziokultur in den 90er Jahren), die Protokolle der Diskussionen (u.a. eine Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Landtagsfraktionen) sowie Steckbriefe der soziokulturellen Zentren in Niedersachsen. Sie bieten Informationen sowohl für NeueinsteigerInnen in die soziokulturelle Praxis als auch wichtigen Diskussionsstoff für diejenigen, die an einer kritischen Reflexion ihrer jahrelangen Tätigkeit interessiert sind. Darüberhinaus ist sie ein wichtiges Dokument in der kulturpolitischen Debatte um eine angemessene Förderung der soziokulturellen Arbeit, insbesondere durch das Land Niedersachsen.
Herausgegeben wird die von der LAGS Nds. redaktionell betreute Dokumentation vom Buntstift e.V..
Bezug:
LAGS – Nds., Geschäftsstelle
c/o Pavillon - Lister Meile 4, 3000 Hannover 1
Preis: 10,-- DM zzgl. 2,-- DM Versandkosten

EG '92 und „Dritte Welt"

Zukunft Europas – auf wessen Kosten?
Nach den Vorstellungen der EG-Politiker soll das Projekt des „Europäischen Binnenmarkts" Ende 1992 abgeschlossen sein. Die damit verbundenen „Freiheiten" des Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs, der Kapitalbewegungen werden den westeuropäischen, vor allen Dingen bundesdeutschen Konzernen und Banken eine gute Ausgangsbasis für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt mit den USA und Japan verschaffen.

Ein „vereintes Europa" wird nicht bei der EG der 12 stehen bleiben:
Mittel- und Osteuropa sollen in die wirtschaftlichen und politischen Strategien miteinbezogen werden.

Auf der Verliererseite dieses von oben initiierten Einigungsprozesses finden sich die sozialen Gruppen wieder, die in den Industrieländern ohnehin schon an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sind.: AsylbewerberInnen, Frauen, Teile der Industriearbeiterschaft und ihre Vertretungen, Kleinbauern/bäuerinnen.

Konsequenzen wird er aber auch für die „Dritte Welt" haben. Hier ist zu fragen, ob der europäische Binnenmarkt die ohnehin schon minimalen Spielräume für eine Befreiung der Länder der Drei Kontinente aus dem Würgegriff des Weltmarktes noch einmal verkleinern wird oder ob sich vielleicht doch neue Möglichkeiten für eine eigenständige Entwicklung eröffnen.

1992 ist noch durch ein anderes „europäisches" Ereignis bestimmt: dann jährt sich zum 500. Mal die Unterwerfung von Zentral- und Südamerika durch die europäischen Kolonisatoren.

Auf ihrem 14. Bundeskongress werden die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen die damit aufgeworfenen Fragestellungen diskutieren und versuchen, Gegenstrategien zu entwikkeln. Der 14. Bundeskongress wird Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Bewegungen im In- und Ausland im Hinblick auf 1992 diskutieren.

Der Kongreß wird vom 14. bis zum 17.6.1990 im KOMM, in der ESG und zwei weiteren Stadtteilzentren in Nürnberg stattfinden.

Anmeldung beim:
Bundeskongreß entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 31 56

DAS VERFLIXTE GELD – 6. FOLGE

Geld und Schulden

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Bei dem Wort Verschuldung fällt einem zuerst einmal diejenige der Entwicklungsländer ein, und das nicht ohne Grund. Denn dieses Problem, seit mehr als 10 Jahren bekannt, ist keinesfalls einer wirklichen Lösung nähergekommen, sondern nimmt immer noch zu, auch wenn es in der letzten Zeit etwas aus den Schlagzeilen verschwunden ist.

Bei einer Schuldenlast von inzwischen etwa 1.200 Mrd. Dollar werden für die Länder des Südens jährlich rund 100 Mrd. Dollar Zinsen fällig, täglich rund 270 Millionen! Und da sie meist nicht in der Lage sind, diesen Zinsleistungen nachzukommen, schlägt man sie den Schulden zu, wodurch die Problematik zwangsläufig expandieren muß.

Vergleicht man die Größenordnung der jährlichen Zinslasten mit den Hilfeleistungen aller kirchlichen und sonstigen Organisationen in den westlichen Industrienationen, so kommen diese mit einer Mrd. Dollar jährlich gerade auf ein Hundertstel des Betrages, den die armen Länder uns reichen als „Entwicklungshilfe" zukommen lassen. Oder anders ausgedrückt: Das was man bei uns mit viel Aufwand jedes Jahr zusammenbettelt, reicht gerade für die Dritte Welt, um dreieinhalb Tage lang ihren Zinsverpflichtungen nachzukommen!

Doch bei diesen weitgehend bekannten und diskutierten Verschuldungen der Entwicklungsländern handelt es sich nur um die sichtbar gewordene Spitze eines weltweit eskalierenden Schuldeneisberges, der alleine in der Bundesrepublik täglich um rund 500 Mio. DM wächst. Schon die bundesdeutsche Staatsverschuldung ist deutlich größer als die gesamte Außenschuld Lateinamerikas, und die gesamte bundesdeutsche Inlandsschuld fast doppelt so hoch wie die der gesamten Entwicklungs- und Schwellenländer. Legt man zum Vergleich einmal die jeweiligen Schulden auf die Bevölkerung um, dann kommen in der Dritten Welt auf jeden Menschen etwa 650 DM Außenschulden (die Inlandsschulden sind zumeißt äußerst gering), während es in der Bundesrepublik etwa 62.000 DM und in den USA rund 75.000 DM Gesamtschulden sind.

Natürlich muß man Schulden immer vor dem Hindergrund der jeweiligen Leistungsfähigkeit beurteilen, also dem Sozialprodukt. Doch auch dieser Vergleich bringt Überraschungen: Während die Verschuldung der Entwicklungsländer durchschnittlich bei 35% des BSP liegt (in den höchstverschuldeten Ländern bei 45%), hat sie in der Bundesrepublik inzwischen 180% des BSP erreicht und in den USA die 200%-Marke überschritten.

Wie setzen sich bei uns die Schulden zusammen?

Statistisch unterscheidet man bei uns drei Wirtschaftssektoren, auf die bezogen Einkommen, Ausgaben, Vermögen und Verschuldung ermittelt werden, nämlich Staat, Unternehmen (einschl. Wohnungsbau) und Privathaushalte. Ende 1988 waren diese drei Gruppen an den Schulden wie folgt beteiligt:

Verschuldung des Staates:	942 Mrd DM = 25%
dito der Unternehmen:	2.616 Mrd DM = 69%
dito der Privathaushalte:	227 Mrd DM = 6%
zusammen:	3.785 Mrd DM = 100%

Natürlich sagen einem solche Milliardensummen nicht viel, da man kaum eine Vorstellung von ihrer Größe hat. Auch wenn man weiß, daß für das Zählen einer Million elfeinhalb Tage benötigt werden und für einer Milliarde rund 31 Jahre, hilft das nicht viel weiter. Griffiger wird das Ganze jedoch, wenn man die Größen einmal auf die bundesdeutschen Haushalte umrechnet bzw. auf die Erwerbstätigen – jeweils rund 27 Mio – die ja alle Werte erarbeiten und damit die Schulden bedienen müssen, überwiegend mit jeder ausgegebenen Mark. Auf jeden Haushalt oder Arbeitsleistenden entfallen dann:

aus der Staatsverschuldung:	35.000 DM
aus der Unternehmensverschuldung:	97.000 DM
und aus den Konsumentenschulden:	8.000 DM
zusammen also:	140.000 DM

Das heißt, auf jeden Haushalt bzw. jeden Erwerbstätigen entfielen Ende 1988 insgesamt rund 140.000 DM, für die er – bei einem Zins von 6% – mit 8.400 DM Zinsen geradestehen mußte (alleine für die Staatsverschuldung mit 2.200 DM!), und das mit steigender Tendenz! Verfolgt man einmal das Zuwachstempo, dann hat die Gesamtverschuldung in den letzten Jahren alle zweieinhalb Minuten um eine Million Mark zugenommen, die des Staates alle neun Minuten. Aber auch die Verschuldung der Privathaushalte, für Autos, Möbel und Urlaubsreisen, hat es in sich. Da an ihr nur etwa jeder dritte Haushalt beteiligt ist, liegt die durchschnittliche Belastung zwischen 20- und 30.000 DM, und in der Schulden-Spitzengruppe hat sich der Betrag bereits auf 72.000 DM erhöht! Man kann sich vorstellen, was es in diesen Haushalten bedeutet, wenn der Hauptverdiener oder ein anderer plötzlich arbeitslos wird. Die Sozialämter der Kommunen wissen darüber zu berichten.

Was sind die Folgen der ständigen Verschuldungszunahme?

Nehmen wir einmal an, ein Normalbürger ist in Höhe seines Jahreseinkommens verschuldet, und während sein Einkommen jedes Jahr um vier Prozent zunimmt, steigt die Verschuldung um 8%. Das Ergebnis ist, daß sich sein Einkommen nach 36 Jahren vervierfacht hat, die Schulden aber auf das sechzehnfache angewachsen sind. Das heißt, die Schuldenlast hat dreimal rascher zugenommen als sein Einkommen und er muß – statt 6% wie zu Anfang – nun 24% seines Einkommens für den Schuldendienst abführen. Es bedarf keiner Frage, daß eine solche Auseinanderentwicklung auf Dauer von keinem Menschen verkraftet werden kann, denn eines Tages muß er nur noch für die Zinsen arbeiten.

Dieses Beispiel ist kein willkürliches, sondern entspricht in etwa der Entwicklung in der Bundesrepublik von 1950 bis 1984. Auch hier nahm die Verschuldung dreimal rascher als die Einkommen zu und sie ist größenmäßig heute dreimal so groß wie das verfügbare Einkommen aller Haushalte. Die Folge ist, daß jeder Erwerbstätige 1950 noch mit drei Wochen Arbeit die Schuldenzinsen bedienen konnte, während er 1984 bereits 10 Wochen dafür nötig hatte, also – Urlaub abgezogen – fast ein Vierteljahr! Um die damit gegebene Umschichtung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz nicht ständig zu beschleunigen, muß darum die Leistung jedes Jahr mindestens um den Betrag gesteigert werden, den das Kapital mehr als im Vorjahr beansprucht. Nur wenn man diesen Zuwachs erreicht, kann man eine Verarmung der arbeitenden Menschen vermeiden, und nur wenn man diese Größe überschreitet, fällt auch für diese eine Lohnerhöhung ab.

Dieser Tatbestand macht deutlich, welcher Wachstumsdruck von dem überproportionalen Anstieg der Schulden ausgeht und daß wir uns tatsächlich heute kein „Nullwachstum" erlauben können, auch wenn die Umwelt auf der Strecke bleibt.

Warum müssen wir uns denn eigentlich immer mehr verschulden?

In nominellen Größen ist das Bruttosozialprodukt von 1950 bis 1988 auf das 20fache gesteigert worden. Die Verschuldung in der Bundesrepublik auf das 58fache, und mit jedem Jahr geht die Schere zwischen beiden Entwicklungen weiter auseinander. Schulden aber kann man nur bei einem machen, der Geld übrig hat. Das gilt für die Schuldenaufnahme eines einzelnen Bürgers ebenso wie für ein Unternehmen, eine Kommune oder einen ganzen Staat. Das heißt, Schuldenmachen setzt immer jemanden voraus, der überschüssiges Geld zur Verfügung hat, ganz gleich, ob er das nun direkt abtritt oder über eine Bank.

Geldüberschüsse bei den einen ermöglichen jedoch nicht nur den anderen eine Kreditaufnahme, sondern zwingen volkswirtschaftlich dazu. Denn Geldansammlungen, die nicht wieder über den Kreditweg in den Wirtschaftskreislauf zurückgeschleust werden, fehlen dort als Nachfrage. Und Nachfrageausfälle führen zu deflationären Wirtschaftszusammenbrüchen, wie wir sie Anfang der 30er Jahre bei uns zum letztenmal erlebt haben. Sie sind vielmals schlimmer als alle inflationsbedingten Rezessionen, weil sie noch rascher eskalieren und nur schwer zu stoppen sind.

Im Gegensatz zu goldgebundenen Währungen kann zwar die Notenbank heute solche Nachfragelöcher mit neugedruckten Geldscheinen schließen, doch schafft sie damit einen Überschuß an Nachfragemitteln, der „morgen" als Inflationspotential wirksam werden muß.

Alle Volkswirtschaften befinden sich also in einem mehrfachen Dilemma: Führen sie die sich überproportional entwickelnden Geldvermögen nicht über Kredite in die Wirtschaft zurück, droht eine Rezession oder gar Depression. Führen sie die Geldvermögen zurück, droht eine Überschuldung mit zunehmenden sozialen Spannungen. Und versuchen sie diesen Spannungen durch ständiges Wirtschaftswachstum aus dem Wege zu gehen, beschleunigen sie den ökologischen Zusammenbruch.

Daß es zu diesen ganzen Überentwicklungen kommt, ist letzlich wieder die Folge des Zinses. Denn ohne Zinsprozente ist das Schuldenmachen ähnlich unproblematisch wie das Trinken ohne Alkoholprozente. Erst diese Zinsprozente nämlich lassen die Geldvermögen immer weiter wuchern und die weiterwuchernden Geldvermögen erzwingen immer höhere Verschuldungen. Doch diese Zusammenhänge werden wir bei nächsten Mal genauer untersuchen, wenn wir die Entwicklung und Verteilung der Geldvermögen unter die Lupe nehmen. ●

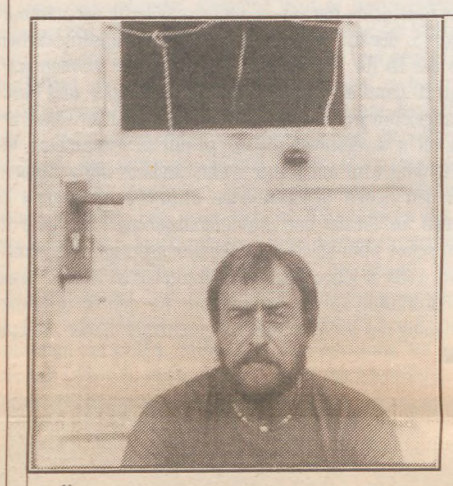


FOTO: PETER PEITSCH

Peter Paul Zahl

»Übernehmt die Patenschaft für Zeitungsabonnements! Schickt Bücher in den Knast – und kämpft zusammen mit den Gefangenen gegen jeden einzelnen Fall von Zensur!« P.P. Zahl (1977/1989)

»In Gefängnissen sind Zeitungen noch wichtiger als draußen.«

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!
Spenden Sie bitte auf das Konto:

Freiabonnements für Gefangene e.V. (gemeinnützig)
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
Konto-Nummer 26 011 604

Wenn Sie eine bestimmte Zeitung spenden wollen, nennen Sie bitte ein Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen (für die Spenden-Quittung).

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR. 3, 1000 BERLIN 62, TEL. 0 30/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung _____

KontoinhaberIn (Adresse) _____

_____

_____

Bank _____

Konto-Nummer _____

Bankleitzahl _____

Ich gestatte dem Verein Freiabonnements für Gefangene e.V., DM ..... monatlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

_____

Datum, Unterschrift

STEMPELN GEHEN!

Stütze für ProjektlerInnen

Kollektivbetrieb mußte entlassen – Arbeitslosengeld war schwer zu fassen

Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Als das Neustädter Ökoprojekt BAUM (Biologische Ausbau- und Möbelwerkstatt) vor drei Jahren in gegenseitigem Einvernehmen eine Mitarbeiterin entlassen mußte, schwante ihm zunächst nichts Arges. Die Kollegin war ja schließlich, obwohl auch Mitgesellschafterin der GmbH, sozialversicherungspflichtig angestellt gewesen und konnte/wollte ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen.

Die Schreinerei in Selbstverwaltung hatte jedoch zunächst die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Fall die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BfA), gemacht. Bis zum Sommer letzten Jahres durchlief ein Prozeß, in dem die BAUM-Genossin ihre Gelder einklagen mußte, sämtliche Instanzen bis zum Landessozialgericht Rheinland-Pfalz.

Erst gegen Ende letzten Jahres hatte sie dann den ihr zustehenden Cash endlich verfügbar. Da kam die Urteilsbegründung, in der das Landessozialgericht höchstrichterlich Wichtiges für alle Projektmitglieder als MitgesellschafterInnen von Kapitalgesellschaften befand: Auch sie sind als abhängig Beschäftigte anzusehen und haben damit Arbeitslosenknete zu kriegen, auch wenn sie im Einvernehmen entlassen werden.

AZ: L 1 Ar 10/89

Nähere Infos über:
BAUM - Hindenburgstr. 37
6730 Neustadt/Weinstr.

KONGRESS DER ALTERNATIVEN BANKEN

Twelve Star Money

An der Schwelle von 1992, wenn sich im traditionellen Bankensektor weitere Konzentrationen anbahnen und Gewinnstreben weiterhin eines der wichtigsten Kriterien für die Geldanlage bleibt, rückt auch die alternative Bank- und Finanzierungsscene zusammen.

Ernst-Eberhard Manski, Redaktion Heidelberg ● Immer mehr Anleger suchen nach Finanzierungsmöglichkeiten in sozial-orientierte Initiativen oder in umweltfreundliche, selbstverwaltete Betriebe, sei es via zielgerichtete Sparsysteme oder via direkte Kreditvergabe. Sie wollen verantwortlich mit ihrem Geld umgehen, sie wünschen Qualität statt Quantität.

Wie weit hat sich nun das alternative Bankwesen inzwischen entwickelt? Welchen Erfolg haben wir mit ethischen Investment-Fonds und sozial-ökologischen Finanzierungen? Welche Schlüsse können wir für die Zukunft ziehen? Das sind einige der Fragen, denen unter dem Motto „Zwölf-Stern-Geld" auf einem europäischen Kongreß für alternative Banken und Finanzierungsinstitute am 28. April 1990 in Brüssel nachgegangen werden soll.

Organisiert wird diese Veranstaltung durch Netwerk Vlaanderen, dem flämischen Gegenstück zu den deutschen Netzwerken. Netwerk Vlaanderen finanziert als gemeinnütziger Verein Projekte und Unternehmen, die sich alternativen Ideen wie mensch- und umweltfreundliches Produzieren und Selbstverwaltung verschrieben haben. Das Geld dazu stammt aus individuellen Spenden und aus dem sogenannten „Grillensparen". Bei diesem Sparsystem erhält Netwerk von einer großen belgischen Sparkasse für die Spargelder, die die Teilnehmer bei dieser Sparkasse unterhalten, eine prozentual festgelegte Vergütung. Dieses System erwies sich als so erfolgreich, daß Netwerk sich zu dem Schritt entschloß, eine selbständige Filiale dieser Sparkasse zu eröffnen.

Die Themen des Kongresses:
Historischer und sozial-ökonomischer Hintergrund des alternativen Bankwesens in Flandern und Europa (Referent: Walter von Trier),
○ Erfahrung mit ethischer Vermögensverwaltung und sozialen Investitionen sowie ethischen Kriterien in Verbindung mit der Anlage von privaten Spargeldern (Pat Conaty und Francois Plassard),
○ Zinsen in gerechter Höhe, der Markt der ethischen Geldanlage in den kommenden Jahren und „Neutrales Geld" als mögliche Alternative (Denis Clerc und Dieter Suhr),
○ ein Ideenaustausch über alternative Finanzierungsstrategien zwischen Vertretern von Ökobank (Bundesrepublik), MaG (Italien), Rubicon Link (Großbritannien), Triodis (Niederlande) und ASLK (Belgien).
Außerdem wird INAISE (International Association of Investors in the Social Economy) die Gelegenheit nutzen, sich und seine Ideen dem interessierten Publikum vorzustellen. Diese Vereinigung ist im Herbst 1989 von einer Handvoll alternativer Banken ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit von sozial-ökologisch orientierten Kreditinstituten zunächst in und aus Europa organisatorisch in Bezug auf verschiedene Aspekte zu fördern und zu stabilisieren.

Strategien des alternativen Bankwesens, ethische Begründungen, ökologische Investitionen, mensch kann dafür oder dagegen sein. Aber eines ist sicher, dieser neue Trend betrifft uns alle. Der Kongreß, übrigens mit simultaner Übersetzung, ist gerichtet an Denker und Macher in der Finanzwelt, in den neuen sozialen Bewegungen und an Universitäten, an all jene, die auf der Suche sind nach einem Gegengewicht zur ökonomischen Wachstumsmaschine.

Der Kongreß findet am 28. April von 9 bis 17.30 Uhr im ASLK Auditorium, Wolvengracht 48 in Brüssel statt und kostet 1.500 BEF/75,- DM

Informationen bei:
Netwerk Vlaanderen LZW
Liedtsstraat 27
1210 Brussel
☎ (0032/2/241 19 97
Fax 0032/2/242 26 10

ETHICALLY-MINDED BANKING

Twelve star money

AN INTERNATIONAL CONGRESS
ORGANIZED BY NETWERK VLAANDEREN
BRUSSELS, 28 APRIL 1990

JOBS

Schanzenstern Hotelkollektiv i.G. sucht **hotelerfahrenen Fachmenschen.**
Bewerbungen an Schanzenstern GmbH i.G.
Oelkersallee 64
2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 34 13

Wir suchen für unser Kollektiv eine neue Kollegin, die genügend **Berufserfahrung** hat, um eigenständig und sauber arbeiten zu können (Möbel, Küchen etc.) und eine Gruppe von fünf m. und zwei w. nicht scheut.
Biiraboom
Holzwerkstatt in Selbstverwaltung
7053 Stetten/Remstal
☎ (07151) 4 55 25

Zimmerei sucht **Umschüler,**
Raum Tü/RT
☎ (0721) 60 07 32

Selbstverwaltete Offsetdruckerei bei FFM (Schwerpunkt UWS-Papier) sucht ab sofort **Mitarbeiter/Innen mit Druckereierfahrung** für Büro/Organisation.
Bei Interesse
☎ (06171) 7 80 81
zwischen 9.30 – 17.30 Uhr.

Das selbstverwaltete Bildungs- und Freizeithaus Eichwald in Nunkirchen (Nordsaarland) sucht ab sofort **eine neue Kollektivistin,** möglichst mit Erfahrung und Interesse in den Bereichen Bildungsarbeit, Küche und Kneipe.
Nähere Infos:
Haus Eichwald
Weiskircher Str. 28
6648 Nunkirchen
☎ (06874) 9 55

ZDL ab sofort gesucht, möglichst mit Küchenerfahrung.
Haus Eichwald
Weiskircher Str. 28
6648 Nunkirchen
☎ (06874) 9 55

Wir sind ein selbstverwalteter Druckerei-Betrieb mit den Bereichen Satzherstellung, Repro-, Composing und Montage, Offsetdruck sowie Druckweiterverarbeitung.
Für folgende Arbeitsbereiche suchen wir neue KollegInnen:
DruckvorlagenherstellerIn
mit Kenntnissen im Bereich Aufbau und Composing
OffestdruckerIn
an Miller SC 36 (A1), GTO sowie Weiterverarbeitung
Umschülerin zur Offsetdruckerin
ab August 1990, diese Stelle ist ausschließlich für Frauen ausgeschrieben
Umschülerin zur Druckvorlagenherstellerin
ab Februar 1991, diese Stelle ist ausschließlich für Frauen ausgeschrieben.
Unser Standort befindet sich in Freiburg, in der „Fabrik für Ökologie, Handwerk und Kultur" unter einem Dach zusammen mit weiteren selbstverwalteten Betrieben. Wir setzen Interesse an eigenverantwortlichem Handeln und kooperativen Arbeitsformen voraus.
Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 35 Stunden.
Eure schriftliche Bewerbung sendet bitte an
schwarz auf weiss druckerei
Habsburger Str. 9
7800 Freiburg
☎ (0761) 5 35 56

Selbstverwalteter Betrieb sucht zum schnellstmöglichen Termin:
1 Steuergehilfen/in
(Datev-Buchungen)
1 Verwaltungsangestellte/en
Krebsmühle GmbH
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
☎ (06171) 7 60 88

Traumjobangebot:
Kollektive Frauenvollkornbäckerei in Wuppertal sucht **Bäckerin/Konditorin**bzw. Frauen, die Lust auf Backen u.a. haben. Lieber heute als morgen melden unter:
☎ (0202) 52 73 67

Ich möchte gern Tischlerin zum Arbeiten und Lieben kennenlernen
Manfred, ☎ (04551) 6919
Gern mit Kind oder auch schwanger, mein Sohn ist 4 1/2 J.

Holz-W.Ö.R.K.(Schreinerei in Selbstverwaltung) sucht **3 UmschülerInnen.** Mit unserem Betrieb arbeiten wir seit 3 Monaten in einem größeren Projektzusammenhang. Wir (3 M/2 F, Parität angestrebt) brauchen noch Menschen, die aktiv unser Kollektiv mitgestalten.
☎ (06321) 84755
Friedrichstr. 36
6730 Neustadt/W.

Wir, drei junge Gastronomen, suchen Verstärkung für unseren gutgehenden Gasthof in Kreisstadt im mittleren Schwarzwald. Für unsere Umstellung auf Vollwertrestaurant brauchen wir noch:
Koch/Köchin
Kellner/-in
Beteiligung möglich.
Gasthof zum Hasen
Rottweiler Str. 8
7230 Schramberg 11

EMMAUS e.V. Stuttgart
bietet Mitarbeit an.
Wir sind ein Wohn- und Arbeitskollektiv mit Holzwerkstatt, Ablaugerei, Gebrauchtmöbelhandel und Transporte, z.Zt. 6 Leute.
Näheres unter ☎ (0711) 24 05 86 o. 89

Alles guckt nach drüben - wir nicht! ...wir sind die letzten von 110

10.000 qm Gelände, 7 selbstverwaltete Betriebe, ein freies Theater-und Kulturprojekt warten auf Menschen mit der nötigen Portion Mut, Ausdauer und Kreativität (und möglichst etwas Geld in der Tasche), die helfen ein Lebens- und Arbeitsprojekt wieder aufzubauen, das immer noch behauptet: Es gibt Inseln im Kapitalismus, auch wenn man/frau diese manchmal mit aller Kraft verteidigen muß!
Wann, wenn nicht jetzt!

Chiffre: Trotz alledem

Die AIDS-Hilfe Köln e.V. sucht ab sofort

eine/n Geschäftsführer/in

für die Bereiche Finanzbeschaffung und -verwaltung, Organisation und institutionelle Vertretung.

Wir erwarten:
- Erfahrungen in der Finanzierung selbsthilfeorientierter Projektarbeit
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Menschen mit HIV und AIDS in ihren jeweiligen Lebenszusammenhängen
- Erfahrung in der Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen MitarbeiterInnen
- Bereitschaft zur Mitarbeit in einem kooperativen Leitungsteam

Wir bieten
- Bezahlung nach BAT III, 30 Wochenstunden (soll auf ganze Stelle ausgeweitet werden)
- Arbeit in einem lebendigen Zusammenhang von mehr als 100 ehrenamtlichen und 12 hauptamtlichen MitarbeiterInnen

Bewerbungen sind bis zum 1. Mai 1990 zu richten an:
Vorstand der AIDS-Hilfe Köln e.V.
Beethovenstr. 1
5000 Köln 1
Telefonische Nachfragen an Frau Zavelberg oder Herrn Roth
☎ (0221) 20 20 30

PROJEKTE

Handwebgesellin (39) mit Tochter (13) und Webstuhl sucht Alternative zur derzeitigen Arbeit in Behindertenwerkstatt. Kollektive, Kommunen, mögl. Raum Köln, Berg.-Gladbach, meldet Euch!
☎ (02202) 5 07 91

JOBSUCHE

Nach meiner beendeten Ausbildung als **Schreinerin** suche ich ab Juni 90 einen Betrieb im westl. Ruhrgebiet. Kollektiv angenehm, aber nicht Bedingung.
☎ (0203) 2 00 67 (bitte öfter versuchen, auch tagsüber)

VERSCHIEDENES

Farbband-Recycling
Nachfärbung aller Gewerbeschreibbänder
5,-bis 8 DM/Kassette – Info anfordern oder Gewerbefarbbänder direkt zu.
SFB-RISSE, Von-der Recke 17
4650 Gelsenkirchen
☎ (0209) 20 68 08

Kollektive bevorzugt:
Gewerbe/Lagerfläche zwischen 100 qm und max. 1.000 qm zu vermieten/verpachten.
Standort: 8km nördlich von Kassel
Chiffre: **Gewerbe/Lagerfläche**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Preisausschreiben für Namen
Den bisherigen Mitarbeitern des neuen „Magazins für Umwelt, Gesundheit und Soziales" des Gesundheitsladens Kassel will für diese Zeitung bislang partout (na sowas!) kein kurzer, einprägsamer Name einfallen. Deshalb dieses Preisausschreiben für die Nennung des besten möglichen Kurznamens. Wer einen oder mehrere Vorschläge machen möchte, schreibe an: Gesundheitsladen Mönchebergstr. 33 - 3500 Kassel.
Die Gewinner erwartet: 1. Ein Vollwert- oder „normales" Menü im Wert bis zu 60,- DM für zwei Personen in einem Restaurant. 2. Ein Sektabend im Gesundheitsladen. Die ersten 50 Einsender/innen erhalten je eine Schallplatte. Einsendeschluß ist der 8. Mai 1990. Das Magazinteam ist offen für weitere Mitarbeitsangebote!
☎ (0561) 87 15 68

Das Kapital herrscht – trotzdem
Beiträge aus der BRD und DDR zum Thema: Arbeit, Eigentum, Wirtschaft. U.a. „Die Konsequenzen der Sozialen Dreigliederung für eine Wirtschaftsreform in der DDR", Gemeinsam leben und arbeiten-Projekt stellt sich vor, „Zur Frage des Eigentums",....
Doppelnummer Febr./März 90 von **Jedermensch,** Zeitschrift für soziale Dreigliederung, Umweltschutz und neue Lebensformen, 48 S. A4, DM 7,-- incl. per Scheck oder Briefmarken. Ältere Probehefte kostenlos!
Jedermann-Verlag, Gasthof Eulenspiegel, Hauptstr. 99, 8992 Wasserburg.

VERKÄUFE

Div. Absaugrohre (Spänex) auf Anfrage günstig abzugeben;
vor allem 45°, 22,5° etc.
BIIRABOOM Holzwerkstatt
☎ (07151) 4 55 25

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

- Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

1 GRATISHEFT zum kennenlernen !

me.

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

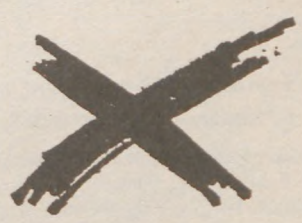
Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

A L T E R N A T I V E
MONATSZEITUNG
M O Z
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Radikal gegen die Extremisten der Mitte



Abo zu DM 50,- durch Einzahlung auf Konto Nr. 58297 BLZ 508 648 08, Volksbank Seeheim eG oder Probeexemplar bei
Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Österreich, Telefon 0222/48 35 71

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64;
Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen,** Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 16 24 67

Vertrieb:
☎ (06221) 1 34 02

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

ISO

Kollektives Managment «Was tun»
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termine: 4.-6.5.90
Information & Anmeldung:
ISO (Institut für Selbstorganisation)
c/o M. Paulini
Bachstr. 22 - 6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33

REIHE SELBSTVERWALTUNG

Fairsicherung contra Verunsicherung – der richtige Schutz bei der richtigen Gesellschaft für alle selbstverwalteten Betriebe, Geschäfte, Projekte, Freiberufler und Info über die sinnvollsten Privatversicherungen
1. Seminarabschnitt: Die Betriebs- und Geschäftsversicherung
Der erste wichtige Schritt beim „richtigen" Versichern ist das sogenannte „risk-management". D.h. für jeden Betrieb sollte individuell erarbeitet werden, welche Gefahren in welcher Rangfolge gewichtet und versichert werden müssen.
Der zweite wichtige Schritt ist die Auswahl der richtigen Versicherungsdaten (Versicherungssummen, Laufzeiten, Kündigungsfristen etc.)
Als dritter Schritt schließt sich dann die Auswahl des besten Versicherungsunternehmens nach Preis/Leistungsverhältnis an.
Als Ergebnis versprechen wir uns die Senkung von Versicherungsprämien (und zwar langfristig) bei gleichzeitiger Verbesserung bzw. Optimierung des Versicherungsschutzes. Nach unserer Erfahrung gelang es, die Versicherungsprämien der beratenen Betriebe um durchschnittlich 30-40% zu senken.
2. Seminarabschnitt: Die soziale Absicherung der Privatperson
- Die gesetzliche Rentenversicherung und/oder die private Altersvorsorge
- Die gesetzliche Krankenversicherung und/oder die private Krankenversicherung
- Wie lassen sich staatliche Vergünstigungen für Arbeitnehmer am effektivsten ausnützen?
  a) Vermögenswirksame Leistungen
  b) Direktversicherungen
  c) Bausparprämie (auch für Nichtarbeitnehmer)

Ziel dieses zweiten Seminarabschnittes soll es sein, den Teilnehmern die Grundzüge der gesetzlichen Sozialversicherung näherzubringen. Ferner sollen die Teilnehmer in der Lage sein, für sich und/oder ihre KollegInnen sinnvolle Konzepte zu gestalten, die nach Inhalt und nach Auswahl der Gesellschaften das „Beste" aus Sicht des Verbrauchers darstellen.
Termin: 4.-6.5.90
Teilnehmergebühr: 120,- DM incl.
Anmeldung und Information:
AJS e.V.
Läufertsmühle
6934 Neckargerach

PROJEKTWERKSTATT

Einführung in Steuern
Das Seminar behandelt typische steuerliche Fragen, die auf Existenzgründer zukommen. Es kann eine umfangreiche Beratung bei einem Steuerberater nicht ersetzen.
Selbständige müssen sich in erheblich umfangreicherem Maß mit dem Finanzamt herumschlagen wie abhängig Arbeitende, für die sie zunächst auch noch die Steuern richtig einbehalten und abführen müssen.
Die Steuerarten, die für neue Betriebe im wesentlichen anfallen werden, also Einkommen-, Umsatz-, Gewerbe-, Lohnsteuer werden dargestellt.
Von der Art und dem Umfang der jeweiligen Steuern gehen Einflüsse auf die günstigste Betriebsstruktur aus.
Für die Berechnung der Steuern und ihre Nachprüfbarkeit stellt das Finanzamt Anforderungen an die Aufzeichnungen. Die Regeln dafür werden in Grundzügen dargestellt.
Fr. 4.5., 14-18 h
Anmeldung & Information:
Projektwerkstatt
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

Finanzierungsmöglichkeiten für gemeinnützige Projekte
Das Seminar richtet sich an laufende und neue Projekte aus dem sozialen, kulturellen, ökologischen, Bildungs- und Informationsbereich, die tendenziell nicht aus dem Verkauf von Leistungen ihre Kosten decken.
Gemeinnützige Projete können sich aus öffentlichen Förderungen, aus eigenerwirtschafteten Mitteln und aus Spenden i.w.S. finanzieren.
Öffentliche Förderungen sind nach Ressorts aufgeteilt. Für einige Vorhaben ist ein geregeltes Vorgehen vorgegeben und auch möglich, also z.B. Kindergruppen. Für andere Aktivitäten lassen sich jedoch nach der Aufteilung der Öffentlichen Haushalte keine einfachen Finanzierungswege finden. Auf die ersten wird hier nur hingewiesen, jedoch nicht weiter eingegangen. Für die zweite Gruppe werden Problemlösungen gesucht. Projekte nutzen oft beschäftigungspolitische Möglichkeiten, wie ABM oder Arbeit statt Sozialhilfe. Möglichkeiten und Bedingungen werden vorgestellt. Ebenso einige Wege, sich aus öffentlichen Mitteln Sachkosten fördern zu lassen.
Verschiedene Aktivitäten lassen sich auch am Markt anbieten und einen Preis dafür zu erzielen. Hier besteht eine gewisse Freiheit, Mittel zu erwirtschaften, die man nicht nach strengen Richtlinien zu verwalten hat. Diese Umsätze sind teilweise aus steuerlichen Gründen problematisch, deshalb werden Vorschriften behandelt.
Einige Projekte brauchen für die Vorfinanzierung von Aktivitäten größere Summen, die sie allerdings auch zurückzahlen können. Kreditmöglichkeiten sind ebenfalls Thema in diesem Zusammenhang.
Als dritte Gruppe werden die verschiedenen Möglichkeiten von Beiträgen, Spenden, Sponsoring etc. dargestellt, wie sie zu erheischen sind und wie zu pflegen.
Fr., 27.4., 14-18 h, 40,- DM
Anmeldung & Information:
Projektwerkstatt
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

Das öko-Versorgungswerk – eine praktikable Lösung für die betriebliche Altersversorgung
Das Problem Altersversorgung taucht in allen Bereichen auf, Denkmodelle für Lösungsansätze gibt es viele, aber kaum eines ist für kleine, selbstverwaltete Betriebe praktikabel. Das Ökowerk e.V., Interessengemeinschaft selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe hat aus diesem Grunde ein eigenes Versorgungswerk gegründet, das es seinen Mitgliedern ermöglicht, zu außerordentlich günstigen Bedingungen eine Basisabsicherung für Alter und Berufsunfähigkeit zu erhalten.
Infoveranstaltungen zum Öko-Versorgungswerk:
Samstag, 9.6.90, 14 Uhr, Ort: Netzwerk Hamburg
Samstag, 23.6.90, 14 Uhr, Ort: Selbsthilfezentrum München
Anmeldung & Information:
ökowerk e.V.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12

TAK AÖ

Gewerbehöfe
Veranstaltungsort: Dortmund vom 23.5. bis 27.5.1990 im Unionsgewerbehof.
Information und Anmeldung:
Udo Schramm
Franziskusstr. 46
4630 Bochum 1

Sommerseminar Alternative Ökonomie
Veranstaltungsort: Tagungshaus Bahnhof Göhrde vom 27.7. bis 5.8.1990.
Information und Aufnahme in den Verteiler:
Andrea Gerth
Löwenstr. 8
6800 Mannheim 51

NIEDERKAUFUNGEN

Leben in der Kommune
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen.
Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Eintscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen

Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 18. bis 20.5.90
Teilnehmerbeitrag: 90,- DM
Anmeldung & Information:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
☎ (05605) 30 15

KULTUR

1.Festival «Neuer Türkischer Film» in Essen vom 24. bis 29.4.1990
Erstmalig in Europa wird die türkische Filmkunst in so umfangreichen Rahmen präsentiert.
Den Schwerpunkt dieses Filmfestivals bildet die türkische Filmproduktion der letzten 10 Jahre, aber auch ältere türkische Filmkunst ist vertreten.
Wir zeigen einen repräsentativen Querschnitt türkischer Spielfilme, Kurz-und Dokumentarfilme sowie zusätzlich ein Programm mit Filmen aus der BRD von türkischen und deutschen Filmemachern über die Lebenssituation türkischer EinwanderInnen hier. Mehrere bundesrepublikanische Erstaufführungen und Premieren werden in dieser Woche stattfinden.
Das Programm umfaßt ca. 50 ausgewählte Filme und zahlreiche begleitende Veranstaltungen wie Fachgespräche, Seminare, Diskussionsrunden mit GesprächsteilnehmerInnen aus der türkischen und deutschen Filmszene sowie Workshops, Ausstellungen, Konzerte etc...
An der Präsentation der Filme beteiligen sich neun Essener Innenstadtkinos. Dazu wird in Kürze ein umfangreiches Festivalprogramm erscheinen, das unter folgender Anschrift erhältlich ist:
Projekt Neuer Türkischer Film
c/o Zeche Carl
Jörg Stüdemann
Hömannstr. 10 - 4300 Essen 12

TAGUNGSHÄUSER

Der Verband unabhängiger Bildungsinitiativen und Tagungshäuser in Ba-Wü e.V. läd zu einem Seminar ein.
Thema: Umgang mit den Ämtern, mit Genehmigungen, Vorschriften und Gesetzen zum Thema Tagungshäuser.
Ort: Albgarten
Langengasse 25
7933 Schelklingen-Hausen
☎ (07394) 6 86
Zeit: 28. und 29. April '90.
Kontaktadresse: Elke Seitz
Stolzenhof - 7109 Jagsthausen
☎ (07943) 626

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere „Lernwerkstatt" hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökolog. Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1 - 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

SONSTIGES

WORD 5.0
Seminarreihe „Selbstverwaltung"
Textverarbeitung mit Computer
Basiswissen über Umgang mit PC's sollte vorhanden sein.
Termin: 6.-8. April 1990
Referentin: Carmen Engel, Berlin
Teilnehmerbeitrag DM 120,–
Unterlagen und Anmeldung bei:
AJS e.V. - Läufertsmühle
6934 Neckargerach
☎ (06263) 16 43

Zukunft Europas – auf wessen Kosten? EG '92 und „Dritte Welt".
14. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
vom 14.6. bis 17.6.90 in Nürnberg.
Anmeldung & Information: BUKO, Nernstweg 32-34 - 2000 Hamburg 50

BERLIN

CONTRASTE, Redaktion Berlin sucht Leute, die Lust und Spaß am Zeitungsmachen haben. Wir treffen uns Freitags um 20 Uhr im „Abendrot", Paul-Lincke-Ufer/Ecke Mariannenstrasse (1/36).

WIRTSCHAFT

Sa. 28. April '90, 10-17 Uhr, Aachen: **Wirtschaftspolitischer Studientag des ESG Aachen, Nizzaallee**
Thema: Zum Wirtschaftswachstum verdammt?
Veranst.: ESG und Jugendreferat der ev. Kirche
Auskunft: ☎ (05032) 6 34 42

19./20. Mai '90, 10 Uhr Simonskall: **Wochenendseminar Haus Talschenke, Simonskall/Eifel**
Thema: Wachstum, Wohlstand, Wirtschaftskrise
Veranst.: Referat Gesellschaft und Bildung, Kirchenkr. Aachen
Auskunft: ☎ (05032) 6 34 42

Di. 24. April '90, 20 Uhr, Neustadt am Rübenberge, Abendvortrag Grüne KV
Thema: **DDR und Geldreform**
Auskunft: ☎ (05032) 6 34 42

FRAUEN

Baufachfrauen-Workcamp
Rund um den Altbau
Nach 10 Jahren Baufachfrauentreffen und pünktlich zum 10jährigen Bestehen endlich das erste Workcamp nur für Baufachfrauen und Handwerkerinnen! Mal nicht nur sitzen, essen und reden, sondern eine tatkräftige Woche miteinander verbringen.
Wir erwarten Euch in Massen und haben uns entsprechend viel Arbeit, aber auch Feiern und Sekttrinken vorgenommen. Es gibt folgende Arbeitsideen: im Bad einige Wänder kacheln – den Vorplatz verschönern mit Natursteinpflasterung, Trockenmauern und Sträuchern – Flechtwerktüren für den Anbau – Fenster im Haus streichen – Haustüren renovieren...
Wir hoffen, daß Ihr Lust habt und daß durch diese Woche die Kontakte untereinander lebendiger werden.
Bildungsurlaub
So.13.5.90, 18h bis Fr.18.5.90, 17h
Sonderpreis: 50,– bis 100 DM
(für die Anleitung im Camp)
Anmeldung und Information:
Frauenbildungshaus Osteresch
Zum Osteresch 1 - 4447 Hopsten-Schale

11. Baufachfrauentreffen
für Handwerkerinnen, Planerinnen und Interessierte
Baufachfrau ist eine Selbstorganisation von Frauen aus allen planenden und ausführenden Bauberufen. Durch unsere Treffen wollen wir eine bessere Kommunikation unter Handwerkerinnen und Architektinnen erreichen. Die Kontakte und ganz spezielle Informationen waren schon vielen Frauen in der Berufsplanung behilflich, oder auch z.B. bei der Anmeldung zum Meisterinnenlehrgang oder der Gründung eines Betriebes.
Schwerpunkt wird sicher der Austausch von Erfahrungen sein: Wie gestaltet sich die Arbeit in Euren Betrieben, Büros und Projekten und welche Perspektiven habt Ihr entwickelt?
Eine kleine Gruppe wird das Treffen inhaltlich vorbereiten.
Baufachfrau e.V., Zusammenschluß von Handwerkerinnen und Architektinnen
Fr.18.5.90, 18h bis So.20.5.90, 17h
70,-bis 90,- DM
Anmeldung und Information:
Frauenbildungshaus Osteresch
Zum Osteresch 1 - 4447 Hopsten-Schale

ZENSUR

Schwarze Texte – Gegenöffentlichkeit und politische Zensur in der BRD
Eine Ausstellung, die die Themen Wiederaufbaumentalität, Entstehen einer neuen Gegenöffentlichkeit, die ersten Veröffentlichungsverbote, Unterdrükkung der Stadtguerilla-Diskussion, § 88 a, § 129 a, Kampf gegen Zensur und weiteres umfaßt.

Begleitet wird die Ausstellung von 2 Veranstaltungen.
17.4.-3.5. Ausstellung „Politische Zensur"
20.4. 20 Uhr Zensur im Druckgewerbe am Bsp. AGIT-DRUCK Berlin
26.4. 20 Uhr Gegenöffentlichkeit und linke Medien / Vorstellung des ID-Archivs (Berlin/Amsterdam)
das ganze im Buchladen BiBaBuZe, Aachener Str. 1, 4000 Düsseldorf 1

9.-23.5. Ausstellung „Politische Zensur"
25.4. 20 Uhr Gegenöffentlichkeit und linke Medien / ID-Archiv
dieses im DRUCKLUFT HAUS
am Förderturm 10, 4200 Oberhausen 1

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Anders leben – anders arbeiten, 14.-18.5.1990
Zu Beginn wollen wir gemeinsam herausfinden, welche Vorstellungen wir von unserer (eigenen) Zukunft haben, wie wir jetzt leben, was uns daran gut erscheint und worunter wir leiden.
Davon ausgehend wollen wir mögliche Wege zur Erreichung unserer „gewünschten" Zukunft suchen und uns gegenseitig Mut zu den ersten Schritten machen. Das betrifft einerseits unser Alltagsverhalten: was können und wollen wir verändern in unserem Beruf, der Freizeit, unserem Konsumverhalten. Andererseits werden wir unsere Kommunikations- und Umgangsweisen hinterfragen müssen, die zunehmende Isolierung der Einzelnen in der industriellen Leistungsgesellschaft. Können neue Lebens- und Wohnformen die Isolierung bzw. die Probleme der Kleinfamilie aufheben? Wie können Rollenverhalten und Hierarchie abgebaut werden? Wir möchten dazu die positiven und negativen Erfahrungen unseres Projekts vorstellen, in dem seit gut 7 Jahren 19 Erwachsene und zehn Kinder versuchen, andere Formen des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens zu praktizieren. Darüberhinaus müssen wir uns aber auch klar werden, welche Veränderungsmöglichkeiten unserem direkten Zugriff entzogen sind, d.h. wo und wie wir in größerem Rahmen aktiv werden müssen, um die Verhältnisse im politischen Raum aktiv mitzugestalten.
Anmeldung:
VHS Braunschweig
Leopoldstr. 6 - 3300 Braunschweig

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.